

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

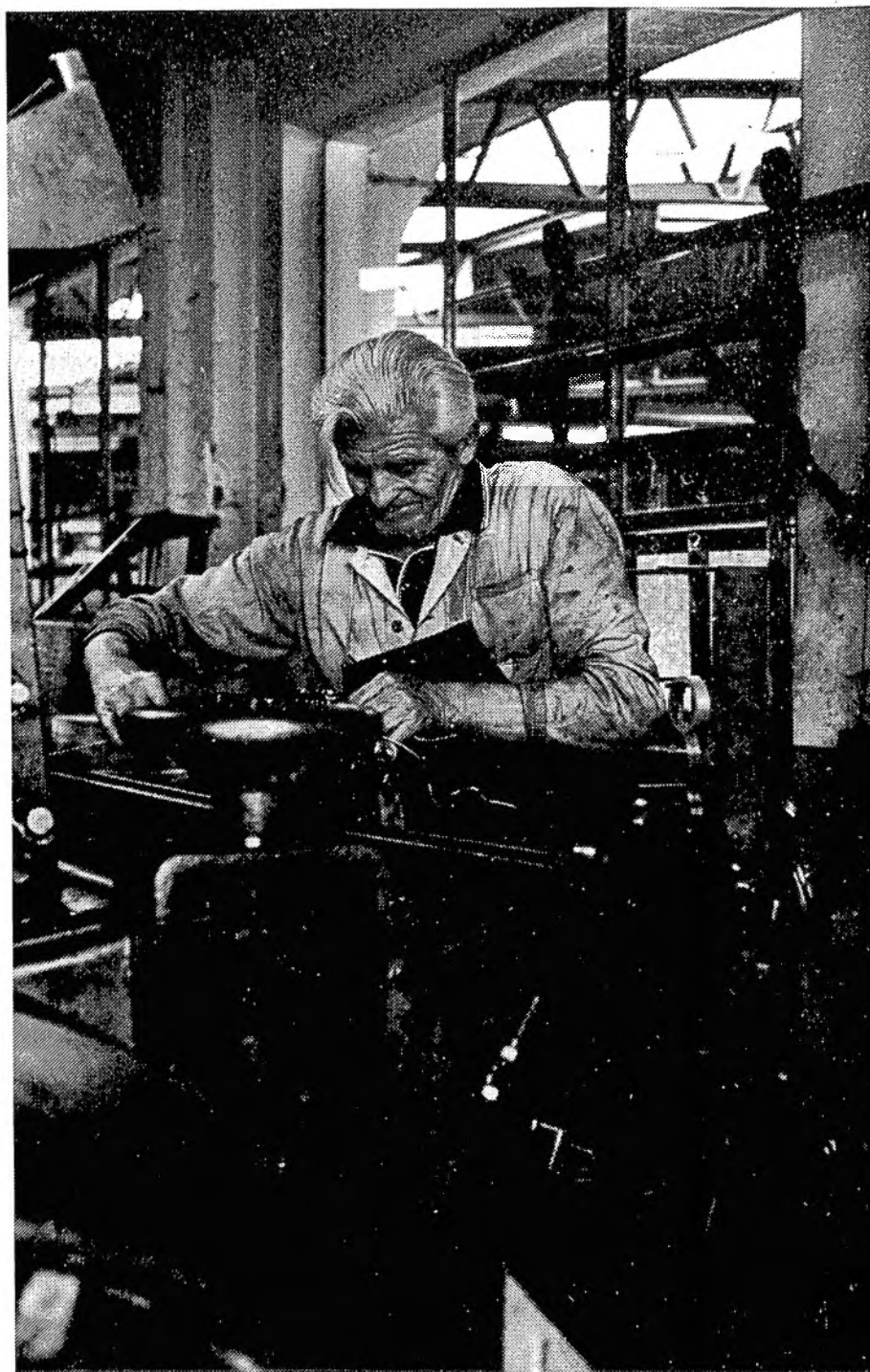
# Politische Berichte



22. März 1986  
Jg. 7 Nr. 6

G 7756 D

Preis:  
2,50



§ 116: DGB reduziert Arbeitskämpfe auf Grundrechte. Soziale Notwendigkeiten kommen zu kurz Seite 4



CDU zur Landwirtschaft: Die Abhängigkeit der Bauern von der Industrie soll stärker werden Seite 12



Stammheim-Film: Vielleicht sollte man sich den Film anschauen, aber auf keinen Fall sollte man etwas glauben Seite 31

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

**§ 116:** DGB reduziert Arbeitskämpfe auf Grundrechte, soziale Notwendigkeit kommt zu kurz. .... 4

**Militarismus:** Wörner für europäisches Raketenabwehr-System. .... 7

**Hochschulen:** Strategisches vom Wissenschaftsrat. .... 7

**CDU zur Landwirtschaft:** Mehr Abhängigkeit der Bauern von der Industrie. .... 8  
Regierungsveröffentlichungen ... 9

**SPD-Programm:** Die "Zukunft der Arbeit" – Kapitalisten von Versicherungspflichten befreit. .... 10  
Dokumentiert: "Die Zukunft sozial gestalten". .... 11

## Auslandsberichterstattung

**Euskadi:** Herri Batasuna über die baskische Freiheitsbewegung. .... 12

**Spanien:** 52,53% für NATO-Mitgliedschaft. .... 13

**Brasilien:** "Plano tropical" vom IWF und den Banken diktiert. .... 14

**Philippinen:** Forderungen der NDF an die neue Regierung. .... 14

**Italien:** Mafia und anderes großes Geld. .... 15

**Palme:** BKA und FBI als Vorbild in Schweden angeboten. .... 15

Internationale Meldungen. .... 16

## Aus Parteien und Verbänden

**Veröffentlichungen:**  
Zum Tod von Kürsat Timuroglu ... 18  
Sport soll "Betriebsgemeinschaft" fördern. .... 18  
"Neue Methoden und Hilfen sind nicht in Sicht". .... 18  
"Gesundheit ist keine Ware". .... 19

**Ausländergesetz:** Vorbereitung der 1. Ausländerkonferenz der IG Metall. .... 19

## Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten. .... 21

**Programma:** Das Streikergebnis soll zunichte gemacht werden. .... 22

**Teilzeit:** "Mit Beamtengesetz nicht vereinbar". .... 22

## Das Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung teilt mit:

Ergebnisprotokoll eines Treffens von Vertretern der Leitungen von BWK, FAU/HD (A), GIM, KG (NHT) und KPD zum Thema Bundestagswahlen (Gäste: Vertreter der Gruppe IV. Internationale) 09.03.1986

1.) Nach der Diskussion, wie sie sich exemplarisch an der des KPD-Parteitages gezeigt hat, ist eine gemeinsame Kandidatur der revolutionären Sozialisten auf Landeslisten zu den Bundestagswahlen 1987 zur Zeit nicht in Sicht.

2.) Nichtsdestotrotz sehen die revolutionären Sozialisten die Möglichkeit, ausgehend von ihren grundsätzlichen Positionen gemeinsame Aufgaben zu bestimmen.

– Sie müssen die gemeinsamen Standpunkte der revolutionären Sozialisten gegen die Grundzüge der aktuellen imperialistischen und reaktionären Politik der westdeutschen Kapitalistenklasse festhalten.

– Sie müssen die aktuellen Bewegungen und Kämpfe gegen die Politik der Bourgeoisie unterstützen und wenden sich gegen alle ideologischen Einflüsse, die das Emanzipationsinteresse der Arbeiterklasse behindern und u.a. der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Kapitalistenklasse und dem sozialen Frieden unterordnen wollen.

3.) Zur politischen Ausrichtung gaben die Organisationen folgende Auffassungen zu Protokoll:

– **BWK:** Sie muß den Hauptangriff gegen die reaktionäre Politik der CDU/CSU/FDP und ihre reaktionären und faschistischen Hilfstruppen führen und eine klare Trennungslinie zwischen den Arbeiterinteressen und der von der SPD mitgetragenen Politik der Expansion ziehen. Nur eine klare Fassung politischer und wirtschaftlicher Interessen der Arbeiterklasse kann die Verfügbarkeit der Arbeiterbewegung für die SPD und die Verfügbarkeit der SPD für die Bourgeoisie mindern.

– **FAU/HD(A):** Sie muß den Hauptangriff gegen die reaktionäre Politik der CDU/CSU/FDP und ihre reaktionären und faschistischen Hilfstruppen richten; ausgehend von den Interessen des Massenproletariats, die sie speziell auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in eine politische Programmatik umsetzen, gerade auch in Auseinandersetzung und Abgrenzung zur Programmatik von SPD und Grünen.

– **GIM:** Sie muß den Hauptangriff gegen die Politik der CDU/CSU/FDP-Regierung und ihre reaktionären Hilfstruppen führen. Dabei muß die

zentrale Achse dieses Angriffes das parteiiche Einmischen in die realen Massenbewegungen sein, das Motto "Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung" muß im Mittelpunkt stehen. Eine klare Trennungslinie zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der staatstragenden und sozialfriedlichen Politik der SPD ist notwendig; darunter verstehen wir die inhaltlich-strategische Kritik am sozialdemokratischen Politikkonzept; dies berührt nicht die Frage, daß wir unsektiererische und die Aktion fördernde Einheitsfrontinitiativen gegen jedwede bürgerliche Politik mit Sozialdemokraten suchen. Eine ähnliche Herangehensweise ist gegenüber der Grünen Partei zu entwickeln.

– **KG(NHT):** Der Genosse der AzD-Redaktion vertrat die Auffassung, daß in der Wahlkampagne auf Grund der beschränkten Einflußmöglichkeiten und des konkreten Zustandes der revolutionären Sozialisten die konkret politische und nicht nur abstrakte ideologische Abgrenzung von der Sozialdemokratie in den Vordergrund zu rücken sei.

– **KPD:** Sie muß den Hauptangriff gegen die reaktionäre Politik der CDU/CSU/FDP-Regierung richten und nachweisen, daß die sozialdemokratische Opposition gegen die Wendepolitik keineswegs in dem Sinne grundsätzlich ist, daß sie dem Programm des organisierten Unternehmertums und der politischen Reaktion ein Programm zur Verwirklichung wesentlicher Interessen der Arbeiterklasse entgegensetzt. Bei Anerkennung der Tatsache, daß der Unterschied zwischen der Politik der Wenderegierung einerseits und der Sozialdemokratie andererseits für die Arbeiterbewegung durchaus von Belang ist, muß sie nachweisen, daß die sozialdemokratische Politik auch untauglich ist und nicht darauf abzielt, den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Angriffe von Kapital und Reaktion breit zu entfalten.

– Das Eingreifen der revolutionären Sozialisten muß auf praktische Fortschritte in der Frontbildung gegen Reaktion und Imperialismus zielen (bisher angesprochen: Ausländerwahlrecht, reaktionäre Frauenpolitik, Gewerkschaftlicher Kampf/Tarifrunten); dabei muß die Zusammenarbeit, auch punktueller Art, mit anderen Kräften der politischen Opposition gesucht werden.

4.) Die Organisationen kamen dahin überein, inhaltlich zu den aufgeführten Punkten Stellung zu nehmen.

Es besteht der Vorschlag, im Herbst einen Kongreß zu diesen Fragen durchzuführen, der eine breite Diskussion der angesprochenen Fragen voraussetzen würde und Ergebnisse festhalten könnte.

Die Organisationen stimmen darin überein zu prüfen, ob dieser Vorschlag

politisch nützlich und durchführbar ist.

Das nächste Treffen findet Anfang Mai statt. Die Stellungnahmen der Organisationen sollen bis spätestens 30.04.1986 beim Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU/HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD und PA eingegangen sein.

\*

### Kohl: Acht Jahre Gymnasium, vier Jahre Studium

Zwei Schwerpunkte wählte der Bundeskanzler bei seiner Ansprache vor der Delegiertenversammlung des RCDS. Bei dem – doch oft wenig erfolgreichen – Bemühen, die Studenten unter der Menschenrechtsfahne für die aggressiven Ziele von BRD und NATO zu gewinnen, heißt es hartnäckig sein. "Völkermord in Afghanistan", "Freiheitliche Demokratie für Nicaragua und jedermann", die "Spaltung Deutschlands" bleiben RCDS-Themen.

Darüber hinaus erwartet (und erhält) Kohl Unterstützung vom RCDS für die Hochschulpolitik der Regierung. Das "Problem der langen Ausbildungszeiten" will er druckvoll einer Lösung zuführen: Verkürzung der Studienzeiten (gedacht ist an eine Senkung um 1,5 Jahre), Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre. Druckmittel: durch die voraussehbare wechselseitige Anerkennung der Hochschulabschlüsse mit der Verwandlung der EG in einen Binnenmarkt der BRD bis 1992 erhielten westdeutsche Hochschulabsolventen ausländische Konkurrenten; oft sogar noch jüngere – zumal mancherorts die vaterländischen Pflichten nicht ganz so ernst genommen würden wie hierzulande. – (mas)

### "Medizinerehrgeiz" kontra "Menschlichkeit"?

Die Gesellschaft für humanes Sterben wird von der Bildzeitung gefördert. Julius Hackethal, Hobby-Erlöser, fand in Bild noch stets eine Plattform. Anlaß, diesen Verein, diesmal in Gestalt eines Kommentators Hans Leo von Hoesch, weiter aufzubauen, bot die Kunstherzeinpflanzung vor zwei Wochen in Westberlin. Diese Operation war von derselben Zeitung zunächst als ein beispielhaftes Stück Arztethos, gepaart mit deutschem Wissenschaftlergenie gefeiert worden. Als sich herausstellte, daß die Behandlung viele Züge eines medizinischen Experimentes trug, ließ man besagten Hans Leo schreiben: "Hier hat ein Arzt Menschenwürde und Leidensfähigkeit seines Patienten seinem Mediziner-Ehrgeiz untergeordnet. Er wollte um jeden Preis Deutschlands erster Kunstherzmechaniker sein. Offenbar brauchen wir ein Gesetz, das solche Unmenschlichkeiten stoppt." – Diese Kritik ist perfide: Unmenschliches Sterben tritt in aller Regel ein wegen gezielter Nichtversorgung, wegen hilflosem Leidenlassen, wegen Mißachtung menschlicher Verpflichtungen durch die Gesellschaft und durch die Gesetze. Keineswegs handelt es sich also bei diesem Problem um "Überbehandlung" oder Mißbrauch zu experimentellen Zwecken, was auch die bestehenden Gesetze nicht erlauben. Der Ruf nach einem Gesetz läuft also bloß auf die Konstruktion eines Behandlungsverbotes für Schwerkranke hinaus. Das würde niemals den Privatpatienten hindern, sich nach seinen Wünschen behandeln zu lassen. Es könnte, wenn man einmal nachdenkt, nur darauf hinauslaufen, die Kassenbezahlung von weiterer Behandlung Schwerkranker zu unterbinden. – (alk)

**Buchhandel:** Geschäftsleitung versucht Betriebsrat abzusetzen. . 23

**Antimilitarismus:** "Rührt Euch" – ein Erfolg. .... 23

**Hamburg:** Durch Gebührenerhöhung Finanzmittel zur Wirtschaftsförderung. .... 24

**Privatisierung:** Lohnsenkungen in der Klinikums-Zentralwäscherei 25

**Kommunalwahlen:** Bedeutung und Aussichten für Volksfront-Politik. .... 25

**Privatisierung:** Städt. Krankenhaus Hildesheim Pilotprojekt der Landesregierung? ..... 26  
Stellungnahmen zur Privatisierung 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung. .... 28

**Faschisten:** Rechtsgutachten für Auflösung der KLA und FAP. .... 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

**Taschenbücher aus der SU...** 30  
"Abschied von Matjora" ..... 30  
Aitmatow: "Frühe Kraniche" ..... 30  
Bykau: "Zeichen des Unheils" ..... 30  
Trifonow: "Zeit und Ort" ..... 30  
Paustowski: Buch der Wandlungen. 30  
Roman über die Zarenzeit ..... 31  
Eine Parabel gegen Wissenschaftsglauben. .... 31

**Stammheim-Film:** Vielleicht anschauen, aber auf keinen Fall etwas glauben ..... 31

**Ausländerpolitik:** Die Stellung der Kirchen ..... 32

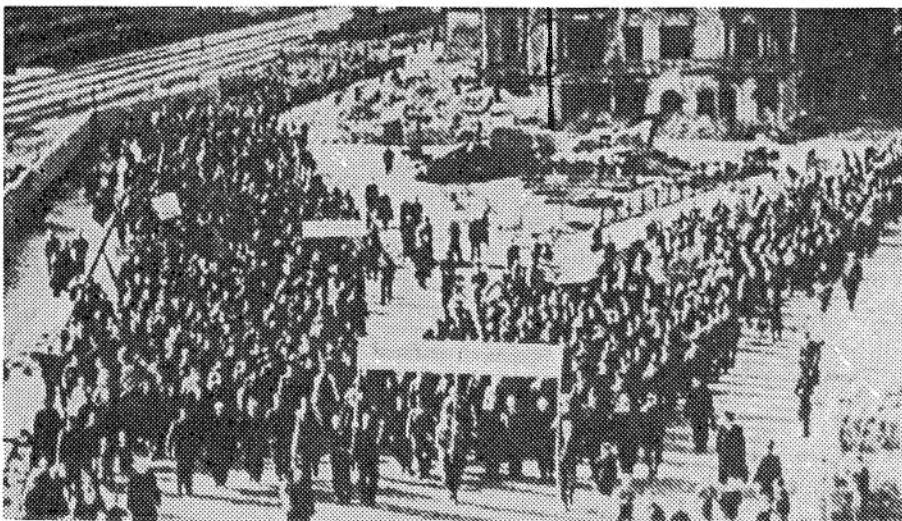
Spezialberichte

**OPEC:** Wer vom imperialistischen Weltmarkt abhängt, dem diktieren die Imperialisten auch die Preise. . 34  
Chronologie der OPEC ..... 35  
Nigeria: Erdöl und mehr Abhängigkeit. .... 37

Sozialstatistik

IG Metall-Lohnforderungen. .... 38  
**IGM:** "Wirtschaft beleben" durch Binnennachfrage – als Argument für Lohnforderungen ungeeignet. . 39

Titelbild: Arbeiter in Stahlweberei, HPK Stgt.



Mit einer zentralen Veranstaltung gedachte der SPD-Bundesvorstand dem 40. Jahrestag der von ihm neuerdings so bezeichneten "Zwangsvereinigung" von SED und SPD, die nach Abstimmungen der SPD- und KPD-Mitglieder in der sowjetischen Zone und Berlin zustandekam, die mehrheitlich für die Vereinigung stimmten. (Bild: Demonstration von KPD und SPD in Berlin 1946) – (uld)

## § 116

## Der DGB reduziert Arbeitskämpfe auf Grundrechte, soziale Ursache und Notwendigkeit kommt dabei zu kurz

Der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Regierungspläne ist nachhaltig. Der DGB arbeitet jetzt eine politische Position aus, die die Gestaltung des § 116 als Verfassungsfrage ansieht. Das wird die politischen Kräfteverhältnisse in der BRD berühren, die sich auf lange Sicht in der öffentlichen Meinung bilden. In der beginnenden Verfassungssagitation schreibt der DGB nun vor allem das Selbstverständnis der Gewerkschaften in der BRD und gegenüber der FDGO fest, und macht, um es gleich vorweg zu sagen, die Einbettung der Gewerkschaften in die FDGO, ihre Anerkennung als Ordnungselement der bürgerlichen Gesellschaft zur Kampfaufgabe.

### Koalitionsrecht im freigelassenen Raum

Der DGB sieht die Koalitionsfreiheit im Visier der Regierung. Demgegenüber stellt er nicht die soziale Notwendigkeit der Gewerkschaften für die Lohnabhängigen heraus, sondern die ordnende Funktion von Tarifverträgen:

"Art. 9 Abs. 3 GG gewährleistet mit der Koalitionsfreiheit auch die Tarifautonomie und damit ein funktionsfähiges Tarifvertragssystem, weil sonst die Koalition ihre Funktion, in dem von der staatlichen Rechtssetzung freigelassenen Raum das Arbeitsleben im einzelnen durch Tarifvertrag zu ordnen, nicht sinnvoll erfüllen könnte. Die verfassungsrechtliche Gewährleistung der Institution eines gesetzlich

geregelten und geschützten Tarifvertrages schließt nach herrschender Auffassung in Rechtssprechung und Literatur die Befugnis ein, Streiks effizient durchzuführen, weil andernfalls die Tarifverhandlungen – mit den Worten des Bundesarbeitsgerichtes – lediglich 'kollektives Betteln' wären."

Das begrenzt die Daseinsberechtigung von Gewerkschaften auf den Raum, den die Rechtssetzung freizulassen beliebt, und unterwirft die Reichweite von Arbeitskämpfen prinzipiell dem, was der bürgerliche Staat als Ziel zuläßt. – Alles Taktik, alles bloß, weil man ja vor dem Verfassungsgericht bestehen will mit dem Argument? Mag sein. Trotzdem ist es gefährlich, einen Maßstab aufzustellen, der eine reaktionäre Propaganda



Zwei, die sich gut verstehen: FDP-Wirtschaftsminister Martin Bangemann und Arbeitgeberpräsident Otto A. Esser.

vom Mißbrauch des Streikrechtes direkt anlockt. An die Stelle der lebendigen Lohnabhängigen, die sich gegen das Kapital ihrer Haut wehren müssen, tritt das Prunkstück des Vertrages als solchen. Wir meinen, daß man in der laufenden Auseinandersetzung mehr auf die Notwendigkeit abheben soll, schlechte Verträge aus eigenem Gutdünken kündigen zu können und bessere zu erstreiken.

### Eigentumsrecht verletzt?

Augerechnet die Grundgesetzbestimmung, die dem bürgerlichen Eigentum unveränderlich ewige Gültigkeit zuschreibt, für Gewerkschaftsziele in Anspruch nehmen? Ist's vielleicht was besonders Schlaues und sticht die Bürgerlichen mit ihren eigenen Spitzfindigkeiten?

"Sozialversicherungsrechtliche Positionen genießen dann den Eigentumsschutz des Art. 14 GG, wenn sie auf nicht unerheblichen Eigenleistungen des Versicherten beruhen und zudem der Sicherung seiner Existenz dienen. Dies hat das Bundesverfassungsgericht ... mit Blick auf die Versichertenrente festgestellt. Nichts anderes kann und muß auch für die Arbeitslosenversicherung gelten, aufgrund deren Kurzarbeitergeld zu leisten ist; auch die Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz beruhen auf Beiträgen der Arbeitnehmer, wobei die Arbeitgeberanteile – wie ausdrücklich vom Bundesverfassungsgericht für die Renten- und Krankenversicherung hervorgehoben wird – den

### ZDH-Präsident Schnitker hetzt gegen Lohnfortzahlung

Der Präsident des Handwerksverbands, Schnitker, verlangt die Aufhebung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Anlässlich der Eröffnung der 38. Handwerksmesse in München forderte Schnitker den weiteren Abbau "ausbildungs- und beschäftigungshemmender Vorschriften", womit er Kündigungsschutzrechte meinte, sowie "entscheidende Korrekturen" bei der Lohnfortzahlung. Das Lohnfortzahlungsgesetz müsse von der bisherigen arbeitsrechtlichen Lösung auf eine die Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer voraussetzende versicherungsrechtliche Lösung gestellt werden. Die "versicherungrechtliche Lösung" wäre, daß die Krankenkassen den Lohn fortzahlen. Die Kapitalisten wären so von der Hälfte ihrer Aufwendungen befreit, zusammen mit der von Schnitker gewünschten "Selbstbeteiligung

der Arbeitnehmer" sogar von über 50% ihrer Kosten für Lohnfortzahlung. Der "Bund Junger Unternehmer" bezifferte 1981 diese Kosten der Kapitalisten auf über 80 Mrd. DM. Schnitkers Forderung würde also die Lohnsumme, die die Kapitalisten zu zahlen haben, um mindestens 40 Mrd. DM pro Jahr mindern. – (rül)

### BAG: Jede Fehlzeit darf mit "Paisy" erfaßt werden

Die Kapitalisten dürfen mit Personalabrechnungs- und Informationssystemen ("Paisy") alle Fehlzeiten von Lohnabhängigen erfassen, unentschuldigte Fehlzeiten, attestierte Krankheitszeiten und attestfreie Fehlzeiten, und diese Aufzeichnungen zu Lasten der Lohnabhängigen verwenden. Das entschied das Bundesarbeitsgericht. Der Gesamtbetriebsrat der Opel AG hatte gegen ein "Paisy"-System geklagt, nachdem eine Einstellungsstelle sowohl die Erfassung

dieser Daten wie auch ihre Verwendung zu Lasten der Lohnabhängigen gestattet hatte. Der Betriebsrat hatte geklagt, daß die Verwendung von "Paisy"-Daten zu Lasten der Lohnabhängigen "allein auf die Belange des Arbeitgebers" abstelle. Mit der Entscheidung des BAG sind den Kapitalisten künftig solche Bespitzelungen grundsätzlich erlaubt, die Jagd auf "Simulanten" kann intensiviert werden. (Quelle: 1 ABR 12/84 vom 11.3.86 – rül)

### DGB: Lungenkrebs ist arbeitsbedingt

In einem Brief an Arbeitsminister Blum stellte DGB-Vorstandsmitglied Muhr fest, daß die auf Krebs der Atmungsorgane entfallenden Todesfälle "zu einem erheblichen Teil" arbeitsbedingt seien. Ursachen seien u.a. Asbeststaub, Nitrosamine, Teerdämpfe, Metallstaub, Schweißbrauche, Zersetzungsprodukte von Verbrennungen und



Die Kapitalisten wollen die Gewerkschaften in vollem Umfang "haftbar" machen für Streiks. Ihr Vorbild sind die USA und Großbritannien. Dort ist die Beschlagnahme von Gewerkschaftsvermögen wegen Streik erprobte Praxis. Bild: Einsatz der Nationalgarde gegen streikende Bergarbeiter in Virginia, USA.

eigentumsrelevanten Eigenleistungen des Arbeitnehmers zuzurechnen sind."

Sehr gut! und der ehemalige Verfassungsrichter Benda ist auch dafür! – Doch wird der DGB vor Gericht nicht siegen. Was soll denn sein, wenn ein x-beliebiger Reaktionär, der, gesetzlich verpflichtet, auch in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, dagegen klagt? Im Fall der Rentenversicherung geht das nicht, weil jeder alt wird, im Falle der Krankenversicherung, weil jeder krank wird. Im Falle der Arbeitslosenversicherung kann so jemand anführen, daß er niemals streike, auch dagegen sei, daß andere streikten, aber einzahle ... Wenn der DGB mit dem individuellen Eigentumsanspruch vor Gericht geht, wird die Folge eine haarscharfe Auslegung sein, daß Streiks allgemein solche Eigentumsrechte verletzen. Der DGB hat nicht dem Mumm, gegen die Kon-

trollansprüche von Kapitalisten und Staat das kollektive Eigentum der Versicherten an diesen Versicherungen einzufordern. Sollen diese dann doch abstimmen, ob sie einem Streik Rückendeckung gewähren oder auch nicht! Vielleicht kommt es in dieser Sache doch zu einer breiteren Auseinandersetzung, es hat der Grüne Rechtsanwalt Schily für die von Staats- und Kapitalkontrolle freie Selbstverwaltung der Versicherung gesprochen, und die Zeitung Metall zitierte ihn wohlwollend.

#### In Sorge um "Dritte"

"Alle Arbeitnehmer sind in der Arbeitslosenversicherung pflichtversichert. Sie entrichten entsprechend der Höhe ihres Arbeitsentgeltes anteilig gleiche Versicherungsbeiträge, um im Falle des Eintritts der gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen in den Ge-

nuß der ihrer Existenzsicherung dienenden Versicherungsleistungen zu gelangen.

Die geplante Gesetzesänderung macht die Gewährung der Leistungen durch das Verhalten Dritter manipulierbar und von bloßen Zufälligkeiten abhängig. Es ist rechtsstaatlich unerträglich, daß die zur Bestreitung der Existenz des Versicherten und seiner Familie notwendigen Versicherungsleistungen beispielsweise davon abhängig sein sollen, welche von ihm nicht beeinflussbaren Entscheidungen hinsichtlich der Aufstellung von Tarifforderungen in anderen Regionen getroffen werden, welcher Arbeitskampftaktiken sich Arbeitgeberverbände oder Gewerkschaften bedienen, auf die er gleichfalls keinen Einfluß nehmen kann, welche Bewertungen die Bundesanstalt für Arbeit hinsichtlich dieser Fragen vornimmt oder in welcher Weise der vom Arbeitskampf mittelbar betroffene Beschäftigungsbetrieb auf Arbeitskampf Folgen reagiert."

Schon ganz gut, wird das Bürgertum sagen. All dies solltet Ihr Euch in Zukunft überlegen, bevor Ihr zur Urabstimmung ruft. Ihr habt es ja in der Hand, absehbare Folgen nicht eintreten lassen.

Es ist doch traurig klar, daß der vom DGB in Schutz genommene unbeteiligte Dritte nichts anderes ist als die Allgemeinheit der gesetzlich Zwangsversicherten im begrifflichen Gegensatz zu Gewerkschaftsmitgliedern. Das Argument kann eher für die Unzulässigkeit von Streiks zeugen und wird bei jedem Streikbrecher- bzw. Streikpostenprozeß im Prinzip beansprucht.

#### Rechtsstaatsprinzip und unechte Rückwirkung

Zur Einleitung des Abschlußargumentes führt der DGB aus, daß man doch

eine Vielzahl von Chemikalien. Muhr verlangte ein "Programm zur Bekämpfung von Krebsgefahren in der Arbeitsumwelt". Den nächsten Schritt, die Kapitalisten kostenpflichtig zu machen für Krebs, macht Muhr nicht. (DGB-Presse, 10.3. – rül)

#### Grüne: Energieunternehmen kommunalisieren

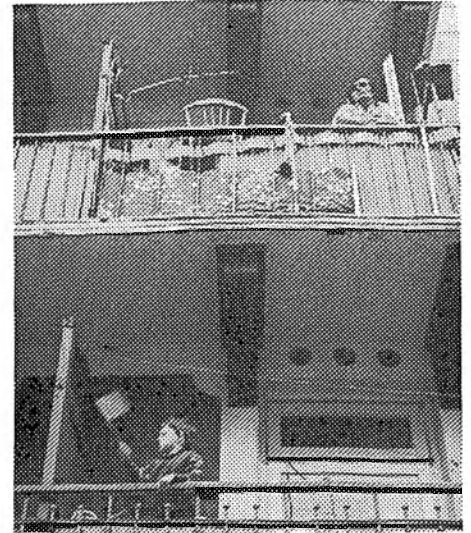
"Die Bundesregierung wird aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf für ein 'Energiestrukturgesetz (Rekommunalisierungsgesetz)' vorzulegen, welches unter dem Leitgedanken 'Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft' eine Reform der Ordnung, insbesondere der leitungsgebenden Energiewirtschaft zur Verwirklichung einer sozial und ökologisch verträglichen Bereitstellung von Energiedienstleistungen ... einleitet." Diesen Antrag haben die Grünen im Bundestag eingebracht. Als we-

sentliche Absichten nennen die Grünen: Das vor 50 Jahren von den Faschisten verabschiedete Energiewirtschaftsgesetz müsse abgeschafft werden. Die Kommunen müßten "zum zentralen politischen Ort der Umwandlung und Nutzung von Energie werden". Die Elektrizitätswerke sollen in Eigentum von zumeist kommunalen Betreibergesellschaften übergeführt werden, Konzessionsabgaben und die Verflechtung von Energieversorgung und kommunalen Verkehrsbetrieben aufhören, die Sondertarife für "Großabnehmer" abgeschafft werden. (BT-Drucks. 10/5010 – rül)

#### Studenten gesucht für Fernost-Einsatz!

Auf eine Bundestagsanfrage betreffend die "Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im pazifisch-asiatischen Raum" hat auch das Bundesbildungsministerium geantwortet. Staatssekretär Pfeiffer wies am 3.3.

auf eine Vielzahl von Stipendien und Austauschprogrammen hin, die "mittelbar oder unmittelbar auch der Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zugute kommen": Stipendien des "Deutschen Akademischen Austauschdienstes" für Studien in Japan, China und Süd-Korea, Zusammenarbeit zwischen Universitäten in Kyoto und Mainz, Stipendien für Studienaufenthalte in China, Auslandsforschungs-Aufenthalte von Naturwissenschaftlern, gefördert durch die Alexander von Humboldt-Stiftung, Studienreisen und Austauschprogramme für "Fach- und Führungskräfte" seitens der Carl-Duisberg-Gesellschaft. Durch diese Programme sollten auch "Kontakte zu Geschäftspartnern und Administrationen ermöglicht werden, die den Aufbau von Geschäftsverbindungen deutscher Unternehmen in der Region fördern." Die Wissenschaft steht bereit, wenn die Wirtschaft ruft! – (rül)



Statt auf die unabwiesbaren Interessen der Lohnabhängigen zu pochen, sich gegenüber den Kapitalisten ihrer Haut zu wehren, verfiert der DGB gegen die Novellierung des § 116 die Einbettung der Gewerkschaften in die FDGO. Dabei fände er Argumente zuhauf für eine Propaganda, die das Streikrecht zur Durchsetzung sozialer Interessen der Lohnabhängigen verlangt. Links: Schwerbeschädigter. Rechts: Wohnverhältnisse ausländischer Lohnabhängiger.

wenigstens die Chance haben müsse, gehorchen zu können.

"Das aus dem Rechtsstaatsprinzip abzuleitende Gebot der Normenklarheit erfordert, daß die von einer gesetzlichen Regelung Betroffenen die Rechtslage erkennen und ihr Verhalten danach einzurichten vermögen ..."

Warum nennt der DGB hier nicht die aufkommende Gefahr? Man weiß aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung, daß so ungeklärte Rechtslagen benutzt werden, um zum gegebenen Zeitpunkt einer Gewerkschaft den Rest zu geben bzw. zu nehmen, indem man sie in Schadenersatzpflicht bringt und ihr Vermögen beschlagnahmt. Warum gibt man stattdessen sich gehorsam und läßt nur ganz verklausuliert Konfliktbereitschaft ahnen?

"Die vorgesehene Neuformulierung

des § 116 AFG enthält nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes auch eine unzulässige sogenannte unechte Rückwirkung zu Lasten der potentiell Anspruchsberechtigten, weil sie die Voraussetzungen für die künftige Leistungsgewährung an mittelbar Kampfbetroffene verschärft ... Nach der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist aber eine unechte Rückwirkung nur dann ausnahmsweise zulässig, wenn keine Bedenken – wie jedoch hier – unter dem Gesichtspunkt des schutzwürdigen Vertrauens des Betroffenen bestehen."

Damit bestreitet der DGB der Regierung des Mandat, aktuell so zu handeln, wie sie plant und stellt gleichzeitig einer Regierung, die solche Pläne zum Wahlthema machen und siegen würde, den Freibrief aus.

\*

Neben dem krampfhaften Bemühen, die Gewerkschaften auf einen Platz unter dem Dach der FDGO zu verweisen, zieht sich durch die lesenwerte Stellungnahme des DGB verhaltener Zorn; in vielen Einzelheiten der Darlegung zeigt sich, daß die Kapitalisten im täglichen Geschäftsgang die Arbeitsbedingungen zu Ungunsten der Lohnabhängigen gestalten, so daß diese ihre Aktionen immer aus der Defensive heraus beginnen. – Der zielstrebige Nachweis dieses Tatbestands würde zu einer politisch klaren Situation führen, daß nämlich das Kapital für die Risiken von Arbeitskämpfen zu haften hat, weil sein ständiges Treiben sie unvermeidlich auslöst.

Quellenhinweis: Stellungnahmen zum Hearing beim Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales am 26.2.1986 – (maf)

### Lebenslänglich wegen "RAF im Knast"

In ihren Plädoyers vor dem Oberlandesgericht Stuttgart forderte die Bundesanwaltschaft lebenslängliche Haft gegen Manuela Happe, zwölf Jahre gegen Ingrid Jakobsmeier und neun Jahre gegen Christa Eckes wegen Mitgliedschaft in der Roten Armee Fraktion, wozu auch die "Fortsetzung der terroristischen Vereinigung in der Haft" zählen soll, d.h. auch der Hungerstreik. Die Teilnahme am Hungerstreik – so die Bundesanwaltschaft – sei eine deutliche Form mitgliederschaftlicher Betätigung in der RAF. Manuela Happe wird versuchter Mord an zwei Polizisten vorgeworfen. Dazu der Kommentar von Zeis (Bundesanwaltschaft): Wer den bewaffneten Kampf führt, handelt aus niedrigen Beweggründen; wer sich gegen die BRD auflehnt, steht auf sittlich niedriger Stufe. Die Verteidiger haben

einen ausführlich begründeten Einstellungsantrag gestellt, über den das Gericht bisher nicht entschieden hat. Nach Vorstellung von Richter Knospe soll die Ablehnung des Antrags wohl direkt vor der Urteilsverkündung am 20.03.1986 erfolgen (über Urteil und Einstellungsantrag werden wir in einer der nächsten Nummern berichten). – (ulb)

### Sinti und Roma klagen gegen Volksverhetzung

"Liebe Bürgerinnen und Bürger! Gangster, Gauner und Ganoven, Heiratschwindler, Zigeuner und verkrachte Existenzen, sie alle wollen nur Ihr Bestes, nämlich Ihren Schmutz, Ihre Wertsachen und Ihr Geld." Diese Zeitungsanzeige des Leiters eines Karlsruher Polizeireviere ist weder für den Karlsruher Generalstaatsanwalt Bauer noch für den Ersten Strafsenat des OLG Karlsruhe Anlaß zu einem Ermittlungsverfahren. Vertreter der

Sinti und Roma hatten gegen den Revierleiter Anzeige wegen Volksverhetzung erstattet. Der Generalstaatsanwalt und der Erste Senat des OLG lehnten die Eröffnung eines Verfahrens ab. Begründung: "Zigeuner" könne in doppeltem Sinn verwendet werden, als Synonym für einen Roma, aber auch für "jemanden, der ein unstetes Leben führt". Der Zentralrat der Sinti und Roma hat gegen diese Entscheidungen Verfassungsbeschwerde eingelegt. (SZ, 14.3.86 – rül)

### NATO-Manöver: 13 tote Soldaten

Während des NATO-Manövers der mobilen Eingreiftruppe (AMF Mobile Force) "Anchor Express 86" in Norwegen sind am 5.3.86 dreizehn norwegische Soldaten durch eine Lawine ums Leben gekommen, drei weitere Soldaten werden vermißt. Sie gehörten zu einer Gruppe, die mit Erkundungsaufgaben befaßt war. Die FAZ

**"Strategie und Taktik"****Wörner leitet europäisches Raketenabwehr-System ein**

Verteidigungsminister Wörner nutzte die Wehrkundetagung am 1.3. zur Darstellung der Position, auf die sich die Bundesregierung zu SDI und europäische Raketenabwehr allmählich festlegt. Die Wehrkundetagung wird alljährlich in München veranstaltet und versammelt militärpolitische Prominenz aus der NATO zur Debatte über den aktuellen Stand ihres gemeinsamen Kriegsvorhabens. Wörner legte in seiner Rede die "Grundrichtungen und Eckwerte der Strategie aus dem Blickwinkel der Bundesrepublik Deutschland" dar.

Unter Strategie verstehen die Militäristen die Absicht des gesamten Kriegsvorhabens zur Durchsetzung eines bestimmten politischen Ziels. Konkret stellen die nuklearen Interkontinentalraketen der USA ein strategisches Instrument dar, da ihr Zweck die atomare Verwüstung großer Teile der Sowjetunion ist, mit dem angestrebten Ergebnis der Kapitulation oder extrem politischer Schwächung. Das Gegenstück zur Strategie ist die Taktik, die ein bestimmtes Teilziel im Rahmen des Gefechts angibt. Die Kurz- und Mittelstreckenraketen der NATO z.B. werden als Mittel der Taktik angesehen, denn mit ihnen soll nicht die Sowjetunion vernichtet werden, sondern etwa das Versorgungsnetz für eine Armee-Einheit.

Wörner unterstützt die "Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) der USA mit folgender Begründung: "In dem Maße, in dem das strategische Defensivsystem die Effizienz nuklearer Optionen verringert, würde das

politische Gewicht des Nuklearwaffenbesitzers schwinden. Vielleicht wäre es künftig nicht mehr so wichtig, ob ein Land (außer der Supermacht) über Nuklearwaffen verfügt, sondern ob es ein strategisches Defensivsystem besitzt oder daran teilhat, das die Drohung mit einem Nuklearangriff hinreichend entkräften kann. Wichtiger als Nuklearmacht wäre dann strategische Defensivmacht. Politisch würde sich damit der Unterschied zwischen Nuklearmächten und Nicht-Nuklearmächten verringern." Das Ergebnis praktisch sieht Wörner, wie es sich bereits durch die Pattsituation bei Interkontinentalraketen abzeichnet: "Die konventionelle Komponente bekommt immer mehr Gewicht, bestimmt die Fähigkeit zur Vorverteidigung und sichert die Eskalationsfähigkeit, wird also zum Schlüsselement der gesamten Strategie." Über diesen Schlüssel verfügt in der NATO unbestritten die BRD mit ihrer konventionellen Überfallsbewaffnung.

In dem Maße aber auch, in dem die Bedeutung der strategischen Raketen abnimmt, wird, insbesondere wenn es auch der Sowjetunion gelänge, Interkontinentalraketen zumindest teilweise abzufangen, die Bedeutung der taktischen Raketenartillerie im Mittel- und Kurzstreckenbereich zunehmen. Diese Raketen der Warschauer-Pakt-Staaten könnten für den Aufmarsch, die Logistik und die Reserven der vorrückenden Truppen eine große Gefährdung darstellen, ohne daß die Drohung der NATO mit der Beantwortung durch einen atomaren Vernichtungsschlag noch wirken könnte. Wörner erhebt daher die Möglichkeit des Warschauer Paktes, sich mit Mittelstreckenraketen zu verteidigen, in den Rang strategischer Bedeutung. Die Geschichte aller Aggressionskriege belegt ja wirklich, wie

kriegsentscheidend die Sicherung des Nachschubs ganz besonders für den Angreifer ist.

Das Fazit Wörners strategischer Betrachtungen ist bereits bekannt, war aber bisher öffentlich noch nicht so geschlossen, besonders in Hinblick auf das Verhältnis zu SDI, vorgestellt worden: "Die konventionelle Verteidigung wird in Europa zusätzliche Abschreckungsaufgaben übernehmen müssen. Gleichzeitig, mit oder ohne das strategische Raketenabwehrsystem, stellt sich die Notwendigkeit, ein eigenes europäisches Defensivsystem aufzubauen, das dem sowjetischen Mittel- und Kurzstreckenpotential entgegenwirken kann." Das muß man verstehen als Einleitung einer neuen Etappe der BRD-Kriegsvorbereitungen: Stärkung der konventionellen Fähigkeiten (personell und waffenmäßig), Unterstützung von SDI und dazu Entwicklung eines europäischen Raketenabwehrsystems.

Quellenhinweis: FAZ, 3.3.86; Wörners Rede auf der Wehrkundetagung, veröffentlicht als Pressmaterial des BMVg, 25.2.86 – (jok)

**Hochschule****Strategisches vom Wissenschaftsrat**

Der Wissenschaftsrat hat von der Bundesregierung mit Beifall bedachte "Empfehlungen zur Struktur des Studiums" lanciert. Die Hochschulen müssen kriegsfähig werden, wirtschaftskriegsfähig und auch sonst. Das "vorgerückte Alter (!) der Hochschulabsolventen" (27,6 Jahre im Durchschnitt, 31,4 Jahre bei Doktorprüfungen) stehe in "keinem sinnvollen Verhältnis zur Lebensarbeitszeit",

berichtet, daß die Gruppe vor ihrem Aufbruch in das Tal, in dem das Unglück sich ereignete, von der Bevölkerung vor der Lawinengefahr gewarnt worden war. Einer der Soldaten gab an, die Gruppe habe aber trotzdem auf ausdrücklichen Befehl den Einsatz fortsetzen müssen. Manöver ist eben Manöver, genauso wie Krieg Krieg ist, und was zählt da schon die Gefährdung der Soldaten. Nach dem Bekanntwerden des Unglücks sah sich der norwegische Oberkommandierende allerdings doch gezwungen, das Manöver abubrechen. Rund 20 000 Soldaten, davon 500 aus der BRD, hatten daran teilgenommen. Wörner schrieb an den norwegischen Verteidigungsminister: "Ich bitte Sie, mein Mitgefühl den Angehörigen der Verstorbenen zu übermitteln, die in Erfüllung ihrer Pflicht zur Wahrung des Friedens und Freiheit unserer beiden Länder ihr Leben gelassen haben." (bw-aktuell, 10.3.86; FAZ 7.3.86 – jok)



1 500 demonstrierten in Würzburg am 15.3. gegen die Tagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO. Sie forderten "Keine Kriegsvorbereitungen im Congress-Centrum". Grüne und Anti-Nato-Gruppe sagten über den Zusammenhang zwischen Bau der WAA und Auslaufen des Atomwaffensperrvertrages 1995 in einem Flugblatt: "Die NPG, der wesentliche Teile der Nato-Offensivplanung obliegen, wurde 1966 in engem Zusammenhang mit bundesdeutschen Wünschen nach Verfügungsgewalt über atomare Waffen begründet." – (dir)

machte unflexibel, immobil, zu anspruchsvoll, erläutert der Wissenschaftsrat. Vier Jahre Studium für die Mehrzahl der Studenten sind genug.

Nichts neues vom Wissenschaftsrat? Plädierte er doch vor acht Jahren bereits für ein sechssemestriges Studium – ohne Erfolg. Oder doch? Der Wissenschaftsrat hat die Diskussion über die Länge der Studien kurzerhand für beendet erklärt. Die Mehrzahl der Hochschullehrer, die Studienreformkommissionen hatten nicht mobilisiert werden können. Frei nach John F. Kennedy lehnen die Wissenschaftsräte es einfach ab, weiter darüber zu reden, "was jeweils an Lehrinhalten für einen berufsqualifizierenden Abschluß für unerläßlich und welcher Aufwand an Studienzeit für erforderlich gehalten wird. Umgekehrt ist zu fragen, was an geeigneten Lehrinhalten wichtig ist, um in die vorgegebene begrenzte Planstudienzeit aufgenommen zu werden." Viele Prüfungen zu vorgegebenen Zeitpunkten mit knappen Vorbereitungsfristen und nur einmaliger Wiederholmöglichkeit, "Ausschöpfung der ganzen Breite der Notenskala", Examensarbeiten von nur vier Monaten Dauer, Prüfungsterror soll die Studenten zu einem vierjährigen Studium (derzeit durchschnittlich 6 Jahre) zwingen.

Werden die Hochschullehrer diese Politik nun eher umsetzen, wird sie sich gegen die Studenten durchsetzen lassen? Der Wissenschaftsrat hat ein strategisches Konzept zur Durchsetzung verkürzter Studienzeiten und zur Elitebildung vorgelegt, das nicht weiter auf Mehrheiten auch nur der Hochschullehrer spekuliert. Er setzt auf die Brutalität käuflicher, profilierungs- und karrieresüchtiger, im Ausnahmefall tatsächlich enthusiastischer Minoritäten unter Wissenschaftlern und solchen, die es meinen werden zu müssen. Sonderstudiengänge (Graduiertenstudien für Doktoranden) sollen im großen Stil der Sonderforschungsbereiche aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingerichtet werden. Dort werden die Promotionen und die Elitebildung konzentriert. Hochschullehrer erhalten ein solches Graduiertenkolleg an solchen Fachbereichen bewilligt, die funktionieren im Sinne des Wissenschaftsrates, statt zu diskutieren. Über die Zulassung von Studierenden zu diesem postgraduierten Studium, über die Bewilligung von Stipendien an Doktoranden, denen Arbeitsplätze (mithin Arbeiten) zuzuweisen sind, ohne daß sie eine Stelle erhielten, entscheiden zur Belohnung die veranstaltenden Professoren. Werden sich an den Hochschulen hinreichend Leute finden, die dieses schmutzige Geschäft nicht nur nicht betreiben, sondern unmöglich machen wollen?

Quellenhinweis: Wissenschaftsrat – Empfehlungen zur Struktur des Studiums – (mas)

## CDU-Programm zur Landwirtschaft

### Die Abhängigkeit der Bauern von der Industrie soll stärker gefördert werden

Das Ziel der EG-Agrarpolitik ist, die Agrarpreise auf Weltmarktniveau zu drücken. Daß dieses der BRD-Regierung nicht ohne Widerstand gelungen ist, hat sie in Unruhe gebracht. Kurz nach der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein (SH) legte E. Albrecht das "Agrarpolitische Konzept" der CDU/CSU vor. Zusammengefaßt beinhaltet es zwei Schwerpunkte:

1. Förderung der Produktion von Pflanzen, die industriell verarbeitet werden können, z.B. stärke-, zucker-, öl-, und faserhaltige Pflanzen. Diese werden unter dem Begriff "Nachwachsende Rohstoffe" zusammengefaßt.

2. Förderung der Aufgabe landwirtschaftlicher Nutzfläche. Zu 1 ist die Entwicklung am weitesten vorangetrieben. Hier soll am Beispiel des "Bio-Alkohol" und was die Landesregierung von Schleswig-Holstein betreibt, aufgezeigt werden, wer den direkten Nutzen haben wird.

Seit dem Frühjahr 1985 propagiert

gierung 12 Mio. DM. Im zweiten ist mit mehr zu rechnen. Hinzukommen noch Gelder aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium (8 Mio. DM für Bio-Gasanlage), der EG und der "nordischen Universität" (Privatuni), die das Projekt wissenschaftlich betreuen soll. So werden ungefähr 90% der Gesamtkosten aus öffentlichen Mitteln gezahlt. Innerhalb von fünf Jahren wird mit einer rentablen Produktion gerechnet. Das einzige, woran die Verwirklichung des Projektes bisher scheitert, ist die Zusage der EG, daß dem Inhaber der Anlage billige Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden. Hauptfavorit ist der Präsident der IHK Flensburg/Westküste, der Mitinhaber einer Kartoffelbrennerei ist.

So wird mit dem Schlagwort vom Abbau der Überschußproduktion oder "Bio" erstens direkt Industriekapital gefördert. Zum zweiten wird, und das nicht nur hier, sondern auch bei den anderen Pflanzen, ein Produktions-



Als Kiechle im Februar 1985 in der Husumer Kongreßhalle auftrat, nahm er lautstarke Proteste und viele Spruchbänder, leicht schwitzend, jedoch ohne sich aufzuregen, hin.

die Landesregierung von SH die Herstellung von Alkohol auf Weizenbasis und Melasse aus Zuckerrüben, "Bio-Alkohol" genannt. Als Vorgaben für die Produktion wurden den Bewerbern genannt: 15000 t (25000 t) Ethanol jährlich aus einheimischem Weizen/Melasse, Erstattungskosten max. 1,50 DM je l, Conti-Schicht, 300 Tage Produktion im Jahr. Die Texaco in Hemmingstedt/Heide (SH) würde 15000 t Ethanol dem dort produzierten Benzin beimischen. Die Gesamtkosten der Brennereianlage incl. Trocknung der Schlempe werden mit 24 Mio. DM angegeben; mit Bio-Gasanlage 30 Mio. DM. Im ersten Fall gibt die Landesre-

gierung 12 Mio. DM. Im zweiten ist mit mehr zu rechnen. Hinzukommen noch Gelder aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium (8 Mio. DM für Bio-Gasanlage), der EG und der "nordischen Universität" (Privatuni), die das Projekt wissenschaftlich betreuen soll. So werden ungefähr 90% der Gesamtkosten aus öffentlichen Mitteln gezahlt. Innerhalb von fünf Jahren wird mit einer rentablen Produktion gerechnet. Das einzige, woran die Verwirklichung des Projektes bisher scheitert, ist die Zusage der EG, daß dem Inhaber der Anlage billige Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden. Hauptfavorit ist der Präsident der IHK Flensburg/Westküste, der Mitinhaber einer Kartoffelbrennerei ist. So wird mit dem Schlagwort vom Abbau der Überschußproduktion oder "Bio" erstens direkt Industriekapital gefördert. Zum zweiten wird, und das nicht nur hier, sondern auch bei den anderen Pflanzen, ein Produktions-

### Dokumente aus Regierungsveröffentlichungen

#### Agrarpolitisches Konzept:

"CDU und CSU bejahen das System der europäischen Agrarmarktordnungen. Das System der Agrarmarktordnung hat sich im Grundsatz bewährt; es muß aber den neuen Bedingungen auf den europäischen Märkten und den Weltmärkten angepaßt werden. ... (Dabei müssen) der Anstieg der Produktivität ebenso berücksichtigt werden wie Entwicklungen auf den Einzelmärkten und das Verhältnis der Preise zwischen den Marktordnungsprodukten."

"Es wird vorgeschlagen, daß die Finanzierung zur Hälfte von der EG und zur anderen Hälfte von den Mitgliedstaaten getragen wird, wobei im Fall der Bundesrepublik Deutschland dieser Betrag durch die Bundesländer aufzubringen wäre."

"Programme zur verstärkten Verwendung landwirtschaftlicher Rohstoffe im industriellen Bereich, insbesondere die Markteinführung von Bioäthanol im Treibstoffsektor und die Ausweitung des Einsatzes von Stärke und natürlichen Fasern".

**Agrarbericht:** "Weitere Forschungsschwerpunkte sind die Produktlinien Stärke sowie pflanzliche Öle, Fette und Pflanzenfasern. Neben der Entwicklung neuer technischer Einsatzmöglichkeiten stehen auch züchterische Arbeiten im Mittelpunkt der Forschung, wobei den Qualitätsanforderungen der Industrie maßgebliche Bedeutung zukommt.... Generell bedürfen nachwachsende Rohstoffe noch sowohl hinsichtlich ihres Anbaues als auch der industriellen Verwertung einer sorgfältigen ökologischen Folgebe-

wertung."

#### Rede Kiechles in Wittingen:

"Trotz der überzeugenden Ergebnisse läßt sich das Garantiemengenmodell Milch nicht ohne weiteres auf Getreide übertragen. Dort fehlt der Flaschenhals, so daß die verwaltungsmäßige Durchführung nach bisherigem Kenntnisstand nicht machbar ist."

"Ein wichtiger Vorschlag, das Angebot EG-weit zu verringern, ergänzt sich vorteilhaft mit den zunehmenden ökologischen Ansprüchen der Bevölkerung: Die freiwillige Aufgabe der Produktion von Nahrungsmitteln durch ältere Bauern ohne Hofnachfolger bei gleichzeitiger Pflege der freigesetzten Flächen."

"Ich denke bei den nachwachsenden Rohstoffen nicht nur an die vielskutierte Ethanolherstellung, sondern auch an eine Zunahme der Verwendung von Getreide im chemisch-technischen Bereich. So könnte beispielsweise der Absatz von Flachs, Industriestärke oder Fetten und Ölen erheblich gesteigert werden."

"Niemand bezweifelt, daß die Änderung eingefahrener Wege ungeheuer schwer ist. Das ist nicht nur eine Sache der Politik – hier sind alle um aktive Unterstützung gefordert, insbesondere

- der Berufsstand,
- die be- und verarbeitende Industrie sowie
- Handel und Genossenschaften."

**Spiegel Interview:** "Kiechle: Er (der Bauer) bekommt dafür sicherlich nicht gerade einen garantierten, aber doch einen Preis innerhalb einer gewissen Spanne, die es ihm ermöglicht, zu kalkulieren. Auf der Basis dieses Rohstoffpreises produziert dann mein Weg das Werk, das diesen Alkohol herstellt. Und dann versuchen wir



"Sterbehilfe" war seinerzeit schon angesagt, jetzt wird sie in die Praxis umgesetzt.

mit Hilfe der Mittel, die aus Brüssel fließen und die wir selber für die Markteinführungsphase national zur Verfügung stellen wollen, ein Angebot an die Industrie zu machen. Das Produkt soll in Kraftstoffen oder in Farben und Lacken beispielsweise Verwendung finden."

Auf die Frage nach Flächenstilllegung antwortet Kiechle: "Soweit der Markt entlastet wird, zahlt Brüssel; soweit der soziale Aspekt überwiegt, bezahlt der Bund; soweit Naturschutz und Ökologie profitieren, zahlen die Bundesländer. Insgesamt halte ich einen Betrag für notwendig, der ungefähr bei 800 bis 1000 Mark je Hektar liegen würde – alle drei Komponenten zusammengekommen."

Die Förderung der Aufgabe landwirtschaftlicher Fläche ist für das Vorhaben der EG/BRD-Regierung dann auch nur eine Konsequenz zur Stützung und Beförderung der industriemäßigen oder in Abhängigkeit der Industrie produzierenden Landwirtschaft bzw. Nahrungsmittelindustrie. Hier ist folgendes vorgesehen: Bauern ab 55 Jahren, die ihren Betrieb für zehn Jahre stilllegen und zugepachtete Flächen abgeben, sollen eine "Voruhestandsrente" erhalten. Dieses Geld soll nach Abgabefläche und Ertragswert zwischen 200 und 600 DM pro ha liegen. Der Bund übernimmt für diese Bauern die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge. Als Ergebnis sollen 60000 Betriebe mit ca. 90000 ha und einer Produktion von ca. 1,5 Millionen t Milch und Getreide und 100000 t Rindfleisch aus der Produktion genommen werden. Weiterhin sollen Ausgleichszahlungen für "Be-

wirtschaftungseinschränkungen" und "Natur- und Landschaftserhaltungsmaßnahmen" erfolgen.

Einige Daten zu den Besitz- und Produktionsverhältnissen: Von den 740182 Betrieben waren 49,4% Vollerwerbsbetriebe. Diese halten 78% des Bodens, 83,2% der Milchkühe, 82,8% der Schweine und erzielten 81% der gesamten Verkaufserlöse. Von rund 350000 Vollerwerbsbetrieben blieb bei 56% noch etwas für evt. Neuinvestitionen übrig. 37,8% davon hatten eine positive Eigenkapitalbildung von über 300 DM pro ha LF. 44% der Vollerwerbsbetriebe nahmen im letzten Jahr vor allem kurzfristige Kredite auf. Teilweise leben diese Bauern schon seit Jahren von der Substanz. Investitionen wurden in diesen Betrieben nicht mehr vorgenommen. Aus dieser Rechnung ergibt sich, daß durch die Maßnahmen der Bundesregierung bzw. EG eine Bodenkonzen-

tration, sei es in Form der Pacht oder des Kaufens, bei ca. 140000 Vollerwerbsbetrieben befördert wird. Der Industrie kommen diese Maßnahmen insofern entgegen, als evtl. Anbau- bzw. Lieferverträge in größeren Einheiten abgeschlossen werden können.

Wenn die CDU/CSU von dem Erhalt der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe spricht, sagt das nichts über die Bodenkonzentration aus und steht auch nicht im Widerspruch dazu. Das Ziel, das Agrarpreinsniveau auf den Weltmarktpreis zu drücken, und Profitmaximierung in Händen des Industriekapitals wird so beschleunigt.

Quellen: Agrarbericht 1986 Drucksache 10/5015 und 10/5016; Agrarpolitisches Konzept der CDU/CSU vom 20.02.86; Rede Kiechles auf der Landvolkkundgebung am 06.03.86 in Wittingen; Kiechle Interview Spiegel vom 03.03.86; SN v.15.03.86 und div. Ausgaben 1985. – (ale, anp, hei, ths)

## SPD-Programmdiskussion

## Die "Zukunft der Arbeit" – Kapitalisten von Versicherungspflichten befreit

Es gab seinerzeit nicht wenige SPD-Mitglieder, die die Tätigkeit von Herbert Ehrenberg im Arbeits- und Sozialministerium als jenseits oder allenfalls am äußersten rechten Rand von sozialdemokratischen Grundsätzen angesiedelt sahen. Seine damalige Politik der Plünderung der Versicherungskassen zugunsten imperialistischer Staatszwecke erscheint aber fast gemäßigt verglichen mit dem, was die jetzt vom Parteivorstand verabschiedete künftige sozialpolitische Programmatik der SPD erlaubt.

Wir hielten es für sinnvoll, zunächst weniger die versicherungsrechtliche Einzelheiten des sog. "Grundsicherungskonzepts" der SPD vorzustellen, sondern mehr welche allgemeinen Vorstellungen über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen die SPD erwartet und anstrebt. Wir empfehlen dazu die Lektüre der nebenstehenden Auszüge aus dem unter Regie von Anke Fuchs entstandenen Entwurf für ein sozialpolitisches Programm, das zusammen mit den übrigen Programmausarbeitungen im Herbst von einem Parteitag abgesegnet werden soll.

Der SPD-Programmentwurf behauptet das "Recht auf Arbeit" als allgemeinstes "soziales Grundrecht des Menschen" unter Absehung aller Bedingungen, unter denen diese Arbeit zu erbringen ist. Zugleich wird "Arbeit" und "Erwerb" gleichgesetzt, womit auch jede Andeutung verschwindet, daß die Arbeit der Mehrheit der Gesellschaft in der BRD von einer Minderheit von "erwerbstätigen" Nichtarbeitern ausgebeutet wird. Kritik an kapitalistischer Ausbeutung ist von diesem sozialdemokratischen Standpunkt aus nicht vorgesehen:

Was soll z.B. gegen Leuteschinderei gesagt werden, wenn es im SPD-Programm heißt, "schwere Arbeit" sei zu akzeptieren, sofern sie bloß "nützlich" ist (und nützlich für den Kapitalisten ist sie ja immer, sobald sie Profit einbringt)?

Und was will die SPD gegen eine Heraufsetzung des Rentenalters, gegen Kinderarbeit, gegen Zwangsarbeit für jedermann vorbringen, wenn in ihrem Programm steht, daß "keine Gruppe" der Gesellschaft von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden darf?

Der "Kampf um die Arbeitsplätze" gibt schließlich auch den Dreh ab, mit dem jegliche antiimperialistische Kritik der BRD-Bourgeoisie als unvereinbar mit der SPD-Linie dasteht. "Recht auf Arbeit" überall in der Welt! "Kein Export von Arbeitslosigkeit"! Oder als zusagen "unsere verdamnte inter-

nationalistische Pflicht" positiv formuliert: mehr Kapitalexport!

Man findet in dem Dokument, wie die Versöhnung mit den Interessen der Monopolbourgeoisie zur Unterordnung aller Arbeiterinteressen führt: Zustimmung zur Flexibilisierung bei den Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, "unkonventionelle" Arbeitsmarktpolitik (unstet, versicherungsfrei, irgendwie selbständig beschäftigt), Ausdehnung von Heimarbeit an Computern, Bindung von Lohnbestandteilen an den Betriebserfolg ("Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand"), Qualifikation wegen Erhalt der "Produktionsvorteile" unseres "rohstoffarmen" Landes.

Hätten nun die solchermäßen vom "Wandel der Erwerbsarbeit" betroffenen Lohnabhängigen wenigstens einen gewissen Ausgleich durch verbesserten Versicherungsschutz zu erwarten? Nein, die von der SPD vorgestellte "Grundsicherung" würde zuerst einmal die Kapitalisten ausdrücklich von der Versicherungspflicht für unstet oder zu Niedrigstlöhnen beschäftigte Lohnabhängige befreien. Zwar verspricht die SPD zum Ausgleich eine staatliche "Grundsicherung" in der Höhe "mindestens einer verbesserten Sozialhilfe", aber man kann kaum die Drohung mit Zwangsarbeit für die auf Staatshilfe angewiesenen Lohnabhängigen überhören, wenn es heißt, daß die Kosten für die "Grundsicherung" von der Gesellschaft schließlich "entsprechend ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung für die Schaffung von Arbeit" aufgebracht würden.

Die SPD will die Grundsicherung, mit der die Kapitalisten von den Versicherungsansprüchen für die Beschäftigten in der "neuen" Niedriglohnzone befreit wären, ergänzen durch die Änderung bei der Beitragspflicht der Kapitalisten. Statt eines bestimmten Prozentsatzes auf die Bruttolohn- und -gehaltssumme sollen sie einen "Wertschöpfungsbeitrag" zahlen. Man kann davor ebenfalls nur warnen: Die betriebliche Wertschöpfung setzt sich zusammen aus Löhnen, Gehältern plus Abschreibungen plus Zinsen auf Fremdkapital, Mieten u.ä. plus dem Gewinn vor Steuern minus Unternehmerlohn. Damit wäre die Finanzierung der Versicherungen statt vom Umfang der vernutzten Arbeitskraft abhängig vom Betriebsergebnis – ihr beschleunigter Ruin wäre abzusehen.

Quellenhinweis: Arbeitsgruppe Sozialpolitisches Programm und Kommission Sozialpolitik beim SPD-Parteivorstand, Die Zukunft sozial gestalten, 4. März 1986 – (alk)

### III. Die Zukunft der Arbeit sichern

Das Recht auf Arbeit gehört zu den sozialen Grundrechten des Menschen. Arbeit für alle – das ist die wichtigste innenpolitische Aufgabe der nächsten Jahre. Sozialdemokraten wenden sich mit Nachdruck gegen die Tendenz zu einer Zwei-Drittel-Gesellschaft und dagegen, wachsende Teile der Erwerbsbevölkerung aus der Erwerbsarbeit auszugrenzen. Arbeit muß für alle da sein. Jeder hat Anspruch auf den ihm gehörenden Teil. Um diesen Anspruch einzulösen, ist es erforderlich, neue Arbeit zu schaffen, die Arbeit anders zu verteilen, stärker für Arbeit zu qualifizieren und Arbeit zu verändern.

Arbeitslosigkeit ist nicht unabänderbar. Sie läßt sich durch eine entschiedene und zielgerichtete Politik beseitigen, wenn auch nicht kurzfristig. Eine Politik, die das Recht auf Arbeit einlösen will, muß daher von einer solidarischen Unterstützung der Arbeitslosen begleitet sein. Allen Arbeitslosen muß eine soziale Grundsicherung zur Verfügung stehen, die ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht...

#### 1. Das Recht auf Arbeit verwirklichen

Arbeit bedeutet Sicherung des Lebensunterhalts. Zugleich bedeutet Arbeit Selbstverwirklichung sowie Teilhabe an der gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Arbeit um der bloßen Beschäftigung willen lehnen Sozialdemokraten ab. Denn Arbeit muß sinnvoll und nützlich sein. Jemanden zu beschäftigen, um ihn "aufzubewahren", ist unwürdig. Die Menschen fühlen sich ihrer Arbeit dann verbunden, wenn sie sich in ihr wiederfinden. Deshalb wird schwere Arbeit auch eher akzeptiert als Beschäftigung ohne Sinn.

Die Erwerbsarbeit wird auch künftig die Gesellschaft prägen. Es kommt darauf an, keine Gruppe von der Möglichkeit auszuschließen, an der Erwerbsarbeit teilzunehmen. Frauen und Männer haben gleiches Recht auf Erwerbsarbeit. Bei der Verteilung der Arbeit muß dieser Grundsatz praktische Konsequenzen haben.

Das Recht auf Arbeit darf nicht auf Kosten Dritter in den ärmeren Ländern verwirklicht werden. Die Probleme hierzulande sind zwar groß, aber sie sind klein im Vergleich zu denen vieler anderer Länder, besonders denen der Dritten Welt. Deshalb darf Arbeitslosigkeit nicht exportiert werden. Und deshalb verbietet sich auch ein Herauskaufen hier lebender ausländischer Arbeitnehmer und ein Abschieben in ihre Heimatländer.

#### Arbeit schaffen

Um das Recht auf Arbeit zu verwirklichen, ist eine beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik notwendig. Eine Finanzpolitik, die darauf zielt, die Steuerquote oder die sogenannte Staatsquote zu senken, schließt eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik aus...

Sozialdemokraten haben für staatliche Beschäftigungsprogramme konkrete Vorschläge gemacht und sich für ein soziales Bündnis "Arbeit für alle" ausge-

## Dokumentiert: SPD-Kommission Sozialpolitik "Die Zukunft sozial gestalten"

sprochen ... Mit dem von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Bündnis "Arbeit und Umwelt" zum Beispiel kann es gelingen, die alten Belastungen der Umwelt schrittweise zu beseitigen und gleichzeitig zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen ...

Der Produktionssektor wird kleiner werden. Der Informations- und Kommunikationsbereich wird wachsen, der Dienstleistungsbereich kann wachsen. Erforderlich ist es, neue Aufgabenfelder zu erschließen. Die Erfahrung mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zeigt: Es gibt genug sinnvolle Arbeit ...

Alle Möglichkeiten zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit müssen genutzt werden. Notwendig ist deshalb auch, die Rahmenbedingungen für die Selbstverwaltungswirtschaft zu verbessern. Unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit, anhaltender Unterbeschäftigung und angesichts des Wandels der individuellen Einstellung zur Arbeit haben sich neue Formen des Erwerbsverhaltens entwickelt. Die "unkonventionelle" Arbeitsmarktpolitik muß gestärkt werden ...

### Arbeit umverteilen

Ohne Arbeitszeitverkürzung ist die Massenarbeitslosigkeit nicht abzubauen ... Alle Formen der Arbeitszeitverkürzung sind zu nutzen ... Die Umverteilung der Arbeit ist nicht ohne Konflikt zu erreichen, denn sie ist mit Umverteilung von Einkommen verbunden. Sozialdemokraten unterstützen nachdrücklich die gewerkschaftlichen Bemühungen, die Spielräume der Tarifpolitik vorrangig für Arbeitszeitverkürzungen zu nutzen. Es wird besonders darauf ankommen, diese Spielräume für kürzere Wochenarbeitszeiten zu nutzen.

Die Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit wird zu einer größeren Flexibilisierung der Arbeitszeiten insgesamt führen. Sozialdemokraten sehen in der flexibleren Gestaltung und Humanisierung des Arbeitsablaufs und der Arbeitszeit einen wichtigen Ansatz, um die Qualität der Arbeit zu verbessern. Ein Teil der Arbeitnehmer wünscht aus familiären oder sonstigen Gründen einen anderen Zuschnitt von Arbeitszeit und Einkommen. Mit dem Elternurlaub, individuellen Verfügungstagen, beweglichen Arbeitszeiten und gleitenden Übergängen kann diesem Wunsch sinnvoll entsprochen werden. Auch die Verkürzung und freiere Gestaltung der täglichen Arbeitszeit kann dafür bedeutsam sein und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Individualisierte Regelungen und Flexibilisierungen müssen arbeitnehmerorientiert sein ...

### Für Arbeit qualifizieren

Die Fähigkeit einer Gesellschaft, den Prozeß der Erneuerung aktiv zu gestalten, hängt entscheidend von der Bildung und Qualifikation ihrer Menschen ab. In einem rohstoffarmen Land liegt in der Qualifikation der Arbeitnehmer die entscheidende Antwort auf die Frage, ob es gelingen kann, Produktionsvorteile zu erhalten und neue zu schaffen.

Bildung und Qualifikation haben aber

auch einen Eigenwert, da sie zur Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung der Arbeitnehmer beitragen und sie in die Lage versetzen, Unternehmensentscheidungen mitzugestalten ...

### 2. Die soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit verbessern

Sozialdemokraten stehen für eine Politik, die das Recht auf Arbeit einlösen und den Arbeitslosen solidarisch helfen will. Die Massenarbeitslosigkeit muß durch beschäftigungswirksame Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik bekämpft werden. Die Betroffenen sind aber zugleich gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit materiell abzusichern.

Sozialdemokraten treten für eine soziale Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit ein. Die Bundesanstalt für Arbeit soll allen Arbeitslosen den für ein menschenwürdiges Leben notwendigen Bedarf zur Verfügung stellen. Sie ist am ehesten in der Lage, die berufliche Wiedereingliederung von Arbeitslosen mit der notwendigen Einkommenssicherung zu verbinden. Die soziale Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit soll den gleichen Grundsätzen folgen wie die geplante Grundsicherung bei Alter und Invalidität: Die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit müssen den notwendigen Lebensbedarf decken und mindestens einer verbesserten Sozialhilfe entsprechen ...

Die Kosten der sozialen Grundsicherung für Arbeitslose und der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen vom Bundeshaushalt und damit allen Steuerzahlern getragen werden. Denn Arbeitslosigkeit ist nur begrenzt ein individuell versicherbares Risiko. An ihren Kosten ist die Gesellschaft entsprechend ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung für die Schaffung von Arbeit zu beteiligen.

Die Kosten der Kurzarbeit und der Weiterbildung sollen künftig durch eine Umlage aller Arbeitgeber finanziert werden ...

Die Arbeitslosenversicherung soll weiterhin aus Beiträgen finanziert werden.

### 3. Die Arbeit der Zukunft gestalten

... Die technische Entwicklung birgt aber nicht nur Risiken; sie eröffnet auch Chancen die Qualität von Arbeit und Leben zu verbessern. Technik kann zu Veränderungen der Arbeitsorganisation führen, die die Arbeitsteilung produktiv vermindern. Sie kann neue sinnvolle und gestalterische Arbeiten schaffen und dazu genutzt werden, die Teilnahme an der Erwerbsarbeit für Leistungsschwächere zu ermöglichen ...

### Die Arbeit humanisieren

... Es gibt ein erhebliches Defizit bei der Umsetzung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse. Die soziale Beherrschung neuer Techniken steht erst am Anfang. Im Betriebsverfassungsgesetz sind Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in Fragen der Arbeitsorganisation, der Einführung neuer Arbeitstechniken und der Anwendung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse zu verankern. Neben der

Mitbestimmung müssen neue Instrumente entwickelt werden, um der Humanisierungspolitik in der Praxis eine Realisierungschance zu eröffnen ...

### Den Schutz der Arbeitnehmer ausbauen

... Auch die Anwendung der neuen Technik birgt Gefahren für die Freiheit des Arbeitnehmers. Die Auslagerung von Arbeiten in die Wohnung oder Nachbarschaft des Arbeitnehmers kann neue Abhängigkeiten und neue Ausbeutung bewirken. Sozialdemokraten lehnen die Zerstörung arbeits- und sozialrechtlicher Schutzrechte durch neue Heimarbeit als Folge der neuen Informations- und Kommunikationstechniken ab. Sie wollen die betrieblichen Mitbestimmungsrechte erweitern und die Auslagerung von Arbeiten nur dann gestatten, wenn die betroffenen Arbeitnehmer ihren Schutz dadurch nicht verlieren.

### 4. Die Wirtschaft demokratisieren

... Sozialdemokraten fordern, die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf allen Ebenen von Wirtschaft und Gesellschaft zu erweitern. Die Industriegesellschaft ist ohne den gebildeten und qualifizierten Arbeitnehmer, der mitdenkt, mitgestaltet und mitverantwortet, nicht denkbar. Nur so können die Risiken aus allein von einzelwirtschaftlichen Interessen bestimmten Entscheidungen begrenzt und die ökonomischen und sozialen Chancen des wirtschaftlichen Wandels für alle genutzt werden ... Die Arbeitnehmer am Produktivvermögen beteiligen

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit und die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft erfordern eine Steigerung der Investitionstätigkeit, also eine stärkere Neubildung von Produktivkapital. Das Steuersystem muß so umgebaut werden, daß die Sachkapitalbildung auf Kosten der reinen Geldvermögensbildung gefördert wird. Damit nicht – wie in der Vergangenheit – allein die bisherigen Besitzer von Produktivkapital aus öffentlichen Mitteln begünstigt werden, ist eine Initiative für eine neue Politik zur Bildung von Produktivkapital in Arbeitnehmerhand notwendig ...

### Genossenschaften und Selbstverwaltungswirtschaft unterstützen

... Neben dem traditionellen Genossenschaftswesen, das einen starken und leistungsfähigen Bereich ausmacht, entstand in den letzten Jahren ein neuer "Alternativsektor", der sich an genossenschaftlichen Prinzipien orientiert ... Um die Rahmenbedingungen zu verbessern und die Selbstverwaltungswirtschaft zu fördern, treten Sozialdemokraten ein für

– den Aufbau von regionalen Förder- und Beratungseinrichtungen zur Unterstützung selbstverwalteter Betriebe und Projekte ...

– die Verbesserung der Kapital- und Finanzierungsbasis für selbstverwaltete Betriebe und Projekte, unter anderem durch den Aufbau von Kreditgarantiegemeinschaften, die Einrichtung von Fonds auf Bundes- und Länderebene zur Starthilfe ...

## Euskadi/Baskenland

## Interview mit Herri Batasuna über die baskische Freiheitsbewegung

Die nordspanischen, baskischen Provinzen bilden eines der drei Industriezentren Spaniens. Seit der Industrialisierung Spaniens haben die Kämpfe der Arbeiter in Euskadi eine entscheidende Rolle für die Entwicklung und Organisierung der spanischen Arbeiterklasse gehabt. Die arbeitenden Klassen in den baskischen Provinzen haben große Opfer im Kampf gegen den Faschismus bringen müssen. 1937 – im spanischen Bürgerkrieg – bombardierten Flieger-Einheiten des Hitlerfaschismus die baskische Stadt Guernica, um die spanische Republik zu zerschlagen. Große politische Streikbewegungen der Arbeiter und Lohnabhängigen in Euskadi, der Kampf für die Freilassung der Gefangenen von Burgos, der weltweite Unterstützung fand, der erfolgreiche Anschlag der ETA gegen Carrero Blanco, den designierten Nachfolger Francos, haben den Sturz des Franco-Regimes eingeleitet.

Der Kampf für soziale Interessen der Werktätigen war stets auch mit Forderungen gegen die besondere nationale Unterdrückung der Basken verbunden. Solche Forderungen wurden zunächst vor allem von der bürgerlich-nationalistischen PNV (gegründet 1857) und in den letzten rd. 25 Jahren von Organisationen aus der neuen Mittelklasse formuliert.

1978 wurde das Wahlbündnis Herri Batasuna (Volkseinheit) als Einheitsfrontorganisation revolutionärer, sozialistischer, demokratischer und links-nationalistischer Organisationen gegründet, das bei den Wahlen 1982 11,5% der Stimmen erhielt. Herri Batasuna unterstützt die von der ETA vertretene "Alternative KAS", ein politisches Fünf-Punkte-Programm für die Forderungen: "Amnestie, Legalisierung der die Unabhängigkeit vertretenden Parteien, Abzug der spanischen Repressionskräfte, ein Autonomiestatut, das neben Euskadi die Provinz Navarra (Süd-Euskadi) einbezieht und das Recht auf Selbstbestimmung anerkennt einschließlich der Möglichkeit, einen eigenen Staat zu schaffen".

Das folgende Interview mit Jose Antonio Egido, Vertreter des Komitees für auswärtige Beziehungen von Herri Batasuna, wurde auf schriftlichem Wege durchgeführt. – (chc)

Frage: "Welche Auswirkungen haben die neuen Antiterrorgesetze der spanischen Regierung auf die Lage der baskischen Bevölkerung?"

Die spanische Regierung unterwirft das baskische Volk härtesten Lebensbedingungen. Der EWG-Beitritt Spaniens hat dazu geführt, daß die spanische Regierung ihre Absichten nur noch verstärkt hat, diese Tatsache zu verheimlichen. Mit dem vom spanischen Parlament genehmigten Antiterrorgesetz schuf sie sich den legalen Mantel für diese Politik. Dieses Gesetz ermöglicht der Polizeimacht, Verhaftete zehn Tage lang in jeglicher Art zu mißhandeln und zu foltern und sie dem Sondergericht in Madrid vorzuführen. Dieses Gesetz ermöglicht dem Staatsanwalt, die für die Mächtigen unangenehme Presse auszuschließen und die Privatwohnungen zu durchsuchen. Es wird von weiten Kreisen als verfassungswidrig angesehen. Zehn Jahre nach Francos Tod ist der Polizeiapparat nicht nur nicht gesäubert worden, sondern es wurden noch nicht einmal die brutalen Methoden gegen den patriotischen Widerstand der Basken geändert. Die Diktatur Francos brachte tausende Menschen um und folterte noch viele tausende mehr, aber kein baskischer Bürger ist durch Folterung gestorben. Die "Demokratie" dagegen hat mit schrecklichen Foltermethoden schon drei Basken ermordet. 1981 starb ETA-Kämpfer Joseba Arregi nach zehn Ta-



Kundgebung gegen die spanische Herrschaft im Baskenland

gen Folter im Hauptquartier der Sicherheitspolizei von Madrid. 1982 starb der Arzt Esteban Muruetagoina aus Oiartzun, nachdem er von der Guardia Civil gefoltert wurde, und 1985 wird der Arbeiter Mikel Zabala tot im Fluß Bidasoa aufgefunden, nachdem er verhaftet und von der Guardia Civil gefoltert wurde.

Die Polizei verhaftet in großer Zahl Basken, Parteimitglieder, Mandatsträger oder einfache Verdächtige, die dann verhört, mißhandelt und dann wieder in Freiheit gesetzt werden. Im Januar 1986 wurden 115 Verhaftungen durchgeführt, aber nur 20 Personen sind aufgrund der Anklage, die ETA zu

unterstützen, ins Gefängnis gekommen. In Euskadi kann jeder Opfer des Antiterrorgesetzes werden, wie das Beispiel von Zabala zeigt, der Anhänger der gemäßigten Gewerkschaft ELA-STV sein soll. Die Polizei verfolgt vor allem die Mitglieder von Herri Batasuna, aber verhaftet auch Mitglieder der Euskadiko Ezkerra (Autonomes Baskenland) und der CNT (Anarchisten) etc.

Frage: "Worin besteht die Strategie der Regierung gegen den Kampf des baskischen Volkes? Unterscheidet sie sich – oder nicht – und wenn ja, worin, von der Politik des Francismus gegen die baskische Bevölkerung? Welche Forderungen vertritt Herri Batasuna gegen diese Regierungspolitik?"

Der spanische Staat hat verschiedene Taktiken angewandt, um die Nationale Baskische Freiheitsbewegung auszuschalten. Der Hauptunterschied zum Francoregime besteht darin, daß heute die politischen mit den direkt repressiven Methoden kombiniert werden. Wenn der Staat einem Teil von Euskadi eine sehr beschränkte Autonomie zubilligte, so nur deshalb, um der Forderung nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und der Organisation, die diese aufrechterhält, der ETA, die Basis im Volk zu entziehen. Wir werden mit Presselügen bombardiert, um die Patrioten zu spalten. Sie haben den Konsum der harten Droge eingeführt, um die aufmüpfige Jugend zu zerstören. Sie haben ihre Polizeimittel verschärft und haben jetzt angefangen, Patrioten in Nord- und Süd-Euskadi direkt zu ermorden. Die von der spanischen Regierung bezahlten Handlanger haben den Parlamentarier und wichtigen Führer der Herri Batasuna, Dr. Santi Brouard, das Mitglied des Verwaltungsrats der Zeitung EGIN, Xabier Galdeano, und zahlreiche baskische Flüchtlinge und Bewohner von Nord-Euskadi umgebracht. Mit unserer ganzen Kraft wollen wir die Grausamkeiten dieser Politik anklagen. Die baskische Bewegung sah sich dazu gezwungen, eine Reihe von Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen, um den Weg für eine Verhandlungslösung vorzubereiten. Aber die spanische Regierung, von der Militärspitze und der reaktionären Rechten beraten, weigerte sich, mit der ETA zu verhandeln. Dies, obwohl die ETA einen Waffenstillstand angeboten hat, wenn ihre Bedingungen akzeptiert werden. Diese sind, ohne revolutionär zu sein, demokratisch und fortschrittlich.

Die Gonzalez-Regierung hat der ETA die Kapitulation und die Straffreiheit für diejenigen angeboten, die den Kampf aufgeben, aber die baskische Bewegung hat ganz klar ihre Forderung formuliert: Kämpfen bis zur Durchsetzung der Amnestie, bis zum Rückzug der Polizeikräfte, bis zu einer antimonopolistischen Politik und zur Selbstbestimmung. Herri Batasuna

na unterstützt dieses Programm und betrachtet es als unerlässlich für das Überleben des baskischen Volkes.

Frage: "Könnt Ihr uns vom Einsatz westdeutscher 'Antiterrorspezialisten' und von den Umtrieben des westdeutschen BKA und des Verfassungsschutzes in Spanien und Euskadi berichten?"

Der spanische Staat ließ sich schon mehrmals vom deutschen Polizeimodell inspirieren. 1978 wurden zwei Gefängnisse mit Hochsicherheitsanlagen im Stile Stammheims gebaut. Die Polizei und die Guardia Civil bildeten Einheiten nach dem Vorbild der deutschen GSG 9. Die spanische Polizei verwendet auch Informationstechnologien zur gesellschaftlichen Überwachung wie in der BRD. Aber diese Mittel scheitern angesichts der Unterstützung, die die ETA von Tausenden von Basken erhält. Die baskische Autonomieregierung, die von Ardanza geleitet wird, einer Person, die den bürgerlichen baskischen und spanischen Interessen verbunden ist, hat den Fehler begangen, eine "antiterroristische-Experten-Einheit" mit starker reaktionärer und antikomunistischer Orientierung einzurichten. In Euskadi hat die Nachricht, daß diese Herren mit dem CIA in Verbindung stehen, eine starke Empörung ausgelöst. Wir Basken wollen mit den fortschrittlichen und demokratischen Kräften des deutschen Volkes Beziehungen haben und nicht mit ihren reaktionären Exponenten, die schon 1937 unser Guernica zerstörten. Wir meinen, daß die deutsche Regierung eine Entschädigung für so ein Verbrechen zahlen müßte.

Frage: "Die imperialistischen Staaten benutzen EG und NATO nicht nur als Organisationen der Expansion, sondern auch als Instrumente der inneren Unterdrückung und Konterrevolution in den europäischen Staaten. Welchen Standpunkt vertritt Herri Batasuna in dieser Situation gegenüber dem NATO-Referendum in Spanien?"

Herri Batasuna ist gegen die Politik der Blöcke und für Blockfreiheit und Frieden. Konsequenterweise lehnt sie die NATO ab, weil sie ein militärischer Block und damit Feind der Völker, der Demokratie und des Friedens ist. Außerdem gilt es zu bedenken, daß die NATO unseren Freiheitskampf bedroht, die Militärausgaben erhöht und in Navarra einen Stützpunkt unterhält, den die Yankee-Luftwaffe mit Basis in Deutschland benutzt. Herri Batasuna hat bisher noch nicht über die Form der Ablehnung im Referendum entschieden, aber wir werden das Volk gegen die NATO mobilisieren.

Frage: "Welche Auswirkungen hat der Eintritt Spaniens in die EG für die baskische Bevölkerung, Auswirkungen z.B. für die Fischer, Bauern, Arbeiter?"

Der Beitritt von Euskadi zur Euro-

päischen Wirtschaftsgemeinschaft wird die verschiedensten baskischen Produktionsbereiche tangieren. Die EWG wird den baskischen Markt mit tausenden Litern Milch aus Überproduktionsbeständen der nordischen Länder überschwemmen und somit unseren Milchproduzenten Schwierigkeiten bereiten. Desgleichen wird die Weinproduktion betroffen werden, da die EWG verlangt, daß eine Serie technischer Normen in Anwendung kommt, die nur schwer erfüllbar sind. Die landwirtschaftliche Produktion wird Anpassungsschwierigkeiten an den neuen Markt haben, und die Krise auf den Bauernhöfen, die die Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion bilden, wird sich verschärfen. Der Fischereihafen von Ondarroa wird seine Fischereiflotte verkleinern müssen, da die EWG nicht genügend Lizenzen vergibt. Auch sind wichtige Industriebereiche betroffen, und die tiefgreifenden Umstellungen, denen sich die Werften, die Stahlproduktion und Industrie für Elektrohaushaltsgeräte unterwerfen mußten, haben die Zahl der Arbeitslosen erhöht.

Frage: "Herri Batasuna verfolgt eine Einheitsfrontpolitik für die Interessen des baskischen Volkes. Worin sieht ihr dabei die wichtigsten Aufgaben in der nächsten Zeit?"

Sicher, Herri Batasuna definiert sich durch seinen Namen, der auf spanisch Unidad Popular (Volkseinheit) bedeutet. Herri Batasuna ist die historische Allianz der Arbeiterklasse und anderer Volksschichten, der Jugend, der Bauern, der Intellektuellen, des kleinen und mittleren Bürgertums. Deswegen bezieht sich HB immer auf die Arbeiter, um die gesellschaftlichen Grundlagen des Kampfes für Befreiung zu bestimmen. Es steht außer Frage, daß der wichtigste Kampf der gegen die NATO ist. HB wird diesbezüglich seine eigene Kampagne führen und unterstützt außerdem die von einem Kollektiv aus Schriftstellern, Rechtsanwälten, Lehrern, Umweltschützern, Arbeitern und Frauen geführten Aktionen des "Manifests für nationale Selbständigkeit, gegen die NATO". Es gibt noch eine andere Kampagne von den Pro-Amnestie-Gruppen. In meiner Stadt wird auch ein Kampf gegen die Stilllegung einer öffentlichen Autobuslinie, die Tausende von Arbeitern betrifft, geplant. Im ganzen Land gibt es viele Kämpfe der Werktätigen und soziale Kämpfe, die lokalen Charakter haben, deren Aufzählung aber zu umfangreich wäre.

Frage: "Könnt ihr uns über die Entwicklung von Herri Batasuna und über die Beziehungen zu anderen Organisationen und Richtungen der Linken berichten?"

Das politische Spektrum der letzten zehn Jahre war äußerst verwirrend. Mit der ETA sympathisierte wohl die Mehrheit des Volkes, aber das konnte

sich nicht in entsprechenden politischen bzw. Massenorganisationen ausdrücken. Es gab verschiedene trotzkistische und maoistische Gruppen und eine eurokommunistische Partei; die baskische Linke war gespalten. Seit dem Auftreten der Herri Batasuna im Jahr 1978, die sich zur grundlegenden Achse der Mobilisierung und der Zusammenführung der politischen Kräfte entwickelt, hat sich die Situation beträchtlich geklärt. Verschiedene maoistische Gruppen sind verschwunden, und die Gruppen, die ihre Strategie ausschließlich am spanischen politischen Spektrum orientieren, wie die PCE, wie MC, LCR, haben Einfluß verloren. Auf der anderen Seite hat eine sozialdemokratische Degeneration von Euskadiko Ezkerra stattgefunden, einer politischen Kraft, die in der Vergangenheit marxistisch-leninistisch und der baskischen Unabhängigkeit verpflichtet war, sich aber in eine reformistische, pazifistische, autonomistische Gruppe verwandelt hat und dem bewaffneten Kampf feindlich gegenüber steht. Immer mehr Mitglieder dieser Gruppen und auch von Bereichen der PNV kommen zu Herri Batasuna, da sie darin die einzige Alternative für die nationale und soziale Befreiung Euskadis sehen.

Für das Komitee für auswärtige Beziehungen von Herri Batasuna

Jose Antonio Egido

6.2.1986

(Übersetzung: W.M., Heidelberg)

#### Spanien/Referendum

**Beteiligung 59,73%, für NATO-Mitgliedschaft 52,53%**

Am 12. März fand das NATO-Referendum statt. Unter den abgegebenen Stimmen (59,73 % Beteiligung) betrug der Anteil der "Ja"-Stimmen 52,53 %, der der "Nein"-Stimmen 39,84 %.

Seit Monaten hatte die regierende PSOE für die NATO-Mitgliedschaft getrommelt. Ihr Hauptargument: ein Austritt aus der NATO werde Spanien isolieren und ausländische Investitionen abziehen. Die reaktionäre Opposition der Alianza Popular (AP) unter der Führung Manuel Fragas hatte zur aktiven Enthaltung aufgerufen. Ihr wichtigstes Ziel war die Schwächung der Regierung Gonzales. Gegen die NATO-Mitgliedschaft und für ein "Nein" beim Referendum mobilisierten die im ganzen Land vertretenen Anti-NATO- und Friedenskomitees, die kommunistischen und revolutionären Organisationen sowie verschiedene autonomistische Organisationen in Katalanien, Gallizien und in den baskischen Provinzen.

Das Abstimmungsergebnis zeigt eindeutige regionale Unterschiede und Schwerpunkte. In den baskischen Provinzen – Nord-Euskadi, ohne Na-

varra – lag die Beteiligung mit 65,73 über der durchschnittlichen Abstimmungsbeteiligung. 65,16 % stimmten mit "Nein". In Navarra betrug die Wahlbeteiligung 63,10 %, 52,70 % stimmten mit "Nein". Ebenfalls über 50 % lag der Anteil der Nein-Stimmen in Katalanien. Die Wahlbeteiligung betrug in Katalanien 62,95 %. In Gallizien, wo die AP Fragas über den größten regionalen Anhang verfügt, betrugen die Abstimmungsbeteiligung 38,65 %, die Enthaltungen weit über dem Landesdurchschnitt 61,35 %. Der höchste Anteil der Ja-Stimmen wurde mit 63,15 % Ja- und 30,52 % Nein-Stimmen in Andalusien abgegeben.

Gonzales hat nach dem Referendum verkündet, er werde jetzt für den "Frieden weiterarbeiten". Fraga hat das Wahlergebnis als Erfolg für seine Enthaltungstaktik und als Schwächung für die Regierung gewertet, was jetzt in Stimmengewinne für die AP bei den nächsten Parlamentswahlen umgemünzt werden mußte. Die Anti-NATO-Bewegung und der Zentralrat der Friedensgruppen (CEOP) haben erklärt, sie werden ihren Kampf gegen die NATO, gegen die US-Basen und gegen steigende Militärausgaben fortführen. Die PCE (Kommunistische Partei) bewertet den Ausgang des Referendums trotz des Sieges der Regierung als Abwendung vieler Arbeiter von den faulen Versprechen der PSOE. Die PCE will, anknüpfend an die Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes gegen die NATO-Mitgliedschaft, ihre Anstrengungen verstärken, um die zerstrittenen Flügel der Partei zu einen und zu einer Einheit der linken Arbeiterorganisationen beizutragen.

Quellenhinweis: El Pais, 13.2 – (chc)

## Brasilien

### "Plano tropical" vom IWF und den Banken diktiert

Als "gute Nachricht" bezeichneten die internationalen Bankiers die Verabschiedung des "plano tropical" durch die brasilianische Bundesregierung am vorletzten Wochenende. Besonderes Lob zollten diese Kreise dafür, daß Brasilien ohne die innenpolitisch schädliche Einschaltung des IWF ausgekommen sei. Wesentlicher Bestandteil des "plano tropical" bildet der Preis- und Lohnstopp, mit dem die Regierung die Inflationsrate von ca. 260 % auf null drücken will. Die halbjährliche Anpassung der Löhne an die Inflationsrate wird aufgehoben und durch eine jährliche ersetzt, sofern die Inflationsrate über 20 % steigt. Die Gewerkschaftsdachverbände CUT und CONCLAT haben sich gegen den Lohnstopp ausgesprochen, da er zu Lohnsenkungen im Laufe des Jahres führt, und kündigten Streiks an. Seit

Anfang März streiken 80000 Bankangestellte in Rio de Janeiro unbefristet für um ca. 100 % höhere Löhne. Trotz der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes am 1.3. um 30 % auf umgerechnet 60 US\$ und der Einführung einer Arbeitslosenversicherung scheint die Absicht der Regierung, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten, nicht aufzugehen. Die Gewerkschaften hatten bereits im letzten Jahr einen Sozialpakt abgelehnt.

Der Preisstopp wird die Inflation nicht drücken, denn der Groß- und Einzelhandel erklärte bereits, daß wichtige Grundnahrungsmittel in den kommenden Tagen und Wochen nicht mehr angeboten werden können, obgleich die Geschäftstätigkeit in den letzten zwei Wochen um 80 % zurückgegangen ist. Die Umgehung des Preisstopps durch die Kapitalisten und die Entstehung eines riesigen Schwarzmarktes werden die Folge sein.

Durch eine Steuerreform sollen die Einkommenssteuereinnahmen um real 4 % anwachsen. Im Haushalt ist eine Mindereinnahme der Umsatzsteuer vorgesehen, die durch eine Änderung der Konsumentenkredite entstehen wird. Beide Maßnahmen zielen auf eine Senkung des Konsums insbesondere der neuen Mittelklasse und der Facharbeiterschichten. Über die Hälfte des Absatzes im Einzelhandel bei dauerhaften Konsumgütern erfolgte bislang durch Ratenzahlung, etwa 32 % aller Verkäufe wurden in Raten in mehr als vier Monaten zurückgezahlt. Die Anzahlung mußte mindestens 10 % betragen. Jetzt beschloß die Regierung, die Mindestanzahlung auf 40 % hochzusetzen und die Rückzahlungsfrist von zwölf auf vier Monate zu verkürzen. Besonders angetan waren die Imperialisten von der Währungsreform. Die alte Währung, der Cruzeiro, wird durch eine neue, den Cruzado, ersetzt, die 27. Währungsänderung in der Geschichte Brasiliens. Der Cruzado soll in einem festen Wechselkursverhältnis zum Dollar stehen. Die Regierung hat ihn jedoch gleich um 100 % geringer bewertet. Damit will sie den Export durch weitere Verbilligung der Exporte erhöhen, was den Druck auf die Löhne weiter steigert und den Imperialisten Billigimporte bringt.

Die wichtigsten 14 Bankiers der Welt boten Anfang März in New York über ihre kurzfristigen Forderungen in Höhe von 31 Mrd. US\$ an Brasilien und beschlossen angesichts des Lohnsenkungsprogramms der Regierung, daß nun umgeschuldet werden kann. Sie verlängerten die Schulden mit neuen Schulden zu 9,5 % und stufen den Risikozuschlag von bislang zuzüglich 2 % auf 1,125 % herunter. 1985 zahlte Brasilien ca. 12 Mrd. US\$ allein an Zinsen.

Quellenhinweis: Brasilien-Ausschnittendienst 02/85; Financial Times, NZZ, Handelsblatt, versch. Ausg. – (sie)

## Philippinen

### Forderungen der NDF an die neue Regierung

Drei Wochen nach dem Sturz der Marcos-Diktatur haben sich die politischen Kräfteverhältnisse auf den Philippinen noch nicht geklärt. Einerseits geht die Regierung unter Präsidentin Aquino zielstrebig daran, ein neues Regime aller besitzenden Klassen zu installieren. Andererseits muß die Regierung Zugeständnisse an die Massenbewegung machen, die die Marcos-Diktatur letztlich gestürzt hat. So mußte die Regierung in den letzten Wochen hunderte politische Gefangene freilassen, darunter den Vorsitzenden der nach wie vor illegalen Kommunistischen Partei der Philippinen



Soldaten der philippinischen Armee. Die Regierung, in der die höchsten Armeeführer sitzen, hat keine Schritte angekündigt, diese Terrorbanden aufzulösen oder auch nur zu verkleinern.

CPP, Jose Maria Sison. Aber es sind immer noch nicht alle politischen Gefangenen frei, vor allem in den Landgebieten nicht, wo die philippinische Armee und die Privatarmeen von Großgrundbesitzern und Zuckerbaronen nach wie vor die Bevölkerung terrorisieren.

Die Regierung Aquino hat begonnen, in der Hauptstadt und in den Provinzen den Regierungsapparat von Schlüsselfiguren der Marcos-Diktatur zu säubern und stattdessen andere Vertreter der besitzenden Klassen mit Posten zu versorgen. Der Staatsapparat selber ist bislang unangetastet. Armee, paramilitärische Streitkräfte und Polizei, die Hauptstützen der Diktatur und seit 1972 – dem Zeitpunkt der Ausrufung des Kriegsrechts durch Marcos – in ihrer Mannschafftsstärke verdreifacht, sind intakt; Regierungspläne zur Auflösung oder auch nur zur Reduzierung des bewaffneten Gewaltapparates sind nicht bekannt. Schließlich erwägt die Regierung eine Verfassungsreform mit einem parlamentarischen Zwei-Kammer-System; die erste Kammer soll die philippinische Oberschicht repräsentieren.

Bislang hat die Regierung auch keinerlei ökonomische Umwälzungen oder auch nur Sofortmaßnahmen zur Linderung des größten Elends angekündigt. Lediglich die Auflösung des Zucker- und des Kokos-Monopols, bislang von Marcos-Gefährten profitabel ausgebeutet, steht bevor; diese Maßnahme hatten u.a. IWF und Weltbank gefordert. Eine Landreform ist – so jedenfalls Frau Aquino in diversen Interviews – nicht vorgesehen; stattdessen sollen z.B. Landarbeiter und Tagelöhner Mitbestimmungsmöglichkeiten bekommen.

Völlig unklar ist, wieweit die Regierung ihren Kurs im ganzen Land durchsetzen kann. Schon unter Marcos hatte die Neue Volksarmee NPA ein Viertel des Landes kontrolliert und in diesen Gebieten mit der Landreform und der Schaffung von Rätestrukturen begonnen. Wahrscheinlich hat die Massenbewegung zum Sturz der Marcos-Diktatur diese Fortschritte gestärkt und die Initiative der Bauern und Landarbeiter freigesetzt.

Auf diese Kräfte und auf die organisierte Arbeiterbewegung und die fortschrittlichen Teile der Mittelklassen in den Städten setzt die Einheitsfrontorganisation NDF, in der neben der CPP der große Gewerkschaftsverband "1.Mai-Bewegung", "Christen für nationale Befreiung" sowie u.a. Studenten- und Lehrerorganisationen mitarbeiten. Die NDF ruft dazu auf, die erlangten Freiheiten zu verteidigen, den Kampf für eine wirklich freie und demokratische Gesellschaft fortzusetzen und die Unterstützung der neuen Regierung an deren Haltung zu u.a. folgenden zentralen Forderungen zu messen: Landreform, Erhöhung des Lebensstandards und Verbesserung sozialer Leistungen, Kündigung der Verträge mit den USA und Neuverhandlung aller Auslandskredite.

Quellenhinweis: SZ, div. Ausgaben; Liberation, Zeitschrift der NDF, v. 26.2.86; Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; – (wom)

## Italien

### Mafia und anderes großes Geld

Der Mammutprozeß gegen 474 Mafiosi in Palermo hatte schon begonnen, da hat man in der sizilianischen Hauptstadt eine Entdeckung gemacht, die wie ein Nachtrag zur Anklageschrift wirkt. Bei der Fahndung nach Drogenhändlern stieß die Staatsanwaltschaft auf eine Freimaurerloge. In deren Mitgliederliste fanden sich stadtbekannte Mafiabosse und – Richter, Staatsanwälte, hohe Offiziere, bekannte Ärzte und Anwälte. Offenbar hatten die Spitzen der Palermitaner Gesellschaft nichts dabei gefunden, mit den Bossen in der Loge zu

plaudern.

Bei dem jetzigen Prozeß sind zum ersten Mal nicht nur Angehörige der "militärischen" Organisation der Mafia angeklagt, sondern auch einige der "Geschäftsleute", die die Auftraggeber der Killer sind. So der Steuereinknehmer (dieses äußerst lukrative Geschäft wird in Italien vor allem auf dem Lande oft an Privatleute verpachtet) Ignazio Salvo. Oder Michele Greco, ein steinreicher Großgrundbesitzer, außerdem Eigentümer einer Konservenfabrik und – eines Heroinlaboratoriums. Der frühere Bürgermeister von Palermo Ciancimino (DC) soll im nächsten Prozeß drankommen. Das Verfahren könnte interessante Aufschlüsse über die Verbindungen zwischen Mafia, Großkapital und Staatsapparat bringen.

Die Mafia ist vor gut hundert Jahren nach der italienischen Einigung entstanden. Die sizilianischen Agrarbourgeois trauten der fernen Zentralregierung nicht recht und bauten sich daher ihren eigenen Gewaltapparat, eben die Mafia, auf. Nach dem 2. Weltkrieg warf sich die Mafia auf die städtische Grundrente, aus Agrariern

wurden Bauspekulanten. All das waren Geschäftszweige, die die Mafia-Bourgeoisie nicht in ernsthaften Konflikt mit den tonangebenden industriellen Kapitalisten brachten.

Das wurde anders, als die Mafia vor etwa 20 Jahren groß ins internationale Drogengeschäft einstieg. Die märchenhaften Extraprofiten in dieser Branche (allein der Drogenhandel nach den USA über die "Pizza Connection" soll der Mafia über 5 Mrd. Dollar eingebracht haben) lösten heftige Konkurrenzbewegungen aus. Blutige "Kriege" zwischen rivalisierenden Mafia-"Familien" brachen aus. Andererseits rückten Teile der sizilianischen Bourgeoisie und schließlich sogar der Christdemokraten von der Mafia ab.

Schließlich zwangen die katastrophalen Folgen des zunehmenden Drogenkonsums den Staatsapparat zu einem energischeren Vorgehen. Ein neues Gesetz ermöglicht, Mafia-Vermögen "ungeklärter Herkunft" zu beschlagnahmen. Allein in Palermo wurden bisher 340 Mio. DM beschlagnahmt. Ein ganz schönes Kapital! Quellenhinweis: l'Unità – (ulg)

## Anschlag auf Palme

### Bundeskriminalamt und FBI als Vorbild innerer Sicherheit in Schweden angeboten

Kaum daß der für Olof Palme tödliche Anschlag international bekannt wurde, begann eine Diskussion auf folgender Linie: Olof Palme war ein Politiker des Ausgleichs, der sich international einen Namen gemacht hat. Trotzdem ist er Opfer eines Anschlages geworden. Alles nach dem Motto – das lohnt sich nicht. Überall in der internationalen Presse wie Fernsehberichten wird angemerkt, daß Palme ohne Sicherheitsbegleitung mit seiner

Frau im Kino war und auf dem Weg nach Hause erschossen wurde: "Palme sagte immer, er sei stolz, daß er unbewacht durch die Hauptstadt gehen könne." (ZDF, heute) Auf der Suche nach dem Täter wird international sofort den Schweden angeboten, daß man innere Sicherheit wie anderswo betreiben muß. "Durch Palmes Tod wird vielleicht den europäischen Demokratien zur Einsicht verholten, daß ihre Führer, auch wenn sie noch so



Ein solcher Standard der inneren Sicherheit wäre den EG-Imperialisten für Schweden schon lieb – am besten als EG und NATO-Mitglied.



Auf einer öffentlichen Kundgebung hat der Vorsitzende der PF-ZAPU (Patriotische Front – Zimbabwes Afrikanische Volks Union), Joshua Nkomo, angekündigt, daß die PF-ZAPU eine Vereinigung mit der regierenden ZANU-PF (Zimbabwes Afrikanische National Union) unterstützt. Die ZANU-PF, die gemeinsam mit der ZAPU in der Patriotischen Front die Unabhängigkeit erkämpft hat, strebt seit drei Jahren die Vereinigung der Parteien an. Nkomo erklärte, daß zwar grundsätzliche Einigkeit bestehe, aber die Besetzung von Regierungsposten und die Vertretung der PF-ZAPU im Vorstand der vereinigten Organisation noch umstritten seien. (Bild: Demonstration der PF 1979 in Harare) – (uld)

### EG nimmt Beziehungen zur Türkei wieder auf

Die Türkei kann in das Reich der europäischen Demokratien zurückkehren. Die Außenminister der EG-Staaten beschlossen auf ihrem Treffen am 10./11.3., die seit dem Militärputsch 1980 offiziell eingefrorenen Beziehungen zwischen der Türkei und der EG schrittweise wieder herzustellen, denn, so hieß es, der Prozeß der Demokratisierung und die Beachtung der Menschenrechte in der Türkei schreiten fort. Damit geben die EG-Außenminister zurückgehaltene Gelder für die Türkei frei. Auf einem Ministertreffen im Herbst steht der EG-Assoziierungsvertrag mit der Türkei auf der Tagesordnung. Die EG-Kommis-

sion schlug dazu am 6.3. vor, die Freizügigkeit für Türken innerhalb der EG bis 1993 zurückzustellen. – (sie)

### Israelische Armee erschießt Palästinenser

Einwohner des palästinensischen Flüchtlingslagers Ballata bei Nablus haben nach einer fast zweiwöchigen Ausgangssperre eine Stellung der israelischen Armee am Eingang des Lagers in Brand gesetzt. Wenig später wurde ein Jugendlicher durch "gezielte Schüsse in die Luft und auf die Beine" (so die israelische Armee) erschossen. Bei einer Demonstration in Ballata Ende Februar wurde ein alter Mann erschossen, sein durch einen Kopfschuß schwer verletzter Sohn wurde verhaftet. – (bar)

### Frankreich: Wahlen zur Nationalversammlung

Am 16. März fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt, dem französischen Parlament. Wie schon vorher in den französischen und auch westdeutschen Medien erwartet, verloren die bisher regierenden Sozialisten die absolute Mehrheit. Im einzelnen errangen die Sozialisten (PS und MRG) 215 Sitze (31,5%; 1981: 285 Sitze oder 30,8%), die rechte Parteienkoalition UDF/RPR 274 Sitze (42,1%; 1981: 151 Sitze oder 39%). Die kommunistische PC hat ihr bisher schlechtestes Ergebnis zu verzeichnen, 35 Sitze (9,8%; 1981: 44 Sitze oder 16%). Die faschistische "Front national" erhält ebenfalls 35 Sitze (9,7%; erste Kandidatur EG-Wahlen 1984: 11%) und



zieht damit in die Nationalversammlung ein. Die Prozentzahlen sind nur bedingt vergleichbar, da nach dem Verhältniswahlrecht statt dem bisherigen Mehrheitswahlrecht gewählt wurde. Insgesamt haben die Rechten mit den 14 Sitzen der unabhängigen Rechten die absolute Mehrheit, Mitterand wird einen rechten Premierminister ernennen müssen. – (sur)

friedfertig sind, keinerlei Immunität genießen gegen die rohe Gewalt, die in den Straßen von Beirut und Belfast lauert." (New York Times) Und: "daß die Gewalttätigkeit ein Phänomen ohne Grenzen ist. Der Tod des Ministerpräsidenten wirft einige gesunde Zweifel auf, u.a. ob es am Ende dieses Jahrhunderts möglich ist, eine fortschrittliche Gesellschaft ohne richtigen Sicherheitsapparat aufrechtzuerhalten." (ABC, Spanien) Dem Nachfolger I. Carlsson wird dies gleich anempfohlen: "... eine gleiche Politik wird sein Nachfolger gar nicht erst versuchen. Er wird genug damit zu tun haben, die Gefahren abzuwenden, die der Anschlag eines unbekannten Mörders für den schwedischen Modellstaat bedeutet." (Hann. Allg. Ztg.) Oder glorreiche Vermutungen fließen aus: "Mußte es ein Mann der Menschlichkeit sein, der dem Terror, dieser Geißel unserer Zeit, zum Opfer fiel, so wie Graf Bernadotte, Dag Ham-

markjöld, Ghandi, John F. Kennedy, Martin Luther King und so viele, die den Frieden wollten und im Haß erschossen wurden. Diese Frage zu stellen, heißt, keine Antwort zu wissen. Oder doch? Gaddafi lebt." (NRZ)

Die Suche nach dem Täter gestaltet sich für die Polizei schwierig. Zunächst wird untersucht, ob das Attentat aus dem Kreise vorhergehender Drohbriefschreiber kommen kann. Da sollen welche von serbokroatischen und kurdischen Organisationen vorgelegen haben. Daraufhin wird auch das Büro der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) durchsucht. Weiter meldet sich aus London ein "Kommando Holger Meins" und übernimmt die Verantwortung. Von seiten des Bundeskriminalamtes wird diese Richtung unterstützt, als bekannt wird, daß bei dem Anschlag Munition vom Kaliber Magnum 357 verwendet wurde. Hier wird sofort berichtet, daß diese Munition auch beim Anschlag auf Zimmermann

von MTU in München verwendet wurde. Daß die Verwendung dieser Munition eher waffentechnische Gründe hat (das Kaliber hat die größte Durchschlagskraft), wird dabei tunlichst nicht erwähnt. Als deutlich wird, daß die schwedische Polizei nicht mit der bundesrepublikanischen Routine solche Untersuchungen führt, gibt es erhebliche Einmischung. Als bekannt wird, daß eine Zeugin, die Portraitmalerin ist, einen Flüchtenden auf Papier gebracht hat, wird der schwedischen Polizei anempfohlen, sich auf Spezialisten des BKA zu stützen, die Erfahrung in Anfertigung von Phantombildern haben. Solche Verwendung ist in Schweden bisher nicht üblich, nicht allein wegen liberaler Grundsätze der Gesellschaft. Eine derartige Zeichnung wird dann angefertigt und publiziert. Danach beschuldigen drei türkische Zeitungen ein Mitglied der PKK. Diese Theorie stützt sich darauf, daß 1984 und '85 in Uppsala und Stockholm

### Streikbewegung in Finnland

Über 250000 finnische Lohnabhängige streikten vom 13. bis 15.3. für Lohnerhöhungen von 3,5 % und für eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche bis 1990. Die Streiks, die die Wirtschaft des Landes weitgehend lahmlegten, waren die größten seit 1956. Am 15.3. einigten sich der Gewerkschaftsverband SAK und die Kapitalistenvereinigung STK auf Lohnerhöhungen von 2,5 % auf zwei Jahre und die Senkung der Wochenarbeitszeit bis 1990 auf 37,5 Stunden. — (sie)

### US-Lebensmittelkonzern zu Tarifvertrag gezwungen

Am 20. Februar 1986 wurden die ersten Tarifverträge zwischen Wanderarbeitern, Gemüseanbauern und dem US-Lebensmittelkonzern Campbell's Soup abgeschlossen. Verhandlungen zwischen Anbauern und Landarbeitern haben sich in der Vergangenheit oft als nutzlos erwiesen, da die Lebensmittelkonzerne dann von anderen Anbauern kauften oder die Anbauer mit Hinweis auf den Druck der Konzerne jede Verbesserung verweigerten. Mit Streiks, Protestmärschen und einem Aufruf zum Boykott der Campbell's Soup-Produkte kämpfte die 1968 gegründete Farmarbeitergewerkschaft FLOC (Farm Labor Organisation Committee) seit 1978 für ihre Forderung nach Dreierverhandlungen. Die jetzt abgeschlossenen Verträge schreiben unter anderem Erhöhung des Grundlohns der Farmarbeiter von 3,90 US-Dollar auf 4,50 US-Dollar pro Stunde vor, besseren Gesundheitsschutz gegen giftige Insektizide, bessere Unterkünfte und die Anerkennung ge-

werkschaftlicher Organisationsrechte der Farmarbeiter. Zwar sind von diesen ersten Verträgen lediglich etwa 800 Wanderarbeiter betroffen, aber ein wichtiger Anfang ist gemacht. — (her)

### Jugoslawien: Breite Streikbewegung

In den letzten vier Monaten nahm die Zahl der streikenden Arbeiter in Jugoslawien zu. Außerdem streikten — erstmals seit 1970/71 — Studenten an mehreren Hochschulen, Professoren und Ärzte. Gefordert werden in nahezu allen Streiks ein Inflationsaus-

gleich und Rücknahme von innerbetrieblichen Lohnkürzungen, v.a. Wiedereinführung des 13. Monatsgehalts, das in den letzten Jahren in vielen Betrieben gestrichen wurde. Die Studenten forderten höhere Stipendien und bessere materielle Ausstattung der Ausbildung und bessere Aussichten auf einen Arbeitsplatz nach der Ausbildung. Immer wieder werden örtliche Korruptionsfälle bekannt, in einigen Fabriken in Serbien mußten Betriebsleiter abtreten. Im Bund der Kommunisten wird dazu aufgefordert, unbedingt die Forderungen der Streikenden ernstzunehmen. — (lsc)



Auf einer zentralen Parteikonferenz hat kürzlich die KP Chinas eine Kampagne zur "Berichtigung des Arbeitsstils der Partei" eingeleitet, die sich gegen die zunehmende Korruption in der Partei richtet. Die chinesischen Tageszeitungen sind voll von Berichten über Bestechungsskandale und Schmuggel im großen Maßstab; in diese Delikte sind vor allem mittlere und höhere Parteiränge verwickelt. Die Pekinger Volkszeitung bewertet das Ausmaß der Korruption als so gravierend, daß der Erfolg der Wirtschaftsreformen von der Eindämmung der Korruption abhinge. Und eine Parteizeitschrift stellte fest: "Einige Parteimitglieder haben sich besonders in den letzten Jahren dem westlichen Götzen Mammon zu Füßen geworfen." Die Konferenz wurde offensichtlich auf Initiative des Reformflügels der Partei einberufen, um Kritikern wie dem Politbüromitglied Chen Yun (Bild), der eine Überprüfung der Reformen verlangt hatte, zuvorzukommen. Der Erfolg der Kampagne ist fraglich: Bislang hat sich die KPCh darauf beschränkt, geständigen Funktionären eine Selbstkritik abzuverlangen; Schmuggel in Milliardenhöhe brachte Parteiausschluß. — (wom)

ehemalige PKK-Mitglieder angeblich von der Organisation liquidiert worden seien. Neben der glorreichen "Unterstützung" durch das BKA wird ebenso versucht, westeuropäischen wie amerikanischen Standard "öffentlicher Sicherheit und Ordnung" zu vermitteln.

Neben der Beteiligung des BKA wird das FBI eingeschaltet, um die Projekte der Munition genau zu untersuchen, da diese in Schweden nicht erhältlich sei. Es wird alles dazu getan, den Polizeichef Holmer zu kritisieren, weil seine Truppe zu lax sei. Ziel einer solchen internationalen Kampagne ist einzig, Schweden von seinem Status als ungebundener Staat zu lösen und in Richtung EG und NATO zu integrieren. Hier sehen die Imperialisten den Vorfall als günstige Gelegenheit an. Als NATO-Sekretär Luns im Januar in Schweden weilte, versuchte er dies wohl eher vergeblich. Durch die Vorgänge jetzt will man offen-

sichtlich die Entwicklung einer erheblichen Beschleunigung zuführen. Deshalb der ständige Hinweis auf irgendwelchen internationalen Terrorismus. Der ständige Druck, der über die Debatte sowjetischer U-Boote lief, existierte einerseits. Von der sozialdemokratischen Regierung kann dieser Druck nicht erfolgreich verhindert werden. Da sie die schwedischen Kapitale in der Expansion stützt, ist sie solchem Druck ausgesetzt, und er konnte hier vermehrt werden. Von Carlsson kann keinerlei Änderung erwartet werden. Er gilt als Kompromißler. Eine hysterische Massenmobilisierung der Schweden gelang nicht. Es ist aber gelungen, daß eine erhebliche Kontrolle aller ausländischen Reisenden vorgenommen wurde.

Am Mittwoch letzter Woche fand dann die erste Festnahme statt. Es wurde am Freitag folgendes bekannt: Es ist ein schwedischer Staatsbürger festgenommen worden, der sich selbst

als Antisozialisten bezeichnet und als Wachmann eine Waffenausbildung erhalten hat. Er wurde in der Nähe des Tatortes wie auch im Kino, wo Palme war, gesehen. Weiter wird bekannt, daß es einen Bekennerbrief einer Organisation mit der Bezeichnung ENU (Europäische Nationalsozialistische Union) gibt, die die Tötung von Palme und Willy Brandt im Allgäu beschlossen hat. Von der Seite objektiver Interessen ist eine solche Richtung eher plausibel als alles, was vorher breitgetreten worden ist. In Schweden selbst gibt es seit langem eine Auseinandersetzung mit der faschistischen NRP (Nordische Reichspartei), die verschiedene Anschläge auf Einrichtungen der VPK (Linkspartei der Kommunisten) in Göteborg verübt hat. Quellenhinweis: Svenska Dagbladet, Hufvudsstadsbladet Helsingfors, New York Times, Times, Hannoversche Allgemeine, Neue Ruhrzeitung, ABC, ZDF-Nachrichten. —(uwb)

## \* Veröffentlichungen \*

### Zum Tod von Kürsat Timuroglu

Am 27.2. starb in Hamburg der Antifaschist Kürsat Timuroglu, Mitglied der Organisation Devrimci Isci, an den Folgen eines Anschlags. Soweit uns bekannt, ist der Täter bisher nicht ermittelt. Dennoch verbreiten nicht nur Ermittlungsbehörden und bürgerliche Medien, sondern auch grün-alternative und revolutionäre Organisationen und Zeitungen, daß die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) für den Mord verantwortlich zu machen sei. Beweise im juristischen Sinn hat niemand erbracht. Was die Bourgeois mit den unbewiesenen Behauptungen bezwecken, ist offensichtlich: Der Hamburger Innensenator prüft das Verbot des Arbeitervereins aus Kurdistan als angebliches Domizil von PKK. Was aber bezweckt die Linke?

Der Arbeiterverein aus Kurdistan hat eine Erklärung zu dem Anschlag veröffentlicht, die wir untenstehend abdrucken. Seine Erklärung ist in keiner der Zeitungen, die seitensweise ihre Verdächtigungen ausstreuen, vollständig veröffentlicht. Der "Arbeiterkampf" z.B. zitiert nur einen Satz vollständig, einen anderen bruch-

stückhaft und bricht just vor der Stelle ab, in der der Arbeiterverein politisch eindeutig Stellung nimmt zu "dem unseren Zielen und Aufgaben widersprechenden Mordfall". – Die türkischen und kurdischen Organisationen in der BRD befinden sich aufgrund der Niederlage durch den Putsch der türkischen Militärjunta und aufgrund der politischen Entwicklung in der BRD in einer äußerst schwierigen Lage, in der sie von der westdeutschen Linken kaum unterstützt werden. In dieser schwierigen Lage ist es mehrfach vorgekommen, daß politische Differenzen zwischen Mitgliedern verschiedener Organisationen unter Anwendung von Gewalt ausgetragen wurden. Das verschärft die Widersprüche und nutzt der deutschen und türkischen Reaktion. Der Arbeiterverein aus Kurdistan trägt mit seiner eindeutigen Erklärung dazu bei, die Widersprüche zu dämpfen. Keines seiner Mitglieder kann sich durch die Erklärung aufgerufen sehen, Mitglieder anderer Organisationen zu bedrohen. Im Gegenteil. Wer das verschweigt oder durch unvollständiges Zitieren verfälscht, muß sich vorwerfen lassen, die Widersprüche aufzuheizen. – (scc)

### Presseerklärung

Die Ereignisse der vorigen Woche in Hamburg haben deutlich gemacht, daß der 'Arbeiterverein aus Kurdistan e.V.' zum Spielball bestimmter Interessen gemacht werden soll. Unser Verein versucht, die nationalen, kulturellen und sozialen Probleme unserer ins Exil getriebenen Landsleute zu lösen, während er offensichtlich in einen Bereich politischer Aktivitäten gezogen werden soll, mit dem er sich gar nicht beschäftigt.

Wie wir aus verschiedenen Presseveröffentlichungen erfahren haben, gab es einen Mordfall, von dem uns unbekannt ist, wer ihn aus was für Gründen begangen hat. Trotzdem wurde sowohl von den Presseorganen TAZ, NDR-Regionalfernsehen usw. als auch von dem Hamburger Innensenator als auch der Organisation Devrimci Isci Hamburg einmütig uns die Schuld an diesem Vorfall zugeschoben. Damit wird unser demokratischer Verein unter Druck gesetzt, das Leben unserer Mitglieder gefährdet und der Verein von seinen patriotischen Aufgaben abgebracht.

Unser Verein sieht seine Aufgabe in der Bekanntmachung jeglicher faschistischer Vorgehensweise des kolonialistischen türkischen Staates in unserer Heimat Kurdistan, um damit die kurdischen Arbeiter und die demokratische Öffentlichkeit aufzuklären.

Unser Verein sieht es als eine Schande an, daß der volksfeindliche türkische Staat seit vielen Jahren das kurdische und türkische Volk wie die in der Türkei lebenden nationalen Minderheiten unterdrückt und massakriert. Deshalb sieht unser Verein es als eine Aufgabe der Menschlichkeit an, gegen diesen Staat zu kämpfen.

Obwohl der Zweck und die Satzung unseres Vereins bekannt sind, wird versucht, uns

als Vertreter einer bestimmten politischen Partei hinzustellen. Wenn sie sich hierbei nicht geirrt haben, muß eine bestimmte Absicht dahinterstecken. Gegen diese Absicht protestieren wir mit aller Schärfe.

Unser 'Arbeiterverein aus Kurdistan e.V.' ist Mitglied der 'Feyka-Kurdistan'. Als solcher unterstützt er den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan. Daß unser Verein die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) unterstützt und sich mit ihr solidarisiert, bedeutet nicht, daß wir eine politische Parteiorganisation sind, und soll dies auch nicht bedeuten.

Mit dem unseren Zielen und Aufgaben widersprechenden Mordfall soll versucht werden, die Sicherheit unserer Vereinsmitglieder zu gefährden und sie dahingehend unter Druck zu setzen, daß sie – wie mehrfach geschehen – auf der Straße offen bedroht werden.

Es ist ganz offensichtlich, daß wir in einer Phase leben, in der die Tätigkeit unseres Vereins und der in ihm zusammengeschlossenen Patrioten behindert, bedroht und unterdrückt werden soll. Die Verantwortlichen für diese Situation sind die oben genannten Personen und Institutionen.

Wir protestieren gegen die gegen uns gerichteten Äußerungen des Hamburger Innensensors, des NDR, der TAZ und Devrimci Isci Hamburg und fordern sie auf, sich jetzt und in Zukunft uns gegenüber wahrheitsgetreu und demokratisch zu verhalten, statt uns und unseren Verein in einen Fall hineinzuziehen, mit dem wir nichts zu tun hatten und haben, und uns als Büro einer politischen Partei zu bezeichnen.

Arbeiterverein aus Kurdistan e.V.  
Hamburg, den 3.3.1986

### Sport soll "Betriebsgemeinschaft" fördern

Auf mind. 60 Mrd. DM müßten die "jährlichen Kosten" wegen "degenerativer Bewegungsmangelkrankheiten" veranschlagt werden. Mehr als 40% der Bevölkerung sei nicht sportlich aktiv (– daß hierunter überproportional hart arbeitende Leute sich befinden, die kaum an "Bewegungsmangel" leiden, wird verschwiegen). Hier gelte es anzusetzen. U.a. Betriebssportgemeinschaften, heute 5 700 mit 300 000 Mitgliedern, müßten gefördert werden; Otto Wolff von Amerongen (DIHT) wird zitiert: "In solchen Einrichtungen führen Menschen verschiedenster Herkunft ... zusammen Sport ... Die sogenannte klassenkämpferische Parole: 'Ihr da oben – und wir da unten' wird gerade im Betriebssportverein ... widerlegt." Für den Staat würden, so die Autoren, durch die Beteiligung am Vereinsleben gute Staatsbürger herauskommen, denn das übe in Sachen demokratische Regularien. Sport wird von ihnen v.a. aus übergeordneten Zwecken empfohlen: Gesund für den Profit, brav für den Staat. (Gieseler/Palm; Sport – Gesundheit – Wirtschaft, Hrsg.: Bundesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft (Köln), Deutscher Institutsverlag. – wal)

### "Neue Methoden und Hilfen sind nicht in Sicht"

Ein Jahr lang ließ die Hans-Böckler-Stiftung des DGB die Arbeitsbedingungen von Betriebsräten in 174 Kleinbetrieben (unter 300 Beschäftigte) im Organisationsrahmen der IG Chemie, NGG, IG DruPa, GHK und GTB in Nordhessen untersuchen. Die erschreckenden Ergebnisse der Umfrage – kaum Betriebsversammlungen, keine schriftlichen Betriebsvereinbarungen und Anträge an die Firmenleitungen, oft üben die Betriebsräte ihr Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen, Versetzungen, Überstunden etc. nicht aus – versucht der Autor zu relativieren mit der Unterscheidung zwischen kontinuierlich und diskontinuierlich arbeitenden Betriebsräten und dem Hinweis darauf, daß die Betriebsräte in Kleinbetrieben auch ohne formalisierten Verkehr mit der betreffenden Firmenleitung oft zu nicht unbedeutenden "Erfolgen" kommen.

Die Klagen der Befragten, bei fehlender Tarifbindung des Kapitalisten wenig Handlungsmöglichkeiten bei Überstunden oder Lohngestaltung zu haben, führen die Studie nicht zu dem Schluß, daß die Gewerkschaften gerade auch für gesetzliche Mindestarbeitsbedingungen kämpfen müssen. Ebenso wenig wird die offensichtliche Hilflosigkeit der Betriebsräte bei Einführung "neuer Technologie" auf mangelnde Tätigkeit der Gewerkschaften im Hinblick auf Absicherung

von Mindestbedingungen für die Arbeit mit rechnergestützten Maschinen und Anlagen zurückgeführt. Und obwohl das Erhebungsmaterial eine interessante Auswertung zuließ, endet der Autor so zielstrebig in der Hilflosigkeit: "Die Zeit für eine erfolgreiche "Politik per Handschlag", wie sie in vielen Betrieben bisher geübt wurde, ist fast überall vorbei und neue Methoden und Hilfen sind nicht in Sicht."

Die schlampige Herstellung des Heftes (Seitenangaben des Inhaltsverzeichnisses finden sich selten im Text wieder) und die schlecht leserliche Schrift laden darüberhinaus wenig zum Studium ein.

(Wolfram Wassermann: "Wir sind ein Teil des Betriebes!", Graue Reihe Nr. 24, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 1985 – has)

### "Gesundheit ist keine Ware"

Unter diesem Titel veröffentlicht die Herausgeberin Ulrike Peretzki-Leid, Hauptabteilungsgeschäftsführerin für den Bereich Gesundheitswesen, Kirchen und soziale Einrichtungen bei der ÖTV Hauptverwaltung, eine interessante Dokumentation über die Arbeit der Beschäftigten im Krankenhaus, dem Problem der Durchsetzung von gewerkschaftlichen Forderungen im Rahmen der Kostendämpfungspolitik und den gewerkschaftlichen Konzepten zum Gesundheitswesen. In schildernden Aufsätzen berichten die verschiedenen Beschäftigungsgruppen an Krankenhäusern und psychiatrischen Einrichtungen über ihren Alltag. Die Arbeitsabläufe von Krankenschwestern, Reinigungspersonal und Auszubildenden werden reportagenähnlich dargestellt und sollen merklich den Eindruck hinterlassen, wie notwendig, sinnvoll und nutzbringend die Tätigkeit ist. Man merkt, daß dies eine Antwort auf die reaktionäre Kostendämpfungspolitik ist und im Rahmen der ÖTV-Aktion "Mehr Zeit für unsere Patienten" entstand. Die Antwort auf Auseinandersetzungen an einer Klinik z.B. bei der Einführung der EDV münden leider in der Beschwörung der gewerkschaftlichen Arbeit; diese müsse nun intensiviert werden und richtige Forderungen würden dann das Problem schon regeln. Durch die vorangestellten Aufsätze, die gut die Widersprüche unter den Beschäftigten auch aufzeigen, wirkt die Dokumentation von ÖTV-Positionen im Schlußkapitel nicht als klärende Antwort. Sie hat als Kernaussage "Ohne Reform des Gesundheitswesens droht eine Kostendämpfung ohne Ende". Die Reform soll in einer Änderung der Strukturen (z.B. der Krankenversicherung) bestehen.

(Gesundheit ist keine Ware. Arbeiten im Krankenhaus. Ulrike Peretzki-Leid u.a., VSA-Verlag Hamburg, 1986. Preis: 16,80 DM – irs)

## Ausländergesetz

### Vorbereitung der 1. Ausländerkonferenz der IG Metall

In über 70 von insgesamt 933 Anträgen zum 14. Gewerkschaftstag der IG Metall 1983 haben sich die Delegierten u.a. für das Verbot faschistischer und ausländerfeindlicher Propaganda und Organisationen, gegen die Verschärfung des Ausländer- und Asylverfahrensgesetzes, für eine Verbesserung des aufenthaltsrechtlichen Status der ausländischen Arbeitnehmer und für eine intensive Befassung mit diesen Forderungen auf allen Organisationsebenen der IG Metall eingesetzt. In der Entschliebung "Ausländische Arbeitnehmer" wurden wichtige Forderungen des 13. Gewerkschaftstages (1980) bekräftigt und konkretisiert.

Der Forderung des 14. Gewerkschaftstages nach "Gleichem Personengruppenstatus für ausländische Arbeitnehmer wie für Angestellte, Frauen, Handwerk und Jugend" wurde durch die Einrichtung eines Ausländerausschusses beim Vorstand der IG Metall Rechnung getragen. Im Oktober 1984 legte der Ausländerausschuß einen Entwurf "Erwartungen und Forderungen der IG Metall an ein 'neues' Ausländergesetz" vor, er wurde im Dezember 1985 nach einigen Änderungen als Beschluß "Forderungen der IG Metall an ein 'neues' Ausländergesetz" den Verwaltungsstellen, im Januar 1986 der Presse zugeleitet.

Wir drucken den Beschluß des Ausländerausschusses hier leicht gekürzt ab, weil seine Diskussion uns wichtig erscheint v.a. im Hinblick auf die von der IG Metall für den 8./9. Mai 1986 in Frankfurt geplante "Konferenz für ausländische Arbeitnehmer", zu der jetzt in den Verwaltungsstellen die Vorbereitungen im Gange sind. – (ulb,uls)

"... Die IG Metall sieht in der derzeitigen Ausländerverdrängungspolitik den Versuch reaktionärer Kräfte, eine Verunsicherung und Spaltung in der Arbeiterbewegung herbeizuführen. Das ist ein Angriff auf die gesamte Arbeitnehmerschaft und auf ihre ökonomischen, sozialen und demokratischen Errungenschaften. Deshalb fordert die IG Metall den Deutschen Gewerkschaftsbund und die in ihm zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften sowie alle demokratischen Kräfte und Organisationen und die Kirchen in ihrer sozialen Verantwortung auf, diesen Prozeß aufzuhalten und umzukehren. Um das zu erreichen und gleichzeitig ein solidarisches und spannungsfreies Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ermöglichen zu helfen, ist es unumgänglich, neben den konkreten Maßnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit eine Integrationspolitik zu betreiben, die das Ziel verfolgt, die rechtliche und politische Gleichstellung unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verwirklichen.

Daher lehnt die IG Metall nach wie vor die Absichten des Bundesinnenministers zur Novellierung des Ausländerrechts entschieden ab. Die Formulierungen beim Bundesinnenministerium bei diesem Vorhaben wie z.B. 'Gefährdung der Grundordnung und Sicherheit; strafbare Verstöße gegen das Versammlungs- und Vereinsrecht; wiederholte Verstöße gegen das Verbot politischer Betätigung; unerlaubte politische Betätigung; sonstige politisch motivierte Verstöße gegen die Rechtsordnung usw.' zielen darauf ab, möglicherweise die aktive Beteiligung der ausländischen Arbeitnehmer am gesellschafts- und gewerkschaftspoli-

tischen Geschehen einzuschränken, sie politisch zu entrechten und somit zu einer beliebig manipulierbaren Masse zu machen. Dies kann und wird die IG Metall nicht zulassen... Die IG Metall fordert vielmehr, daß Gesetze und Verordnungen so novelliert werden, daß eindeutige und unmißverständliche Bestimmungen den Aufenthalt sichern, die freie und uneingeschränkte gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Betätigung ermöglichen und die Gleichbehandlung in allen Bereichen gewährleisten...

Es muß eine Kehrtwendung vollzogen werden von der bisherigen 'Ausländerbeschäftigungspolitik' hin zu einer 'Ausländerpolitik', die sich nicht mehr an rein ökonomischen Interessen orientiert, sondern von der Tatsache ausgeht, daß die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien ein integraler Bestandteil des wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und des politischen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland sind...

Die Anerkennung der Tatsache, daß für viele Ausländer die Bundesrepublik Deutschland das Land geworden ist, in dem sie ihren Lebensmittelpunkt haben und ansässig wurden, hat zur Konsequenz, daß sie eine umfassende rechtliche und politische Gleichstellung erfahren. Mit der Verwirklichung der Chancengleichheit als Voraussetzung für ihre gleichberechtigte persönliche, soziale, kulturelle und berufliche Entwicklung nehmen sie dann am gesellschaftlichen Leben mit gleichen Rechten und Pflichten mitverantwortlich teil. Die Anerkennung der ausländischen Wohnbevölkerung als gesellschaftliche Minderheit ist die Voraussetzung und die Grundlage einer jeden demokratischen Gesellschaft und des sozialen

Rechtsstaates...

Zur Integration gibt es keine Alternative. Integration heißt nicht Assimilation. Sie bedeutet also nicht die totale Anpassung, völlige Übernahme der Sitten und Gebräuche; auch nicht Kultur- und Geschichtslosigkeit. Integration bedeutet vielmehr, daß Deutsche und Ausländer zueinander finden, in ihrem Anderssein sich gegenseitig akzeptieren. Und Integrationspolitik heißt, daß den in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien die Entwicklung einer langfristigen Lebensperspektive bei Beibehaltung ihrer ethnischen, kulturellen und religiösen Identität ermöglicht wird. Dabei ist es von größter Bedeutung, daß das Nebeneinander von verschiedenen Kulturen nicht als Ärgernis empfunden, sondern als eine Chance und Bereicherung betrachtet wird, welche bewußt genutzt werden muß, um die bundesrepublikanische und die europäische Gesellschaft weiterzuentwickeln, zu einem echten Miteinander werden zu lassen.

Eine sinnvolle und glaubwürdige Integrationspolitik bedarf daher der Unterstützung durch vertrauensschaffende Maßnahmen, wie die konkrete Förderung der kulturellen Aktivitäten, sowie die Schaffung von mehr Aufenthalts- und Rechtssicherheit und die schrittweise Einführung einer echten politischen Beteiligung...

Die wichtigsten Forderungen der IG Metall lauten:

"Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Ausübung einer unselbständigen Tätigkeit wird unter Mitwirkung der Bundesanstalt für Arbeit vorgenommen. Sie wird unbefristet und ohne Auflagen erteilt.

Nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt ist den Ausländern ohne jegliche Beschränkung und ohne Kriterien die Aufenthaltsberechtigung zu erteilen. Abwesenheitszeiten bis zu sechs Monaten gelten nicht als Unterbrechung. Die Fünfjahresfrist verlängert sich um die Abwesenheitszeiten...

Für die ausländischen Arbeitnehmer, die in ihrem Heimatland ihren Wehrdienst abzuleisten haben, findet das Arbeitsplatzschutzgesetz im vollen Umfang Anwendung. Der Wehrdienst gilt nicht als Unterbrechung des Aufenthalts.

Beim Nachzug von Ehegatten von Ausländern, die sich rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, gelten keinerlei Beschränkungen. Ein nachgezogener Ehegatte erhält denselben aufenthaltsrechtlichen Status wie der bereits in der Bundesrepublik lebende Ehegatte... Nach erfolgter Familienzusammenführung hat der Ehegatte Rechtsanspruch auf Arbeitserlaubnis...

Der Nachzug minderjähriger Kinder wird ungeschränkt erlaubt. Dabei genügt der rechtmäßige Aufenthalt

eines Elternteils. Minderjährige unverheiratete Kinder von Ausländern benötigen bis zum 16. Lebensjahr keine Aufenthaltserlaubnis. Mit der Vollendung des 16. Lebensjahres erhalten sie denselben aufenthaltsrechtlichen Status wie ihre Eltern... Ihnen steht das Zugangsrecht zum Arbeitsmarkt zu.

Mit der Erlangung der Aufenthaltsberechtigung entsteht gleichzeitig ein Einbürgerungsanspruch. Die Einbürgerung ist durch Beseitigung der finanziellen Barrieren zu erleichtern. Kinder von Ausländern, die sich hier bereits rechtmäßig aufhalten, erwerben mit Vollendung des 18. Lebensjahres den Einbürgerungsanspruch.

Es ist sicherzustellen, daß der Schutz des Art. 6 GG, Art. 12 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und Art. 19, Nr. 6 Europäische Sozialcharta, auch für die ausländischen sowie deutsch-ausländi-

strafrecht nicht unter einem Jahr zu einer Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt sind, ausgewiesen werden. Auch in solchen Fällen hat die Wiedereingliederung in die Gesellschaft... den Vorrang vor der Ausweisung.

Ausländer, die in einer verbotenen Vereinigung mitarbeiten, können nur dann ausgewiesen werden, wenn sie dafür in der Bundesrepublik rechtskräftig verurteilt worden sind und eine politische Verfolgung im Heimatland nicht zu befürchten ist.

Eine Ausweisung... ist ausgeschlossen: - bei dem ausländischen Ehegatten eines oder einer Deutschen; - nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt...; - bei minderjährigen Kindern eines Ausländers, wenn sich der Sorgeberechtigte in der Bundesrepublik Deutschland aufhält; - bei Arbeitslosen- und/oder Sozialhilfebezug; - wegen sog. 'unzureichendem Wohnraum'; - wegen Getrenntle-



"Gemeinsam kämpfen für Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaftsfreiheit, Arbeit für alle und soziale Demokratie" ist das Motto des 15. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall vom 19.-25. 10. 1986

schen Ehen und Familien volle Anwendung finden.

Ausländer, die die Aufenthaltsberechtigung besitzen, behalten nach einer Rückkehr in ihre Heimat drei Jahre lang das Recht, wieder in die Bundesrepublik einzureisen. Nach ihrer Einreise ist ihnen die Aufenthaltsberechtigung erneut zu erteilen. Jugendliche, die mindestens fünf Jahre in der Bundesrepublik Deutschland gelebt haben und als Minderjährige mit ihren Eltern das Land verlassen, behalten das Recht zur Rückkehr bis zu drei Jahren nach ihrer Volljährigkeit...

Ein Ausländer, der sich unrechtmäßig im Bundesgebiet aufhält, ist zur Ausreise verpflichtet.

Straffällig gewordene Ausländer, die sich seit weniger als fünf Jahren im Bundesgebiet rechtmäßig aufhalten, können, wenn sie wegen eines Verbrechens nach dem Erwachsenen-

ben oder Scheidung von Ehen; - bei Asylbewerbern, einem Asylberechtigten oder heimatlosen Ausländern; - bei einem Staatenlosen...

Nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland erhalten die Ausländer das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene. Mit der Erfüllung dieser Frist sind die Ausländer von Amts wegen in die Wählerverzeichnisse aufzunehmen.

Ausländische Arbeitnehmer erhalten nach einjährigem rechtmäßigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland als Ergänzung bzw. Vervollständigung des aktiven Wahlrechts das passive Wahlrecht zu Selbstverwaltungsorganen des sozialen Sicherungssystems (Sozialwahlen).

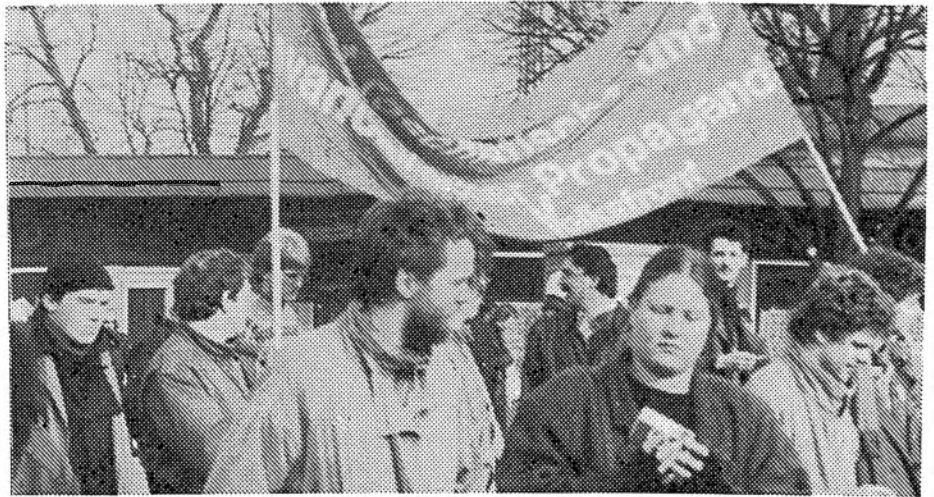
Quellenhinweis: Der Gewerkschafter 11/12/1983; Metall, Sonderdruck 15.07.1983; "Forderungen der IG Metall an ein 'neues Ausländergesetz'"

### Landesregierung ermöglicht FAP-Aufmarsch

**Hameln.** Obwohl Antifaschisten (siehe Bild) vormittags ein Auftreten der FAP verhinderten, gelang es 120 FAP-Anhängern nachmittags ungehindert eine unangemeldete Demonstration durchzuführen. Dieser Aufmarsch (mit Reichsfahne, faschistischen Liedern und Hitlergruß) richtete sich gegen die Einebnung von Kriegsverbrechergräbern, welche die Stadt erst kürzlich auf Druck von Antifaschisten anordnete. Er wurde erst ermöglicht durch den planmäßigen Einsatz von 1000 Polizisten. Bereits die antifaschistische Demonstration fand unter ständiger, enger Polizeibelagerung statt. Antifaschisten, die sich nachmittags in einem Jugendlokal versammelten, wurden eingekreist und ständig von der Polizei "beschäftigt". Was nicht verhinderte, daß wenigstens einige Autos der Faschisten nicht heil davonkamen. Als sich die Faschisten sammelten, nahm die Polizei über 50 Antifaschisten fest, während sie das Treibender FAP schützend in Distanz begleiteten. Die Grünen haben gegen das Polizeiverhalten protestiert und dazu für den 19.3. eine "Aktuelle Stunde" im Landtag durchgesetzt. — (ard)

### Entschädigung für Zwangsarbeit!

**Köln.** Die Grünen haben am 11.3. 1986 im Kölner Rat beantragt, die Zwangsarbeiter, die von städtischen Ämtern oder Firmen eingesetzt wurden, zu entschädigen und zu demselben Zweck an die Kölner Firmen, die Zwangsarbeiter ausgebeutet haben, zu appellieren. Die Grünen haben Listen der Gestapo und des Roten Kreuzes vorgelegt, die belegen, daß rund 100 Kölner Firmen, darunter die Ford Werke, KHD und Felten und Guillaume, zwischen 1939 und 1945 rund 50000 Zwangsarbeiter vernutzt haben. Die Stadt Köln forderte Zwangsarbeiter aus dem KZ Buchenwald an. Die Grünen beantragen, daß ein Fonds eingerichtet wird zur möglichst unbürokratischen Entschädigung für etwa 5000 ehemalige Zwangsarbeiter. Die Kapitalisten sollen für sie erfolgte Zahlungen an diesen Fonds rückerstatten müssen. Berücksichtigt werden sollen glaubhaft gemachte Ansprüche auf Entschädigung für entgangenen Lohn, Rentenzahlungen und gesundheitliche Schäden. Die Grünen verlangen weiter, daß die Einrichtung eines Dokumentationszentrums über Widerstand und Faschismus in Köln beschleunigt und das Schicksal der Zwangsarbeiter im Raum Köln in einem eigenen Raum dokumentiert wird. Sie haben einen Preis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Köln ausgesetzt, der am 6.3. 1987, dem Jahrestag der Befreiung der Stadt, vergeben werden soll. — (anl)



**Hameln.** Rund 800 Antifaschisten demonstrierten am 8.3. für ein Verbot der FAP und deren Nichtzulassung zu den Landtagswahlen. Aufgerufen hatte eine Aktionseinheit von Antifa-Initiative Hameln, VVN, Grüne, DKP, Jusos und Gewerkschaften. Volksfront, autonome Antifaschisten und Organisationen der revolutionären Sozialisten beteiligten sich an den Aktionen. — (ard)

### Zusammenschluß tür- kischer Jugendlicher

**Hamburg.** Nach dem Mord an Ramazan Avci und weiteren Angriffen von neofaschistischen Skin-heads in Hamburg haben sich jetzt türkische Jugendliche in "Selbstverteidigungskomitees der antifaschistischen Jugend" zusammengeschlossen. Die Zielsetzung dieser Komitees, die es schon in zwölf Stadtteilen gibt, ist der Zusammenschluß der türkischen Jugendlichen um ihre Rechte, gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. So organisiert ein Komitee an der Gesamtschule Steilshoop zur Zeit eine Unterschriftensammlung für die Einführung von Türkisch als erster oder zweiter Fremdsprache. Ein Rachedanke, der den Jugendlichen von Senatsseite und einigen türkischen Vertretern oft untergeschoben wird, liegt ihnen nach eigener Aussage fern. Sie behaupten ihr Recht, ihr Leben zu schützen, wollen aber keine Skin-heads jagen. Vielmehr wollen sie die Politik des Senats und der Bundesregierung bekämpfen, die ständig aufs Neue Ausländerfeindlichkeit produziert. — (peb)

### Weinheim: Schulstreik für Erhalt der Gesamtschule

**Mannheim.** Über 800 Schüler der Mult-Gesamtschule führten am 11.3. einen Schülerstreik und eine Demonstration zum Rathaus durch. Dazu hatte morgens die Schülervertretung aufgerufen — für den "Erhalt der Gesamtschule" und gegen die "nach dem Notendruck" zusätzliche "Differenzierung, die Einteilung in dumm und klug". Tags zuvor war die Entscheidung des baden-württembergischen Kultusministers bekannt geworden, die (nur versuchsweise) bestehenden Gesamtschulen im Land nur dann weiterzuführen, wenn der Schulträger dies ausdrücklich beantragt. In Weinheim hatten schon 1984 CDU, Freie

Wähler und der 'Deutsche-Liste'-Faschist Deckert eine Gemeinderatsmehrheit für die Umwandlung in die dreigliedrige 'Regelschule' gebildet. Mayer-Vorfelder hatte zur Begründung der Abschaffung der Gesamtschulen den Freiburger Professoren Aurin ein Gutachten erstellen lassen, das dieser nun vorgelegt hat. — (bef)

### Liberales Getue soll Unterdrückung bemänteln

**Stuttgart.** Die Prozesse gegen Antifaschisten, die am 23.12. 1984 eine Veranstaltung des Türkischen Nationalen Kulturvereins verhindern wollten, untermauern die Politik der Stadtverwaltung mit OB Rommel an der Spitze zur Unterstützung der Faschisten — nach außen liberal, in der Sache für Faschisten, gegen Antifaschisten. Das Amtsgericht: "Eine Veranstaltung des politischen Gegners ... darf nicht behindert werden. Politische Gegensätze müssen anders ausgeglichen werden." Es ging um gefährliche Körperverletzung. Weil der Angeklagte festhielt, daß das Auftreten von Faschisten bekämpft werden muß, urteilte der Richter, bei ihm liege außerordentliche Intoleranz vor: zehn Monate Gefängnis mit drei Jahren Bewährung und 1000 Mark Geldstrafe ohne schlüssigen Beweis. Eine Studentin ist angeklagt, nur weil sie anwesend war, das sei "geistige Mittäterschaft". Türkische Antifaschisten waren angeklagt wegen gemeinschaftlich versuchten Totschlags. Das wurde zurückgezogen, trotzdem wurden die Angeklagten verurteilt, weil sie "irgendwie" dabei waren. Anträge im Stadtrat, städtische Hilfe für Faschisten u.a. durch Saalvermietung zu unterlassen, beantwortet Rommel mit nacktem Hohn: Er redet schlemmig von der Unterstützung der Kultur ausländischer Mitbürger und spricht von der Pflicht der Stadt, alle Bürger gleich zu behandeln. — (ulk)

## Programma

### Das Streikergebnis soll zunichte gemacht werden

**Gerstetten.** Grundlage des unter Vermittlung von Späth ausgehandelten Tarifvertrags war eine Vertrauensabstimmung, der sich der Betriebsrat in der 1. Januarwoche stellen mußte. Vereinbarungsgemäß trat er zurück, nachdem 44 % der Belegschaft eine Neuwahl gefordert hatten. Ohne einen Betriebsrat, der die Geschäftsleitung dazu zwingt, die Vereinbarung umzusetzen, bleibt sie bloß Papier. Damit spekulierte Späth, in dessen high-tech-Konzept "einheitlich geregelte Arbeitsverhältnisse" überholt sind. Denn: "Gegenüber einer variablen und beweglichen Technik den Menschen zum unflexiblen Arbeitsanbieter zu machen, heißt, ihn seines wichtigsten Überlegenheitsmomentes zu berauben." (1)

Auf der anderen Seite gab es einen relativ stark zusammengeschweißten Block von Streikbrechern, den die Streikenden glaubten, aufbrechen zu können. Und als gleichzeitig die Walther Electronic AG in Gerstetten Vergleich anmeldete, befürchtete die

Kündigung und wurde mit Prügel vom Betriebsleiter am Betreten des Betriebs gehindert. Es blieb die Hoffnung, daß die IGM wenigstens die Mehrheit der Betriebsratssitze bekommt. Röhlich nahm nun befristete Neueinstellungen vor. Darüberhinaus haben etliche der ehemals Streikenden sich inzwischen aufgrund der ständigen, zermürenden Auseinandersetzungen in andere Betriebe abgesetzt. Wer zurückbleibt, sind die zumeist ungelernten Frauen.

Bei der Neuwahl gingen drei der fünf Betriebsratssitze an die IG Metall. Auch stellt sie den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Am 7. März leitete die Geschäftsführung die Anfechtung der Wahl ein, da der Betriebsleiter, der kaufmännische Leiter, die Frau eines Gesellschafters und zwei ohne Betriebsratszustimmung Eingestellte zu Unrecht aus der Wählerliste gestrichen worden seien.

Ute Röhlich verkündete öffentlich, daß nur die IGM-Mitglieder nach Tarif bezahlt würden, während die Unorga-

als habe sich der Kampf nicht gelohnt. Er will Resignation verbreiten. Hinzu kommt, daß die diesjährige Lohnerhöhung bei Programma laut Vertrag nicht wirksam werden soll. So hat Röhlich zunächst ein recht kostengünstiges Geschäft gemacht. Offensichtlich zielt er darauf ab, die Belegschaft zu "erneuern", um nach und nach wieder gänzlich die "Freiheit individueller arbeitsrechtlicher Vereinbarungen" (2) in seinem Betrieb zur Geltung zu bringen. Schließlich liegt nach Späth in der "Reindividualisierung von Arbeitsverhältnissen das wirkungsvollste 'Versöhnungspotential' von technischer Innovation und menschlicher Arbeit." (2)

Der Betriebsrat fordert Einsicht in die Lohn- und Gehaltsliste und will den Streit um die Eingruppierung aufnehmen. Dies wird sich noch geraume Zeit hinziehen. Noch ist die Sache nicht entschieden. Urlaubsdauer und -geld, Weihnachtsgeld z.B. wird Röhlich schwerlich umgehen können, ohne offen zum Vertragsbrecher zu werden.

Noch gibt es in Baden-Württemberg allein in der Metallindustrie 303 Betriebe, in denen keine Tarifverträge gelten, auch deshalb wäre es verhängnisvoll, wenn sich bei Programma letztlich doch noch die Späth'schen Vorstellungen durchsetzten.

Quellenhinweis: (1) Lothar Späth "Wende in die Zukunft", S. 218; (2) ebenda, S. 219. — (frr)



Kriminaloberrat Seifried (z. von l.), Ute Röhlich und Manfred Röhlich bei einer Lagebesprechung während des Streiks.

IGM, Programma-Geschäftsführer Röhlich werde mit den Walther-Technikern den Streik unterlaufen. Dieser hatte in der Staatskanzlei gedroht, sämtliche Streikende zu entlassen. So unterschrieb die IGM das Vertragswerk: "Wir sind noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen", schätzte Edgar Schmidt von der IGM-Bezirksleitung Stuttgart die Vereinbarung ein.

Gleich nach Streikende versuchte Röhlich durch Kündigungen das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Der Entlassungsantrag gegen einen schwerbehinderten Techniker wurde gar von der Fürsorgestelle genehmigt, da die Kündigung weder seiner Behinderung, noch (sic!) seiner Beteiligung am Streik zuzuschreiben sei. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bekam eine fristlose

nierten Einzelarbeitsverträge vorzögen. Sieben Wochen nach Inkrafttreten und fast vier Monate nach Vertragsabschluß hatte noch niemand einen Pfennig mehr in der Tasche, da sich die "Vorbereitungen" — den Vertrag möglichst kostenlos umzusetzen — so "schwierig gestalteten". Schon kurz nach Streikende waren acht Metallarbeiter, darunter vier Betriebsräte, auf Arbeitsplätze mit wesentlich niedriger Qualifikationsanforderung versetzt worden.

Die erste tarifliche Lohnauszahlung Ende Februar brachte aufgrund miserabler Eingruppierung für die Arbeiter nur durchschnittlich 50 bis 100 DM mehr. Die Angestellten bekamen mit zwei Ausnahmen dasselbe wie vor dem Streik, wobei gerade die Gehälter damals bis zu 800 DM unter Tarif lagen.

Röhlich vermittelt den Eindruck,

#### Teilzeitbeschäftigung

#### "Mit Beamtengesetz nicht vereinbar"

Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Niedersächsischen Landtages vertritt in einem Gutachten die Auffassung, daß die in Niedersachsen übliche Praxis, Berufsanfänger im Landesdienst für die ersten zwei bis fünf Jahre nur auf Teilzeitbasis zu beschäftigen, für beamtete Berufsanfänger rechtswidrig sei. Die Einführung einer Teilzeitbeschäftigung für alle Berufsanfänger verstoße gegen die Grundsätze des Berufsbeamtentums, speziell gegen das Niedersächsische Beamtengesetz, das von einer Vollzeitbeschäftigung des Beamten als dem Regelfall ausgehe.

Im Bereich des Kultusministeriums werden bereits seit gut drei Jahren die neuen Lehrer an allgemeinbildenden Schulen nur mit Teilzeitverträgen als Beamte eingestellt. 1880 Lehrer sind inzwischen davon betroffen. Zum Schuljahreswechsel soll diese Regelung zum ersten Mal auch auf einen Teil der Berufsschullehrer ausgeweitet werden. Mit Erlaß vom 11. Juli 1985 weitete die Niedersächsische Landesregierung den Zwang zur Teilzeitarbeit auf alle Landesbedienste-

ten aus. Daraufhin sind bis November 1985 1400 junge Beamte im Landesdienst auf 3/4-Stellen gezwungen worden.

Die im öffentlichen Dienst tätigen DGB-Gewerkschaften, aber auch die meisten Standesorganisationen von Richtern und Beamten, lehnen die durch die Landesregierung erzwungene Teilzeitbeschäftigung ab, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. So kritisiert die ÖTV-Kreisverwaltung Hannover die mit der Teilzeitarbeit angestrebte Steigerung der Arbeitsintensität, die Absenkung der Einkommen um 25 % und, daß tarifliche Ansprüche aus Vollzeitarbeitsverträgen nicht mehr bestehen. Darüberhinaus weist die ÖTV darauf hin, daß für Beamte nach zwei bis fünf Jahren ein Vollzeitarbeitsplatz garantiert wird, während für Arbeiter und Angestellte die Teilzeitarbeitsverträge unbefristet abgeschlossen werden. Während so die DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst Arbeiterinteressen geltend machen, beruft sich der Niedersächsische Richterbund ausschließlich auf das Beamtengesetz. Nach dem Gutachten des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes des Landtages ist zu befürchten, daß die Landesregierung versuchen wird, die Spaltung in einerseits Beamte und andererseits Arbeiter und Angestellte zu vertiefen, um so den Widerstand gegen Teilzeitbeschäftigung zu spalten. — (kar)

## Buchhandel und Verlage

### Geschäftsleitung versucht Betriebsrat abzusetzen

**München.** Von den Beschäftigten der Buchhandlung Kaiser wird seit langem ein Betriebsrat gewählt, der mehrheitlich gewerkschaftliche Positionen vertritt und in seiner Arbeit recht erfolgreich ist. Obwohl sich der Betrieb seit Jahren in einer Konkurrenzkrise befindet, schwenkte der Betriebsrat nicht auf eine Linie der Opferbereitschaft ein. So konnten Kündigungen zurückgewiesen, Zulagenkürzungen verhindert bzw. über Jahre hinausgezögert, die Einführung flexibler Arbeitszeiten vermieden, zusätzliche Freizeiten erhalten, die Nachzahlung gestrichener Zulagen durchgesetzt werden. Grundlage dieses Erfolges ist die Information und Einbeziehung der Beschäftigten in jede Auseinandersetzung. Von jeder Sitzung, von jeder Verhandlung wird berichtet, auf Betriebsversammlungen versucht, die Einheit der Belegschaft herzustellen. Seit langem versucht die Geschäftsleitung, diese Informationspolitik als Bruch der "vertrauensvollen Zusammenarbeit" zu unterbinden.

Zu einer Zuspitzung kam es, als der

Kapitalist im letzten Herbst 5 Kündigungen aussprach. Bereits in den Jahren zuvor war die Belegschaft durch Fluktuation von rund 100 auf 50 Beschäftigte geschrumpft. Die Belastung war massiv gestiegen, Gerüchte von einer bevorstehenden Schließung des Ladens wurden immer realistischer. Die Kündigungsversuche bewirkten gehörige Aufregung. Auf einer Betriebsversammlung wollten die Beschäftigten den Kapitalisten bewegen, die Kündigungen zurückzunehmen und Auskunft über seine Planung zu geben. Dieser jedoch traute sich gar nicht erst auf die Versammlung. Obwohl er einstimmig aufgefordert wurde, auf einer 2. Versammlung zu erscheinen, blieb er wieder fern.

Statt dessen stellte der Kapitalist beim Arbeitsgericht einen Antrag auf Absetzung des Betriebsrats. Begründung: Aufwiegelung der Belegschaft, Störung des Betriebsfriedens, Verleumdung des Unternehmers, Verletzung der "vertrauensvollen Zusammenarbeit". Besonders angelastet wurde dem Betriebsrat der Aushang von Solidaritätsschreiben anderer Betriebsräte, die Verteilung eines Flugblatts gegen die Maßnahmen der Geschäftsleitung, sowie die Organisation des Widerstands gegen die Kündigungen. Das Absetzungsbegehren zielte direkt auf die Informationsrechte der Belegschaft und wollte jedes offene Wort im Betrieb kriminalisieren.

Das Münchner Arbeitsgericht gab dem Antrag zwar nicht statt, bestätigte dem Kapitalisten aber, daß die Informationen des Betriebsrates eine Verletzung des Betriebsverfassungsgesetzes darstellten. Allerdings keine "grobe", wie sie für eine Absetzung nötig wäre. Das Urteil erlaubt es dem Kapitalisten, in der nächsten Instanz einen Richter zu finden, der die "Verstöße" als "grob" empfindet.

Der DGB hat kürzlich gefordert, die zentrale Fessel für Betriebsräte, die Verpflichtung zur "vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit dem Kapitalisten, aus dem Betriebsverfassungsgesetz zu entfernen. — (kai)

## Antimilitarismus

### "Rührt Euch" ein Erfolg

**Bielefeld.** Am Freitag, 28.2., fand im Internationalen Begegnungszentrum in Bielefeld eine Veranstaltung von ehemaligen W-15-ern zu der Soldatenzeitung "Rührt Euch" statt. Die "Rührt Euch" erschien über ein Jahr lang regelmäßig an der Augustdorfer Kaserne. In der bisherigen Form wird die Zeitung nicht mehr herausgegeben werden können, insofern diene die Veranstaltung einer Beurteilung der bisherigen Arbeit.

Ca. 20 Leute waren gekommen. Es wurden mehrere kurze Vorträge gehalten: Ein Tagebuchbericht, wie die Situation beim Bund nach der Grundausbildung erlebt wird; wie Repression gegen politisch aktive Soldaten stattfindet. Ein Soldat war z.B. schon vor seiner Zeit beim Bund bei Rekrutenvereidigungen "aufgefallen" und auch verhaftet worden, bei Antritt seiner Zeit beim Bund wurde er zuerst vom MAD durch die Mangel gedreht. Eine große Rolle spielte die Frage, welche Möglichkeiten bestehen, Belange der Soldaten zu vertreten. Als



Soldaten treten während der Formalausbildung an.

Beispiel wurde dazu vorgetragen: Ein Vertrauensmann nutzte eine Küchenausschüttung, um dort die Forderung nach Wachausgleich zu propagieren.

Die ehemaligen W-15-er sehen "Rührt Euch" als gegen Krieg und Militarismus gerichtet, die Zeitung sollte Schikanen gegen Soldaten anprangern und den Informationsfluß unter den Soldaten verbessern, um so auf die Kriegsmaschinerie einzuwirken. In einer Diskussion über die Funktion der Gelohnisformel bei der Rekrutenvereidigung stellten sie klar, daß sie im Gegensatz zu Teilen der Friedensbewegung die BRD nicht als Vasall der USA betrachten, sondern daß die BRD eigene militärische und ökonomische Interessen in Zusammenarbeit mit den USA und der NATO verfolgt.

Als Resümee bezeichneten die Anwesenden "Rührt Euch" als einen Erfolg und fänden es gut, wenn diese weiter erscheinen könnte, falls erneut Kontakte zu Soldaten in der Augustdorfer Kaserne zustande kämen. Als besonders positive Erfahrung mit "Rührt Euch" werteten sie, daß die Kampagne für Wachausgleich von Soldaten unterstützt wurde, in der Kaserne Parolen dazu auftauchten und besonders reaktionäre Offiziere nicht nur verbal Ablehnung deutlich zu spüren kriegten. — (ads)

## Gebührengesetz in Hamburg

### Durch Gebührenerhöhung Finanzmittel- zur Wirtschaftsförderung freisetzen

Seit Juli 1985 liegt der Hamburger Bürgerschaft die Novellierung des Gebührengesetzes vor. Am 12. Dezember fand eine Anhörung mit Vertretern der IHK, Handwerkskammer, Bund der Steuerzahler und Haus- und Grundbesitzerverein zu dem Entwurf statt. Sie stellten fest, "daß die systematischen Änderungen zu nicht unerheblichen Gebührenerhöhungen führen werden." Die Handwerkskammer kritisierte, daß weitere Gebührenerhöhungen für Betriebe die Wettbewerbssituation erschwere und "den Standort Hamburg unattraktiv machen könnten." Seit Jahren steigt der Anteil von Gebühren und Abgaben an den Gesamteinnahmen des Senats. 1981 betrug er 8,7%. Für 1986 ist eine Steigerung auf 9,9%

und z.B. Gasheizung dazu, so sind es 40% der Wohnkosten, die durch Abgaben, Gebühren und Tarife entstehen. In der Einleitung zum Gesetzentwurf heißt es: "Gebühren sollen, soweit möglich, sämtliche der Freien und Hansestadt Hamburg durch die jeweilige, bestimmten Bürgern direkt zurechenbare öffentliche Leistung entstehenden Kosten abdecken, um so der Stadt die Finanzmittel zu erhalten, die notwendig sind, um andere Leistungen, die nicht einzelnen Bürgern zugerechnet werden können, zu erbringen." Der Senat will seine gesamten Steuereinnahmen möglichst dazu verwenden "Wirtschaftsförderung" zu betreiben, mit Forschungseinrichtungen, Straßenbau usw. den Kapitalisten

maßlichen Nutzungsdauer oder Leistungsmenge gleichmäßig zu bemessen sind, und eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Kapitals einschließlich Grund und Boden". Die Verzinsung der nun auf einmal zu Kapital gewordenen Steuer- und Gebühreneinnahmen, mit denen Müllfahrzeuge, Kläranlagen, Heizkraftwerke, Operationssäle, usw. finanziert wurden, soll sich am "durchschnittlichen Zinssatz für langfristige Kapitalmarktanlagen orientieren." Damit werden die städtischen Verwaltungs- und Versorgungseinrichtungen zu kapitalistischen Betrieben erklärt, denen im Rahmen der Festlegung der Gebühren und Tarife verordnet wird, Profite, sprich Verzinsung des aufgewandten Kapitals, zu machen. Weiter soll das neue Gesetz die Möglichkeit schaffen, "bei der Gebührenfestlegung auch über die Kosten hinauszugehen, nämlich dort, wo die Bedeutung, der wirtschaftliche Wert oder der sonstige Nutzen einer Amtshandlung oder Benutzung für den Gebührenpflichtigen über den Kosten liegt". Diese Regelung öffnet Tür und Tor für weitere Erhöhungen, z.B. der Pflegesätze in den Krankenhäusern, Gebühren für Krankentransporte, Feuerwehreinsätze usw., denn wer will bestreiten, daß die Wiederherstellung der Gesundheit oder das Verhindern des Abbrennens der Wohnung eine erhebliche Bedeutung für den Gebührenpflichtigen hat.

Die Befürchtungen der Handwerkskammer Hamburg über Wettbewerbsnachteile zerstreut der Senat mit der Möglichkeit, Ausnahmen zu machen "wenn eine volle Kostendeckung zum Beispiel ... aus Wettbewerbsgründen nicht angebracht erscheint." Damit ist die Grundlage für Sonderverträge mit sogenannten Großabnehmern gesetzlich fixiert. 1979 gingen 75% des gesamten Stromverbrauchs und 83% des gesamten Gasverbrauchs auf das Konto von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Allein 30% der beseitigten Abwassermengen kamen aus Gewerbebetrieben. Die Kostenunterdeckung durch die Sondertarife wird durch entsprechend höhere Gebühren auf die privaten Haushalte abgewälzt. Im Haushaltsausschuß gab es vor allem Kritik an dem Paragraphen, der den Senat unter Umgehung der Bürgerschaft ermächtigt, "die Gebührensätze der Anlage zu diesem Gesetz unter Berücksichtigung der Grundsätze des § 6 der Kostenentwicklung anzupassen." Die Grundlagen künftiger Gebührenerhöhungen, wie volle Kostendeckung, betriebswirtschaftliche Kalkulation und das Verbot Steuermittel zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen zu verwenden, wurden nicht angegriffen. Selbst die Verpflichtung, Profit über Gebühreneinnahmen zu machen, wurde von keiner Fraktion kritisiert. Auch von der GAL nicht. — (mij)



Schon 40% der Wohnkosten in einer Hamburger Sozialwohnung entstehen durch Abgaben, Gebühren und Tarife an die Stadt.

geplant. Der Etat für Stadtentwässerung, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste ist bereits zu 60% durch Gebühren und Abgaben gedeckt, Stadtentwässerung und Müllbeseitigung dabei schon zu 90%. Um einen Eindruck von Auswirkungen der Gebührenerhöhungen zu bekommen, kann man sich z.B. die sogenannte Zweitmiete anschauen. Die Zweitmiete setzt sich zusammen aus den kommunalen Abgaben für Grundsteuer, Be- und Entwässerung, Müllabfuhr, Beleuchtung, Gehwegreinigung und Schornsteinfegerkosten. Sie betrug 1982 pro Quadratmeter Wohnfläche 1,42 DM. Bei einer Kaltmiete von 6,85 DM/qm für eine Neubau-Sozialwohnung ist das ein Anteil von 21%. 1971 betrug die Quadratmeterbelastung durch kommunale Kosten noch 27 Pfennig. Zählt man zu der Zweitmiete noch die Kosten für Strom

profitlicheres Wirtschaften erleichtern. "Steuermittel sind zur Finanzierung von direkt zurechenbaren Leistungen nicht einzusetzen" schreibt er in den Erläuterungen zum Gesetzentwurf. Also rauf mit den Gebühren und Abgaben bis zur vollen Kostendeckung. Mit dem neuen Gebührengesetz wird der "betriebswirtschaftliche Kostenbegriff nach dem Beispiel der meisten anderen Bundesländer im Gesetz ausdrücklich" verankert. Im § 6 heißt es dazu: "Bei der Ermittlung der durch Gebühren abzudeckenden Kosten sind die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Gesamtkosten anzusetzen ... Zu den Kosten im Sinne von Absatz 1 Satz 1 gehören neben den Personal- und Sachkosten einschließlich der Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen insbesondere auch Abschreibungen, die nach der mut-

## Privatisierung

**Lohnsenkungen in der  
Klinikums-Zentralwäscherei**

**Mannheim.** Am 1.7.1985 nahm die neue Zentralwäscherei Rhein-Neckar ihren Betrieb auf. Die Wäscherei in Form einer GmbH (Stadt Mannheim 80%, die stadteigene Mannheimer Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau – MWS – 20%) ist Nachfolgerin der aufgelösten Wäscherei des Klinikums Mannheim. Diese genügte den hygienischen Ansprüchen nicht mehr und platzte aus allen Nähten. Weil eine Renovierung angeblich nicht möglich gewesen war, privatisierte die Stadt. Nur durch den Druck von Personalrat und ÖTV war es gelungen, wenigstens einen "Kompromiß" abzuschließen, der eine Art "Besitzstandswahrung" verschaffte. Die jetzt noch ca. 60 Beschäftigten aus dem Klinikum (zwölf Arbeitsplätze gingen im Rahmen der Fluktuation "verloren") arbeiten zu zumindest gleichen tariflichen Bedingungen wie bisher. Diese Abmachung bietet allerdings für die Zukunft erhebliche Spaltungsmöglichkeiten für den Dienstherrn. Denn außer den Wäschereibeschäftigten des Klinikums wurden auch die des Theresienkrankenhauses übernommen, die nicht nach ÖTV-Tarif, sondern nach den Richtlinien der katholischen Kirche bezahlt werden. Noch geringer sollen neu eingestellte Beschäftigte entlohnt werden, nach den Tarifen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung. Und was mit den übernommenen Beschäftigten der Ludwigshafener Krankenhauswäscherei, die zum 15. April dieses Jahres geschlossen werden soll, ausgehandelt wird, ist noch nicht bekannt. Da gleiche Arbeit zu unterschiedlichen Löhnen schon immer ein Mittel zu weiteren Lohnsenkungen war, läßt sich leicht ausmalen, was die Beschäftigten der Zentralwäscherei zu erwarten haben.

In der Zwischenzeit äußerten sich die Kreishandwerkerschaften Mannheim und Ludwigshafen sowie die Wirtschaftsverbände beider IHKs. Grund: Die neue Zentralwäscherei sei mit einer geplanten Tagesleistung von 20 t erheblich überdimensioniert und darauf berechnet, in den Markt der mittelständischen Wäschereibetriebe einzudringen. Das Klinikum Mannheim sowie die städtischen Betriebe würden nur 8,5 t Wäsche liefern, vom Theresienkrankenhaus kämen nur 2,5 t. Und selbst wenn das Krankenhaus Ludwigshafen nicht mehr selber wäsche, kämen nur ca. 15 t Wäsche täglich zusammen. Mit Billigung von Krankenhausausschuß und Personalrat wurde die Schließung der Ludwigshafener Wäscherei zum 15. April jetzt beschlossen, entgegen einer Entschei-



dung Ende letzten Jahres, zu renovieren und erstmal nicht zu privatisieren. Von Mannheimer Seite wurde kräftig Druck ausgeübt in Richtung des jetzt gefällten Beschlusses, um die Unterdeckung der Zentralwäscherei abzubauen. Die Wirtschaftsverbände monieren weiter, daß der Kilowäschepreis von 1,65 DM zwar marktkonform sei, aber eine verdeckte Subventionierung stattfände, da das Mannheimer Klinikum bis zur vollen Auslastung der Zentralwäscherei 17 Pfg/kg hinzuzahle. Sie behaupten, daß kein öffentliches Interesse an der Wahrnehmung der Wäschereiarbeiten durch die Kommune vorliege. – (kab)

## Kommunalwahlen

**Bedeutung und Aussichten für  
Volksfront-Politik**

**Kreis Pinneberg.** Die CDU bleibt mit 44,9% stärkste Partei, aber sie verliert im Vergleich zu '78 auf der Kreisebene 11,5%. Örtlich verliert sie bloß 1,4% (fünf Orte geschätzt) bei höherer Wahlbeteiligung. Die SPD (40,5%) liegt auf Kreisebene noch 2,3% unter ihrem Ergebnis von '78, örtlich fast gleich (fünf Orte geschätzt). Bloß in zwei der vier größten Städte ist sie stärkste Partei, davon in einer knapp. Die FDP (4,8%) verliert kreisweit 107% seit '78 (Zahlen '86 = 100%). Allerdings gewinnt sie in einigen kleineren Gemeinden noch an Stimmen dazu, bzw. hat geringe Verluste. In der größten Stadt Elmshorn fliegt sie mit 4,2% zwar aus dem Parlament, kann aber in 1/4 der Wahlbezirke Ergebnisse bis über 8% erzielen, Bezirke mit überwiegender Eigenheimbebauung über 300 000 DM. Ergebnisse über 4% erreicht sie in gemischten und Arbeiterbezirken. Die Einschätzung, daß die FDP weg vom Fenster ist, kann bei dieser Realität nicht geteilt werden. Bei der Landtagswahl hat sie wieder gute

Chancen, über 5% zu kommen. Die Grünen (8,9%) gewinnen seit 82 kreisweit 28,5%, in neun Orten (82: vier Orte) 26,1%. Überproportional gewinnen junge Ortsgruppen in Kreisstädten. Sie haben entgegen den Ortsgruppen in den größten drei Städten konservative Kommunalwahlprogramme. Soziale Forderungen, wie bei der WG Elmshorn oder der GAL Pinneberg, kommen nicht oder fast nicht vor. Hinzu kommt, daß die Grünen auf Kreisebene wie in einigen Orten "Zünglein an der Waage" sind und bereits vereinzelt für "Kompromisse mit der SPD" eingetreten sind. Mit einer SPD, die überhaupt nur auf Druck der politischen Opposition wenige sozialpolitische Forderungen aufgestellt hat. Nur insofern die linken Ortsgruppen gewollter als bisher mit für Arbeiterinteressen eintretenden Organisationen zusammenarbeiten, kann gelingen, daß sich SPD zur CDU und FDP hin abgrenzt und weitere sozialpolitische Akzente zu setzen gezwungen ist. Die DKP (0,9%) verliert ohne die Ausnahme Barmstedt seit '78 auf Kreisebene 110%, in den Orten 66,1%. Zu diesen schlechten Ergebnissen trägt u.E. die allgemeine und platte Propaganda "für Frieden, Arbeit und Umwelt" bei. Dafür ist die SPD auch. Die bündnispolitischen Überlegungen der DKP zur SPD werden direkt zum Bumerang, eine Frontbildung gegen die Reaktion kann so nicht gelingen. In Barmstedt schlägt sich die DKP-Fraktion seit Jahren mit einer zunehmend zur Großen Koalition neigenden SPD, sowie dem reaktionären Mehrheitsblock herum. Sie vertritt die "kleinen Leute", oft gegen die SPD, und gewinnt über 30% mehr Stimmen als '82: 17,3%! Leider nicht genug, um eine DKP/SPD-Mehrheit beobachten zu können. Die DKP müßte eine Front gegen die Reaktion bilden, wollte sie Arbeiterinteressen gegen die SPD verteidigen. So gesehen, sind die Aussichten für Volksfront-Politik nicht so schlecht. – (dim)

**Kommunalwahl Kr. Pinneberg**

| Kreis | 78      | 82      | 86          |
|-------|---------|---------|-------------|
| SPD   | 56 893  | 48 659  | 55 572      |
| CDU   | 69 606  | 69 506  | 61 583      |
| FDP   | 13 483  | 11 855  | 6 499       |
| Grüne | –       | 8 988   | 12 160      |
| DKP   | 2 018   | 1 274   | 1 269       |
| Orte  | 78      | 82      | 86          |
| SPD   | 91 411  | 85 183  | ca. 91 000  |
| CDU   | 119 654 | 119 150 | ca. 118 000 |
| FDP   | 16 727  | 14 450  | 8 643       |
| Grüne | –       | 7 759   | 10 601      |
| DKP   | 1 617   | 1 521   | 1 860       |

Ohne Barmstedt erreicht die DKP '78 im Kreis 1 579 Stimmen, '86 750 Stimmen

## Krankenhausprivatisierung

## Städtisches Krankenhaus Hildesheim: Ein Pilotprojekt der niedersächsischen Landesregierung?

**Hildesheim.** Seit dem 1.1.1986 ist das Städtische Krankenhaus der Stadt Hildesheim eine GmbH, deren Eigen-gesellschafter die Stadt ist. Es ist das erste niedersächsische kommunale Krankenhaus, das in eine GmbH umgewandelt wurde. Die CDU und FDP Hildesheim's sind somit Vorreiter für die Privatisierung städtischer Krankenhäuser in Niedersachsen. In einem Schreiben bemerkt der Oberstadtdirektor Buerstedde (CDU), daß weitere Städte Niedersachsens diesem Beispiel folgen werden.

Von langer Hand vorbereitet

1982 beanstanden Ärzte des Städtischen Krankenhauses in einem Artikel der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung (HAZ) die Zustände im Krankenhaus: Seit 1975 kritisieren die Gesundheitsbehörden die unzureichenden Einrichtungen des Krankenhauses in mehreren Bereichen und drängen auf Verbesserung. Kritisiert werden vor allem die Zustände im Operationsbereich der Strahlenklinik und die unzureichenden Isolierungsmöglichkeiten auf der Kinderstation. Um die Gebäude und technischen Einrichtungen dem Standard der modernen Medizin anzupassen, sind vom Land 38 Millionen DM zugesagt.

Im März 1983 kritisiert die Bezirksregierung den Prüfungsbericht der Stadt Hildesheim. Das Krankenhaus ist zum ersten Mal "Prüfungsschwerpunkt". Oberstadtdirektor Vietinghoff (CDU) erweckt den Eindruck, als stürze das Krankenhaus den Stadthaushalt ins Verderben: "Für uns wäre es am besten, das Krankenhaus hätte seinen eigenen Haushalt und müßte mit dem Geldeleben auskommen." Im November 1983 wird der Verlust des Krankenhauses mit 260000 DM angegeben, für das Jahr 1984 wird er auf 472000 DM prognostiziert. Ein Artikel der HAZ vom 27.09.84 greift an, daß die Strahlenklinik, in der jährlich 150 Menschen sterben, nicht saniert wird, aber eine neue Hautklinik eingerichtet worden ist. In diesem Zusammenhang ergreift Stadtdirektor Hoffmann, zuständiger Dezernent für das Krankenhauswesen (SPD), die Gelegenheit, darzulegen, daß die Kommune eigentlich nichts mit dem Krankenhaus zu schaffen habe. Investitionen werden vom Land getragen, die Personalkosten sollten über die Pflegesätze durch die Krankenkassen finanziert werden. Die Stadt habe aber 1983 schon 800000 DM zugebuttert, 1984 sollen es voraussichtlich 1,5 Mio. DM sein. Im Juli 1985 stellt die Stadtverwaltung einen Beschlußantrag zur Umwandlung des Städtischen Krankenhauses in eine

GmbH. Sie stützt sich dabei auf das Krankenhausneuordnungsgesetz vom 20.12.1984, in dem die "wirtschaftliche Selbstverantwortung des Krankenhauses in den Mittelpunkt der Sanierungsüberlegungen gestellt wird". Es geht nicht mehr darum, die verrotten Einrichtungen des Krankenhauses dem "medizinischen Standard" anzupassen, sondern das Krankenhaus zu einem sich selbstfinanzierenden, möglichst Gewinn bringenden Wirtschaftsbetrieb auszubauen.

Durch unsauberen Vergleich mit

Städtischen Krankenhaus bei 696 Betten (neun Betten wurden gestrichen) 79%. Um herauszubekommen, daß das Bernward-Krankenhaus eine durchschnittliche Belegzeit von 12,4 Tagen, das Städtische Krankenhaus nur noch von 9,0 Tagen hat, muß man erst die Patientenzahl und die in der Gesamtzahl angegebenen Pfl egetage entschlüsseln.

Wie weit in den letzten Jahren die Gesundheitsversorgung unter der CDU/FDP-Ratsmehrheit gedrückt und die Arbeitsintensität des Pflege-



Erst acht Jahre nach Beanstandung durch Gesundheitsbehörden wurde 1983 die neue Zentrale Sterilisatio.. des Städtischen Krankenhauses fertig.

dem ebenfalls in Hildesheim betriebenen katholischen Bernward-Krankenhaus wird der Druck auf das Städtische Krankenhaus verstärkt. Die Presse veröffentlicht im April 1985 einen Vergleich der beiden Krankenhäuser. Demnach ist die Zahl der Patienten von 1981 auf 1982 im Städtischen Krankenhaus um 4,79%, im Bernward-Krankenhaus um 1,1% gestiegen. Worauf es der Presse ankommt, sind die Bettenauslastung und die Liegezeiten, und hier läßt sich ein Vergleich durch unvollständige Daten nicht anstellen. Herausgestellt wird, daß die Liegezeit im Städtischen Krankenhaus durchschnittlich 10,7 Tage beträgt; die 705 Betten nur zu 81% ausgelastet waren. Im katholischen Krankenhaus hat sich die Bettenauslastung von 80,6% auf 83,3% erhöht. Bettenzahl und Liegezeiten werden nicht angegeben. Im August 1985, während der Auseinandersetzung um die Privatisierung, erscheint ein neuer Vergleich. Die Bettenauslastung im Bernward-Krankenhaus beträgt 1984 bei 670 Betten 84%; im

personals im Städtischen Krankenhaus gesteigert wurde, zeigen folgende Daten: die Zahl der stationären Patienten ist von 1977 bis 1984 um 237 gestiegen, die Verweildauer wurde im gleichen Zeitraum von 12,8 auf 9,0 Tage gedrückt. Kein Wunder, daß bei solchem Durchschleusen der Patienten hin und wieder Betten leerstehen und die Auslastung der Betten "nur" noch 79% beträgt. Beim Kranken- und Pflegepersonal (Ärzte und Auszubildende ausgenommen) wurden 71 Stellen gestrichen. Neun Betten wurden abgebaut.

Um den Protesten gegen eine Privatisierung vorzugreifen, wird in der Öffentlichkeit durch die Art der Vergleiche das private Krankenhaus in jeder Hinsicht als positiv dargestellt. Wenn über die Vergleiche hinaus etwas über das katholische Krankenhaus erscheint, dann nur in "positiver" Art, z.B. wenn eine Ordensschwester von Sozialminister Schnipkoweit das Bundesverdienstkreuz überreicht bekommt oder der Sozialminister den ersten Spatenstich für den Neubau der

Kinderklinik vornimmt.

#### Vorgeschobene Gründe

Als Gründe für die Unwirtschaftlichkeit des Krankenhauses und die Notwendigkeit der Privatisierung gibt die Verwaltung an: 1. Das Krankenhaus könne die Marktmöglichkeiten nicht nutzen, da es an die Vergabeordnung der Stadt gebunden ist. — Auch der künftige Manager wird vor der Vergabe von Aufträgen Kostenvoranschläge von verschiedenen Firmen einholen. Die Frage ist nur, unter welchen Gesichtspunkten künftig Aufträge vergeben werden — Hauptsache billig? 2. Personelle Entscheidungen ließen sich nur unzureichend treffen, weil die Verwaltung nicht in der Lage sei, die Arbeitsabläufe im Krankenhaus zu beurteilen. Neueinstellungen müssen vom Personalamt vorgenommen und der Personalrat muß eingeschaltet werden, was zu Verzögerungen führe. — Die Personalanforderungen werden vom Krankenhauspersonal begründet an die Stadtverwaltung gestellt. Der Grund kann auch nicht die angebliche Verzögerung von Einstellungen durch

Hinzuziehung des Personalrates sein. Eher z.B., daß der Personalrat Teilzeitverträgen nicht generell, sondern nur auf ausdrücklichen Wunsch einzelner Beschäftigter zugestimmt hat.

3. Die Stadt will nicht mehr für die Pflegesatzverhandlungen mit den Krankenkassen zuständig sein, da die Personalkosten im wesentlichen von den Krankenkassen und nicht von der Stadt bezahlt werden. — Auch der Manager wird die Personalkosten nicht aus seiner Tasche bezahlen.

#### Beschäftigte sind dagegen

Von 403 (insgesamt sind 700 Beschäftigte betroffen) zur Umwandlung befragten Beschäftigten haben sich 379 dagegen ausgesprochen. Ihre und die Argumente der ÖTV:

— Erhalt des Betriebskindergartens, der Wäscherei und anderer zum Krankenhaus gehörender Einrichtungen sind gefährdet.

— Vermehrter Einsatz von Teilzeit- und befristeten Arbeitsverträgen.

— Spaltung der Belegschaft, da Tarifwerke des öffentlichen Dienstes nur für die am 1.1.1986 Beschäftigten

festgeschrieben wurden.

— Die Vereinbarung über Rationalisierungsschutz wurde nicht abgeschlossen.

— Die Rechte des zukünftigen Betriebsrates (bisher Personalrat) sind nicht gesichert, durch mögliche Anwendung von Tendenzschutz.

— Herausnahme aus kommunaler Selbstverwaltung bedeutet Zersplitterung der Interessenvertretung.

— Öffentlichkeit wird nach der Umwandlung in eine GmbH aus der Diskussion um das Krankenhaus ausgesperrt.

— Veräußerung von Gesellschaftanteilen wurde im Vertrag nicht ausgeschlossen; Befürchtungen, daß das Krankenhaus in die Hände der Kirche (katholisches Bernward-Krankenhaus) übergehen soll.

Die Ärzte kritisieren in einer Stellungnahme gegen die GmbH, daß das Krankenhaus in Zukunft unter dem Primat der Wirtschaftlichkeit geführt wird. Sie sehen die Versorgung der Patienten bedroht, den Leistungsabbau des Krankenhauses vorprogrammiert. — (anp)

#### Stellungnahmen zur Privatisierung

Die SPD nimmt in der Auseinandersetzung eine zweideutige Haltung ein. Das mag daraus resultieren, daß auf der Verwaltungsebene der zuständige Dezernent für das Krankenhauswesen, Stadtdirektor Hoffmann (SPD), für die Einrichtung der GmbH eintritt. Auf der entscheidenden Krankenhausausschußsitzung im Juli 1985 fordert er für das Krankenhaus ein "richtiges Management mit Macht und Verantwortung und der Möglichkeit, zur Rechenschaft gezogen zu werden, wenn etwas schiefgeht" (HAZ 5.6.1985). Die Positionen der SPD im Stadtrat: "Die Rechtsform kann nicht Ursache der Mängel sein". Die Stadt solle zunächst andere Modelle zur Behebung der Mängel prüfen, ehe sie zur Privatisierung greift. Die zweite Position richtet sich gegen den "Ausverkauf der kommunalen Selbstverwaltung". Insgesamt zeugen die Argumente eher von Hilflosigkeit, was zuletzt darin seinen Ausdruck findet, daß die SPD zur Verteidigung der kommunalen Selbstverwaltung den Innenminister zum Eingreifen auffordert, wodurch sie sich eine Belehrung über die wesentlichen Bestandteile des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden gefallen lassen muß.

Stellungnahme der ÖTV-Bezirksverwaltung aus "Mitteilungen der Bezirksverwaltung" im Mai 1985: "... Personalabbau — das einzige, das Gesundheitspolitikern zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen einfällt — läßt sich um so 'pro-

blemloser' durchsetzen, je isolierter der Bereich ist und vor allem je weniger der ganze Vorgang mit den Trägern der politischen Verantwortung in Verbindung gebracht werden kann. Öffentliche Kontrolle und damit möglicher öffentlicher Druck, als Maßnahme der Gegenwehr, wären dann nur noch schwer zu erzeugen ... Personalabbau droht jedoch nicht nur im Krankenhaus selbst, vielmehr wird versucht werden, die durch die Ausgliederung des Krankenhauses entfallenden Arbeitsanteile der verbleibenden Ämter, z.B. Personal-, Haupt-, Rechts-, Rechnungsprüfungsamt u.ä. in Stellenabbau umzusetzen ...

... Das präzise organisatorische Heraustrennen aus der gesamten kommunalen Verwaltungsstruktur ist wesentliche Voraussetzung für eine



mögliche spätere Übertragung auf einen privaten Träger ... Die Umwandlung des Krankenhauses von einer Stätte, in der Menschen nach humanen Gesichtspunkten an Menschen Dienste leisten, in ein, den Rentabilitätsgrundsätzen eines Industriebetriebes unterworfenen Unternehmen fernab jeglicher gesundheitspolitischer Gesamtkonzeption, würde verwirklicht und der traurige Rest womöglich noch als Kostendämpfung gepriesen ..."

Neben den im Artikel angegebenen Stellungnahmen kritisiert die ÖTV-Hildesheim, daß eine bereits seit einem Jahr vorliegende Untersuchung der Verwaltung des Krankenhauses durch eine Revisionsgesellschaft in den Schubladen festgehalten worden sei. Konkrete Vorschläge des Managements seien nicht beachtet worden, obwohl die Stadt selbst das Gutachten in Auftrag gegeben habe, und daß bislang keine Analyse vorhanden sei, woher die Verluste kommen.

Die GABL-Stadtratsfraktion, die nicht im Krankenhausausschuß vertreten ist, schaltet sich in die Diskussion um das Krankenhaus nicht ein. Auf der Stadtratssitzung stimmt sie gemeinsam mit der SPD gegen die Umwandlung des Krankenhauses in eine GmbH.

Quellenhinweise: Artikel aus HAZ zum Krankenhaus 1982 bis 1985, ÖTV-Informationen "Die Spritze", Mitteilungen der ÖTV-Bezirksverwaltung Hannover vom Mai 1985, Haushaltspläne der Stadt Hildesheim.

### Tarifverhandlungen gescheitert

**Hamburg.** Die Lohn tariffverhandlungen für die rund 10 000 Beschäftigten der Hamburger Gas- und Wasserwerke sowie der Hochbahn sind in der vorletzten Woche nach dem dritten Treffen gescheitert abgebrochen worden. Die ÖTV fordert 6% Einkommenserhöhung, die sozialdemokratischen Arbeitgeber wollen nach wie vor nur 2,5% zahlen, da ihrer Meinung nach die im letzten Jahr vereinbarte 38-Stunden-Woche einen Ausgleich für weitere 1,2% darstelle. Die ÖTV wird diese Woche über ihr weiteres Vorgehen entscheiden. —(veb)

### Thiemig Pleite — Hypo gewinnt

**München.** Die Tiefdruckerei Thiemig mit 700 Beschäftigten und 3,6% Anteil am westdeutschen Tiefdrucksektor ist pleite. Fraglich ist nur noch, ob mangels Masse gar kein Konkursverfahren eröffnet wird. Niederkonkurriert wurde der Betrieb durch die Tiefdruckgiganten Bertelsmann, Springer, Burda und Bauer, die zusammen über knapp 70% der Tiefdruckkapazitäten verfügen. Die Umstände des Konkurses werfen aber zusätzlich ein interessantes

**Köln.** "8. März: Frauen, machen wir der Wende ein Ende". Unter diesem Motto hatten der DGB-Kreisfrauenausschuß und Frauengruppen zu einer Demonstration am 8. März aufgerufen. Fast 1000 Demonstrierende forderten u.a.: "Hände weg vom Ladenschluß" und "Solidarität mit den kämpfenden Frauen Südafrikas". Forderungen der Frauengruppen der KOMKAR und FIDEF richteten sich gegen die Trennung ausländischer Familien. Das Bündnis soll in einem "Frauenforum" weitergeführt werden. —(ull)

Bild auf die Praktiken der Hypobank, der Hausbank von Thiemig. 1982 schätzte die Hypobank ein, daß der Betrieb nicht mehr in die Gewinnzone gebracht werden könne. Dem Besitzer Thiemig wurden Sanierer des "Frankfurter Instituts" aufgedrückt, die zunächst für die Entlassung von 300 Beschäftigten sorgten. In der Folgezeit stieg die Verschuldung bei der Hypobank auf gut 30 Mio. DM. Im Zeitraum 1982 bis heute kassierte die Hypo etwa 15 Mio. DM Zinsen, die "Sanierer" Honorare von etwa 7,5 Mio. DM. Der Hypo gehört jetzt das Grundstück, die Beschäftigten erhalten keinen Pfennig aus einem Sozialplan. — (chs)



### MTV-Verhandlungen: Flexi-Forderungen

**Frankfurt.** In der 4. Verhandlung zum Manteltarifvertrag Papierverarbeitung am 4.3. zeigten die Kapitalistenvertreter erstmals "Verhandlungsbereitschaft" nach dem Motto: Arbeitszeitverkürzung nur gegen Flexibilisierung. Sie stellten die Bedingung, Arbeitszeitverteilungspläne nach "betrieblichen Erfordernissen" abzuschließen und bei einer eventuellen Arbeitszeitverkürzung — die erst '87 in Kraft treten soll — die "Wettbewerbslage" der Betriebe zu berücksichtigen. Nach wie vor lehnen sie die Festschreibung der 5-Tage-Woche und bezahlte Pausen in 3-Schicht-Betrieben ab. — (knf)

### GEW fordert Weiterbildungslehrer

**Castrop-Rauxel.** Auf der Jahreshauptversammlung der GEW in Castrop-Rauxel wurde Ende Februar eine Resolution verabschiedet, in der von der Stadt die Verbesserung der arbeitsrechtlichen Situation von "Honorar-Dozenten" und weiteren Beschäftigten der Volkshochschule (VHS) verlangt wird. Die Lehrer an der VHS werden pro Unterrichtsstunde bezahlt. Sie sind weder sozialversichert, noch haben sie Anspruch auf bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Kündigungsschutz etc. Dies, obwohl die meisten praktisch hauptberuflich an der VHS arbeiten und diese Tätigkeit die einzige Einkommensquelle ist. Deswegen fordert die GEW für diese Lehrer

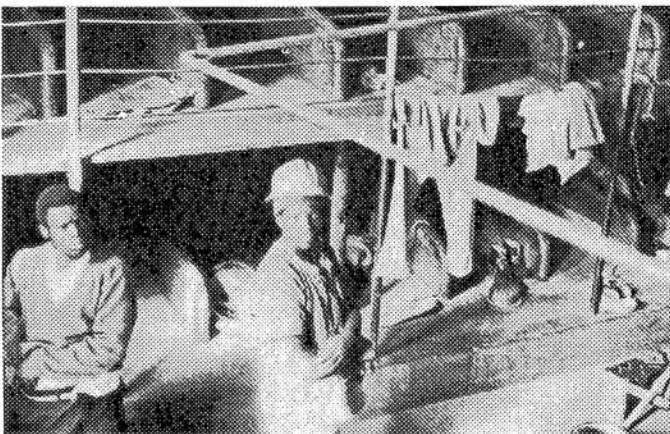
festen Stellen als Weiterbildungslehrer. Darüber hinaus werden von der GEW für die Beschäftigten an der VHS, die mit Zeitverträgen oder über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt sind, ebenfalls Planstellen gefordert. — (mab)

### Verhandlungsergebnis Großhandel Bayern

**München.** Der neue Manteltarifvertrag wird vom 1.1.86 bis 31.3.88 gelten. Wesentliche Veränderung: die 38,5-Stunden-Woche ab 1.1.87. Die tägliche Arbeitszeit wird über Betriebsvereinbarungen geregelt. Mehrarbeit über 38,5 Stunden hinaus geht nur mit Zustimmung des Betriebsrates. Zuschläge gibt es ab mehr als 40 Stunden. Die Kapitalisten haben mit dieser Regelung niedrige Lohn- und Gehaltserhöhungen durchgesetzt: 2,5% ab 1.3.86, Laufzeit 14 Monate, 2,1% (mindestens aber Ausgleich der Preissteigerungsrate) ab 1.5.87, Laufzeit 10 Monate. — (acr).

### Keine Lohnkürzung für 37-Stundenwöchler

**Stuttgart.** Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden hatte sich die IG Metall mit der Flexibilisierung erkauft. Und nach Tarifvertrag können ab 1.4.1986 die Kapitalisten bei einer individuellen Arbeitszeit von 37 Stunden die Ausgleichszahlung auf 38,5 Stunden um jährlich 25% verringern. Bei Bosch im Werk Feuerbach ist in der Betriebsvereinbarung festgeschrieben, daß keine Lohnkürzung erfolgen darf. — (ros)



**Azania/Südafrika.** Am 10.3.86 traten 10000 Bergarbeiter auf der Goldmine Blyvooruitzicht in den Streik. Mit dem Streik begonnen hatten 2000 Bergarbeiter, die mit einem Sitzstreik unter Tage anlässlich der Einführung eines Bonus-Systems gegen die niedrigen Löhne protestierten. Im Laufe des Tages schlossen sich weitere 8000 dem Streik an. Die Konzernleitung sperrte daraufhin die Belegschaft insgesamt aus. 1200 Bergarbeiter, die am 11.3. noch eingefahren waren, ohne aber die Arbeit aufzunehmen, führten den Streik unter Tage fort. Die Kapitalisten setzten Polizei ein, die sieben Bergarbeiter erschoss und weitere verletzte. Bild: Schlafbaracken der Arbeiter. — (gba)

## Faschisten

## Kieler Rechtsgutachten für Auflösung der KLA und FAP

Das Kieler Initiativenbündnis "Ausländer – Inländer" war Ende Februar mit einem Brief an Kieler SPD, Landes-SPD, SSW, DGB-Kreisvorstand und einige Einzelgewerkschaften herantreten. Inhalt war die Forderung nach Auflösung der illegalen neofaschistischen Organisationen "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" (KLA) und FAP sowie ein Rechtsgutachten, das wir in Auszügen abdrucken. Bis zum Redaktionsschluß lag nur ein unverbindliches Presseinterview der Kieler Rundschau mit SPD und SSW vor. Rolf Selzer, ausländerpolitischer Sprecher der SPD im Landtag: "Faschistisches Gedankengut und dessen Nachfolgeorganisationen müssen von der Landkarte gestrichen werden", ansonsten folge die juristische Befassung mit dem Rechtsgutachten. Karl-Otto Meyer, SSW-Vertreter im Landtag: "Wenn die KLA den alliierten Rechtsvorschriften widerspricht, dann ist sie illegal. Dann müssen Konsequenzen gezogen werden." Unkonsequent folgt dann jedoch: ein Verbot sei nicht nötig, weil "wir die Rechtsextremisten argumentativ bekämpfen sollten". Die schriftliche Stellungnahme wurde noch für den März zugesagt. Die angeschriebenen Gewerkschaften des DGB haben sich noch nicht geäußert. Im folgenden nun Auszüge aus dem Rechtsgutachten, das im Auftrage des Initiativenbündnisses von drei Kieler Rechtsanwälten erstellt wurde.

### 2. Rechtsgrundlagen für das bestehende Verbot der KLA Grundgesetz i.V.m. alliiertem Recht

Die KLA ist eine verbotene politische Gruppierung. Sowohl ihre Organisation als auch ihre Tätigkeit und Propaganda, insoweit sie für die Revision der Niederlage des deutschen Faschismus eintritt und einen völkisch begründeten Rassismus vertritt, sind kraft Gesetzes illegal, ohne daß es dazu eines Verbotsausspruchs bedarf. ...

#### 2.1. Wortlaut und Wirkungsbereich von Art. 139 GG

Art. 139 GG bestimmt:

"Die zur 'Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus' erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht berührt." ...

#### 2.2. Einschlägige Bestimmungen der Kontrollratsgesetze (KRG):

Art. I KRG Nr. 2 lautet:

"Abs. 1: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, ihre Gliederungen, die ihr angeschlossenen Verbindungen und die von ihr abhängigen Organisationen, einschließlich der halb-militärischen Organisationen und aller anderen Nazieinrichtungen, die von der Partei als Werkzeuge ihrer Herrschaft geschaffen wurden, sind durch vorliegendes Gesetz abgeschafft und für ungesetzlich erklärt ...

Abs. 3: die Neubildung irgendeiner der angeführten Organisationen, sei es unter gleichem oder einem anderen Namen, ist verboten."

Art. VII KRG Nr. 8 lautet:

"Schriftlich, mündlich oder anderweitig betriebene Propaganda oder Agitation, die darauf abzielt, militärischen oder nationalsozialistischen Geist oder derartige Einrichtungen zu erhalten, wieder ins Leben zu rufen oder zu fördern oder die die Verherrlichung des Krieges zum Gegenstand hat, ist verboten." ...

### 3. Die KLA agiert in "nationalsozialistischem Geist"

... 3.2. Nationalismus/ Lebensraumthese

Sowohl bei der KLA als auch bei der NSDAP wird Nationa-

lismus mobilisiert, um den "Raub deutschen Landes" rückgängig zu machen, was 1920 und 1985 die Bereitschaft zum Kriegführen gegen andere Nationen einschließt. ...

"In der Erkenntnis, daß seit Kriegsende der größte Teil unseres Volkes in der Bundesrepublik zusammengedrängt ist, ... daß unser gesamtes Staatswesen schon heute an den Folgen dieser Überbevölkerung ... krankt". (Programm der KLA) ...

#### 3.3. Völkisch begründete Ausländerfeindlichkeit

Ihre ausländerfeindlichen Thesen entwickelt die KLA vor dem Hintergrund, daß sie sich als "Schutzgemeinschaft der einheimischen deutschen Bürger Kiels" bezeichnet ... Der Begriff "Schutzgemeinschaft" ist nationalsozialistische Sprachschöpfung und von den Nazis stets zur Begründung ihrer rassistischen Diskriminierungspolitik verwendet worden ... Ein weiterer Zuzug von Ausländern sei "lebensbedrohend und (würde) unserem gesamten Volk wie auch jedem einzelnen nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen" (aus dem Programm der KLA). ... Mit diesen auf die "Lebensgefahr für das deutsche Volk" abstellenden Begründungen geht die KLA qualitativ weit über andere, den Ausländerzuzug bzw. die Ausländerbeschäftigung ablehnende Positionen hinaus; sie schließt unmittelbar an die rassistische Propaganda der "Blutreinheit" der deutschen Volksgemeinschaft an, die die Nazis entfalteten. ... Eine Politik gegen die angebliche Gefahr der Rassenvermischung war für die Nazis erkennbar die zentrale "Lebensfrage". ... Die KLA schreibt zu dieser Frage ("Flugblatt zu den Kommunalwahlen 1982"): "Dabei ist die Ausländerfrage zu der Lebensfrage unseres Volkes geworden. Sie greift in alle Lebensbereiche ein". Die KLA ist damit nicht nur in voller Übereinstimmung mit der NPD, sondern auch mit Neo-Faschistenführer Kühnen. ...

#### 3.4. Übereinstimmung der aktuellen Forderungen der KLA mit dem NSDAP-Programm

... Die NSDAP forderte:

"4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein. 5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden gesetzgebung stehen. ..."

Bei der KLA heißt es:

"Gastarbeiter müssen Gäste bleiben. Sie genießen Gastrecht, nicht aber staatsbürgerliche Rechte, die nur dem deutschen Volk zustehen." ... "Bis zu ihrer (der Ausländer) Rückkehr sind für eine Übergangszeit nach Nationalitäten getrennte Schulen und Schulklassen einzurichten ... Gleiches gilt für die Einrichtung und den Besuch von Kindergärten." ... "Keine Gewährung von bevölkerungspolitisch wirksamen Leistungen wie Kindergeld, Wohngeld und Ausbildungsbeihilfen, die bei ihrer Einführung als gezielte staatliche Maßnahmen nur Deutschen zustehen sollten." ...

### 4. Fortgeltung des Besatzungsrechts

... 4.3. Höchstrichterliche Rechtsprechung zur Fortgeltung des Besatzungsrechts

Der Bundesgerichtshof hat sich im Jahre 1958, bezogen auf das hier einschlägige Kontrollratsgesetz Nr. 2, wie folgt geäußert:

"Wenn es auch ein Gesetz der früheren Besatzungsmächte ist, so betrifft und erfaßt es jedoch deutsche Gesellschaften und Organisationen. Es ist auch von deutschen Gerichten und Behörden anzuwenden (Herv.hebung durch den Verf.)."

(Kieler Rechtsgutachten vom 15.1.86) – (dam)

## Taschenbücher

## Neuere in der Sowjetunion erschienene Romane

### "Abschied von Matjora"

Das sibirische Dorf Matjora soll einem Stausee weichen, der für ein neues Kraftwerk angelegt wird. Die Kolchonen werden in einen Staatswirtschaftsbetrieb aufgelöst. Ein Großteil der Bewohner hat das Dorf bereits verlassen – in die Stadt, in die neue Siedlung. Lediglich einige alte Bauern harren noch aus.

Rasputins Roman, in der Sowjetunion erstmals 1976 veröffentlicht, ergreift stark Partei für die Interessen der alten Dorfbewohner, die ihr "unvermeidliches Schicksal", den "Verlust der Heimat", in Religiosität und Mystizismus ersticken. Über die Gründe für den Bau des Kraftwerkes erfährt der Leser: "Das Neue mußte kommen, das war klar. Doch Pawel begriff nur die eine Hälfte des 'Muß', er begriff, daß Matjora aufgegeben werden mußte, daß das im Bau befindliche Kraftwerk ein Gebot der Notwendigkeit war."

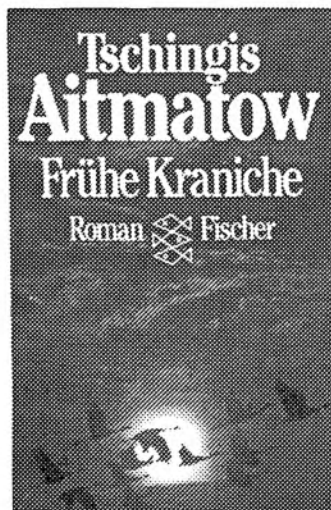
Die als "technischer Fortschritt", als "Gebot der Notwendigkeit" verpackte Herrschaft der Kopfarbeit greift Rasputin nicht an, wohingegen die Mißachtung und Nichtberücksichtigung von Interessen der Arbeiter und Bauern verschiedentlich kritisiert wird.

(Valentin Rasputin, Abschied von Matjora, rororo 1985, 9,80 DM – map)

### T. Aitmatow: "Frühe Kraniche"

Die Bewohner eines kirgisischen Dorfes leiden im Winter 1943 unter Hunger und Mangel an Brennstoff. Da die Männer an der Front sind – von vielen gibt es seit Monaten keine Nachricht –, konnte der Kolchos auf 200 ha kein Wintergetreide einsäen. In dieser Situation beschließen Partei und Kolchos, fünf ältere Schüler von der Schule zu nehmen und damit zu beauftragen, in dem weit entlegenen

Aksai das schon lange nicht mehr bebaute Land für die Frühjahrsaussaat vorzubereiten. Die 14-, 15jährigen Jungen verbringen den Winter damit, die klapprigen Zugpferde herauszufüttern, das Geschirr und die Pflüge und Sämaschinen in Ordnung zu bringen. Sultanmurat, mit der Leitung der sogenannten "Luftlandetruppe" beauftragt, wird vom älteren Anatai zunächst nicht anerkannt. Gefährlich wird ihre Konkurrenz, als sie,



beide in Myrsagül verliebt, im Schnee ein Pferderennen veranstalten, um bei ihr Eindruck zu schinden. Anatai stürzt, ein Pferd wird verletzt. Mit Herannahen des Frühlings ziehen die fünf Jungen, begleitet von einer alten Köchin, nach Aksai, wo sie bis zum Sommer bleiben sollen. Unter schwierigsten Bedingungen bearbeiten sie den Boden, die Mühe scheint lohnend. – Da werden sie in der Nacht von zwei Pferdedieben überfallen, die vier Zugpferde entführen, um sie in der Stadt teuer zum Schlachten zu verkaufen. Der Versuch der Pferdediebe, individuell ihre Lage zu verbessern, stellt die kollektiven Bemühungen des Dorfes in Frage. Aitmatows Novelle, 1975 veröffentlicht, zeugt von großer Zuneigung zu den kirgisischen Bauern und ihrer Lebensweise. (T. Aitmatow, Frühe Kraniche, Aufbau Verlag, 1980, DDR – bub)

### Wassil Bykau "Zeichen des Unheils"

In der BRD ist wenig Literatur über die Verbrechen der deutschen Faschisten an den Völkern der Sowjetunion bekannt. Deshalb kommt dem Buch des Belorussen Wassil Bykau große Bedeutung zu; 1924 geboren, ist er in der DDR einer der meistgelesenen Sowjetautoren. In seinem 1984 erschienenen Buch schildert er die Brutalität der Faschisten gegen die Bewohner eines kleinen Gehöftes, ein älteres Ehepaar. Die Frau Szepanida war als ehemalig landlose Bäuerin Aktivistin in der Kollektivierung der Landwirtschaft. Mutig widersetzt sie sich den Besatzern. Die Okkupatoren können sich in ihrer Zielsetzung, der Unterwerfung der russischen Völker und der Zerstörung der Errungenschaften der russischen Revolution, auf örtliche Kräfte stützen, die in den 20er Jahren entkulakisiert wurden. Sehr genau beschreibt Bykau die Sklavendisziplin der deutschen Militärs, ihre "Ordnung" und "Sauberkeit" als Unterdrückungsmittel. In einer Rückblende behandelt er den Klassenkampf und die Entkulakisierung in dem Dorf. Es klingt Kritik an klassenmäßig nicht immer richtiger Behandlung kleinerer Mittelbauern an, die zu Widersprüchen geführt hat, auf die sich später die Faschisten stützen konnten. Der Roman endet mit einer Verzweilungstat Szepanidas, die nach Vorbereitung eines Racheaktes für sich keine Rettung mehr sieht. (Wassil Bykau, Zeichen des Unheils, Berlin: Volk und Welt, 1984. – elf)

### J. Trifonow: "Zeit und Ort"

Sascha Antipow ist die zentrale Figur in Trifonows Roman, die die einzelnen Kapitel verbindet. Der Roman ist teilweise in der Ich-Form geschrieben. Moskau ist fast ausschließlich Ort der Handlung, die 1938 – Antipow ist gerade elf Jahre alt – beginnt. Sein Vater verschwindet – wie man später erfährt, ist er hingerichtet worden. Antipow wird zu Anfang des Krieges eingesetzt, um Gestellungs-

befehle zu überbringen; später arbeitet er in einer Fabrik, die Flugzeugkühler herstellt.

Nach dem Ende des Krieges besucht Antipow das Literaturseminar und verdient seinen Lebensunterhalt mit der Veröffentlichung verschiedener Erzählungen. Der schriftstellerische Erfolg stellt sich jedoch nicht so ein, wie er es erhofft hat.

Während der Leser über den Zeitraum bis Ende des Weltkrieges und die Lebensbedingungen insbesondere der Arbeiter etliches erfahren kann, spielt der Roman in den Jahren danach ausschließlich – und autobiografisch – im Milieu Moskauer Intellektueller. Das macht es stellenweise doch recht mühsam, sich bis zum Ende des 380 Seiten umfassenden Romanes durchzu- beißen.

(Jurij Trifonow, Zeit und Ort, Verlag Volk und Welt, 1982, DDR – map)

### K. Paustowski Buch der Wanderungen

Konstantin Paustowski (1892 – 1968), Schriftsteller und zeitweiliger Mitarbeiter der Nachrichtenagentur ROSTA, ist in der Sowjetunion bekannt durch seine vielen Erzählungen, v.a. "Kara-Bugas, Der Mensch erobert die Wüste" (1932), "Die Kolchis" (Trockenlegung der Sümpfe im Tal des Rion/1934) sowie seine sechsbändige Autobiographie "Erzählungen vom Leben" (1946 – 1963). Nur letztere sowie einen Erzählband hat der Fischer-Verlag 1984 veröffentlicht.

Im "Buch der Wanderungen", dem letzten Teil der Autobiographie, schildert Paustowski seine schriftstellerische Tätigkeit in den 20er und 30er Jahren, Begegnungen mit Schriftstellern wie u.a. Babel, Bulgakow, Fedin, Frajermann, Ilf, Majakowski, Bagrizkij, Gorki. Er beschreibt seine Reisen durch die Sowjetunion zu den Schauplätzen seiner späteren Erzählungen, gibt Einblick in deren Entstehungsgeschichte und äußert sich zu Aufgaben und Arbeitsweise eines Schriftstellers. Die Natur hat für den Autor einen großen Stellenwert, Naturbeschreibungen machen einen Großteil des Buches aus, während

der Bezug zu den gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemen in der SU nur am Rande behandelt wird. Dadurch sowie durch den Aufbau des Buches – keine durchgängige Handlung, sondern Eindrücke, Skizzen über Menschen und Natur – ist es schwierig zu lesen. – Hingewiesen sei darauf, daß die o.g. Erzählungen 1979 bei Diogenes als Taschenbücher veröffentlicht wurden. (Paustowski, Buch der Wanderungen, Fischer-TB 5805, 9,80 DM – brb)

### Roman über die Zarenzeit

Bulat Okudschawa, geboren 1924, behandelt in seinem Roman "Die Flucht", zuerst in einer sowjetischen Zeitschrift 1978 veröffentlicht, die Unmöglichkeit, daß zwei Adlige ihre Liebe gegen die herrschende Moral unter Zar Nikolaus I. durchsetzen. Das Ganze ist nicht sehr wahrscheinlich. Das Liebespaar flieht aus Petersburg, mit Respekt verfolgt von einem Polizeikommissar, dessen Gehilfen sie schließlich doch einfangen.



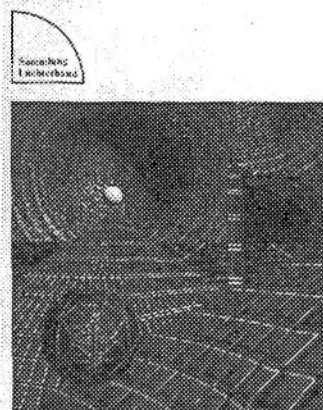
Die entflohene Ehefrau Lavinia wird zurückgebracht, ihr Liebhaber eingesperrt, degradiert und im Kaukasus zum Krüppel geschossen. Lavinias Mann ist großherzig, verzeiht ihr auch die zweite und dritte Flucht. Die Mutter, die sie zu dieser Ehe genötigt hat, geht in sich. Geschildert wird die Zersetzung in Kreisen des Adels vor dem Untergang der Zarenherrschaft. Woher jedoch die allgemeine Unzufriedenheit kommt und wer die Träger

der kommenden Umwälzung sein werden, bleibt außer acht. Man muß glauben, daß einige Adlige mit unbändigem Freiheitsdurst die treibenden Kräfte gewesen seien. (Bulat Okudschawa, Die Flucht, rororo TB 5706, 9,80 DM – anl)

### Eine Parabel gegen Wissenschaftsglauben

In einer düster-komischen Novelle kritisiert Bulgakow den Umgang der Sowjetmacht mit Naturwissenschaftlern. Die Novelle ist vor dem zweiten Weltkrieg entstanden, sie handelt in der Zeit nach dem Bürgerkrieg, Ende der zwanziger Jahre. Aufgrund einer Not-situation in der ganzen Sowjetunion benützt ein Sowchos die Erfindung eines bürgerlichen Biologieprofessors, der sie – widerwillig, weil die Wirkungen nur unvollkommen erforscht sind – zur Verfügung stellt. Durch einen Fehler in der Verwaltung und ungenügende biologische Kenntnisse entfesselt der Sowchosvorsitzende Naturgewalten, die die Existenz

### Michail Bulgakow Die verhängnisvollen Eier



Moskaus und der UdSSR bedrohen. Tausende von Menschen sterben. Eine weitere Naturkatastrophe bringt die Rettung. Der Professor kommt um, seine Erfindung wird irreparabel vernichtet. Bulgakows Moral: Die Förderung der Naturwissenschaften geriete der Arbeiter- und Bauernmacht zum Verhängnis, weil sie unfähig sei, die Erkenntnisse zu benutzen. (Michail Bulgakow, Die verhängnisvollen Eier, Sammlung Luchterhand SL 548, 9,80 DM – uld)

### Stammheim-Film

## Vielleicht anschauen, aber auf kein Fall etwas glauben

Wer auch nicht hinwollte, x Wochen Laufzeit erzwingen den Besuch, die öffentliche Meinung hat die Sache mit dem Film definitiv verwickelt. Was begründet den Erfolg? Unterschiede zur offiziellen Geschichtsschreibung wecken Vertrauen und lassen tatsächengetreue Darstellung vermuten. Die Verstöße des Gerichtes gegen die Strafprozeßordnung werden (im wesentlichen) nicht verhehlt, auch merkt man, daß es dem Gericht an der gesetzlich geforderten Unabhängigkeit gefehlt haben könnte. Das wirkt wahrscheinlich gegen die Treibjagdmentalität, aus der die bürgerliche Publizistik zur Hatz auf den Staatsfeind ihr Husa, He! schreit. Der Film dient den zahlreichen Besuchern als Informationsquelle, als dramatisiertes Dokument. Mit dieser Elle ist zu messen, und wenn wenigstens nicht verschwiegen oder weggetarnt wird, was zum Verständnis der Sache gehört, dann wollte man loben. Nun gab es Proteste von Leuten, die ihren Platz an der Seite der Opfer dieses und solcher Gerichtsverfahren sehen. Auch dem muß man beim Nachdenken über die eigenen Eindrücke Rechnung tragen.

Im Gerichtssaal, der Bühne des Dramas, werden vier verschiedene Kräfte und Richtungen erkennbar. Die erste wirkt aus dem Hintergrund, ist nicht rechtsstaatlich und hat die Macht. Sie tritt auf die Szene durch Äußerungen der Bundesanwaltschaft und durch das angsthafte Bestreben des Vorsitzenden Richters, aufscheinende Zusammenhänge abzudunkeln, Zeugenaussagen zu begrenzen usw. Es hat diese Macht aber nicht wesentlich im Hintergrund gewirkt. Im grellen Licht der Pressekampagnen, Sondergesetzgebungen, Treibjagdfahndungen, der Sonderkommissionen war sie in der Realität ebenso offensichtlich da, wie sie der Film in den Hintergrund verweist. Helmut Schmidt selbst kokettierte ja später, man habe hart an, wenn nicht jenseits der Grenze operiert, die der Rechtsstaat setze.

Zweitens, das Gericht, der Rechtsstaat im Dilemma, dargestellt durch die menschliche Tragödie des Richters, der ebenso als Gefangener der Strafprozeßordnung erscheint wie als Agent. Das ist ja so verlogen. Nachdem die Anklage auf Mord lautete, tatsächlicher Gegenstand aber politisch begründete bewaffnete Handlungen gegen die BRD gewesen sind, wurden die Einlassungen der Angeklagten ganz von selber zur Abschweifung. Der Vorsitzende Richter konnte Raum lassen und nehmen, das war eine prozeßtaktische Konstellation, die durch die Zulassung einer solchen Anklage zu einem solchen Tatbestand absichtsvoll geschaffen worden war und die vom Gericht, weit von menschlicher Schwäche, zielstrebig zur Vernichtung der Angeklagten eingesetzt wurde.

Dann die Verteidigung. Der Film verschweigt die politischen Auseinandersetzungen zwischen Anwälten und Gefangenen, das fortdauernde Tauziehen um die Linie der Verteidigung, in dem sich jene hinter verfahrensrechtlichen Notwendigkeiten verschanzten, während die Gefangenen, durch Isolationshaft vom politischen Leben getrennt, ihre Ansichten nicht gut überprüfen konnten. Der Versuch der Angeklagten, den bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus zu begründen, verschwindet hinter einem energischen Kampf der Anwälte gegen Exzesse des Gerichtes, die von den Angeklagten irgendwie nicht ausreichend in dem Versuch unterstützt werden, den Rechtsstaat in Rand und Band zurückzuführen.

Schließlich die Angeklagten. Die zensierte Darstellung macht es unmöglich, aus ihrem Verhalten auf ihre Politik zu schließen. Sie erscheinen als individuelle Schuldige, beschäftigt, individuell mit ihrer persönlichen Schuld fertig zu werden. Ihre Meinungsbildung gilt als der erpressende Zusammenhalt einer kriminellen Bande, in die (außer Baader) ehrbare Personen irgendwie und mithin tragisch hin-

eingezogen und, das klopft der Fim fest, zu Mördern wurden. Die Angeklagten dienen als Kulisse, vor der die Anwälte, dargestellt als Gruppe biederer Bürger, demokratisches Umgetriebensein mimen und auch etwas erreichen: Der Richter, der's zu weit getrieben hat, wird abgesetzt, ein Pflichtverteidiger, symbolisierend die Bevölkerung, geht auf die Seite der Guten über. Wo so Wackere so treuherzig sich mühen, bleibt, Bravo! der Erfolg nicht aus.

Dagegen die RAF. Nutzlos opfert sie sich und andere. Isoliert wegen unbegründeten, soll heißen grundlosen, Terrors in der politischen Öffentlichkeit. Isoliert in den eigenen Zusammenhängen, von Spitzeln durchsetzt und von Überläufern verlassen. Isoliert voneinander in der Gruppe der Angeklagten wegen Reue und Schuldzuweisung. Abschließend durch eigene Hand isoliert vom Leben. Die Realität der Isolation durch meterdicke Mauern und Bewachung wirkt als Symbol selbstverschuldeter Selbstisolation, die zielstrebige Vernichtung der Angeklagten als Selbstvernichtung.

Filmemacher für so etwas brauchen Nase und Biß eines Polizeihundes und ein Herz aus Beton. Schön, was es hier bei uns alles zu kaufen gibt! – (maf)

## Ausländerpolitik

### Die Stellung der Kirchen zur Ausländerpolitik

In letzter Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Kapitalisten eine erneute Verschärfung der Zwangsgesetze gegen die ausländischen Arbeiter erreichen wollen. Verschärfung der Ausweisungsgründe, Wiedereinführung der Rotation und drastische Einschränkung der Familienzusammenführung sind hierbei die Stichworte. Mit Überlegungen zur Rückkehrhilfe oder über ein System für europäische Wanderarbeiter, wird auf Regierungsseite darüber nachgedacht, wie man diesen Forderungen entgegenkommen kann. Für eine wirksame Propaganda der politischen Opposition gegen die reaktionäre Ausländerpolitik der Bundesregierung ist es nicht unerheblich, welche Stellung Kirchen und Gewerkschaften zu dieser Politik einnehmen. Der Bundesvorstand der Volksfront veröffentlicht im April eine Broschüre zur Stellung von Kirchen und Gewerkschaften zur Ausländerpolitik. Wir zitieren im folgenden Teile aus der Broschüre zur Beurteilung der Stellung der christlichen Kirchen. – (rac)

#### EKD: Ansatzpunkte zur Kritik, aber mit staatstragendem Unterton

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat im Mai 1985 ihre "Gesichtspunkte zur Neufassung des Ausländerrechts" veröffentlicht. Grundlage für die Zusammenstellung dieser Gesichtspunkte waren die bisherigen "Stellungnahmen aus der EKD und dem Diakonischen Werk zu ausländerrechtlichen und ausländerpolitischen Fragen". Man kann also davon ausgehen, daß damit der Stand der Diskussion innerhalb der evangelischen Kirche einigermaßen beschrieben wurde.

Unter dem Punkt "Integration" wendet sich die EKD gegen eine Politik der "Begrenzung der Ausländerzahlen" und "betont demgegenüber die Notwendigkeit einer positiven Integrationspolitik". Integration bedeutet für die EKD zwar, "mit gleichen Rechten und Pflichten am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen", und "nicht Assimilation", allerdings sei dies "ein langwieriger Vorgang, dessen Gelingen nicht nur von den Ausländern, sondern wesentlich auch vom Verhalten der Deutschen abhängig ist". Damit ist aber auch gesagt, daß Vorbedingungen und Vorleistungen

der Ausländer für eine "Integration" nicht ausgeschlossen werden. Infolgedessen wird auch eine Sondergesetzgebung gegenüber den ausländischen Lohnabhängigen von der EKD nicht abgelehnt, weswegen es auch nicht wenige Übereinstimmungen mit der reaktionären Ausländerpolitik der Bundesregierung gibt. Dies wird vor allem beim Punkt "Ausweisung" deutlich. So sollen "aufenthaltsbeendende Maßnahmen" aufgrund von "Straffälligkeit ... bei genau festgelegten gravierenden Delikten zulässig sein". Nur bei Ausländern, "die hier geboren oder aufgewachsen sind und ihren Lebensmittelpunkt eindeutig in der Bundesrepublik haben", soll eine Ausweisung "in der Regel" ausgeschlossen sein.

Nützlich sind dagegen die Forderungen der EKD in Bezug auf den Familiennachzug und zur Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsverfestigung.

Eine "Einschränkung des Familiennachzugs" wird abgelehnt, "Auflagen für den Kindernachzug sind so weit wie möglich aufzuheben". Als Beispiel hierfür wird der Nachweis von Wohnraum genannt. "Nach fünfjährigem rechtmäßigen Aufenthalt sollten ausländische Arbeitnehmer das Recht haben ... ohne weitere Vorbedingung eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, sowie die Familiengemeinschaft mit dem Ehepartner und minderjährigen Kindern ohne Wartezeiten, Ehebestandszeiten und andere Auflagen oder Beschränkungen herstellen zu dürfen. ... Nach achtjährigem rechtmäßigen Aufenthalt sollten Ausländer das Recht auf die Aufenthaltsberechtigung ohne weitere Vorbedingungen erhalten ..." Es wird verlangt, gesetzlich festzulegen, daß "die Aufenthaltserlaubnis wegen Empfangs von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe weder befristet noch beendet werden darf". Nach fünfjährigem Aufenthalt wird für nachgezogene Ehegatten ein selbständiges Aufenthaltsrecht gefordert. Warum die EKD diese Forderungen an eine Aufenthaltsdauer knüpft, wird nicht begründet. Offenbar wird aber eine Probezeit, während der ausländische Lohnabhängige bei ständiger Unsicherheit völliger Rechtlosigkeit unterworfen sind, für erforderlich gehalten.

Dennoch werden der Absicht der Bundesregierung, die ausländischen Lohnabhängigen auf Dauer diesem Zustand wirtschaftlicher Abhängigkeit und rechtlicher Unsicherheit zu unterwerfen, gewisse Schranken gesetzt. Den Kapitalisten wird damit erschwert, auch den großen Teil der Ausländer, die schon länger als acht Jahre in der BRD leben und arbeiten, zur Spaltung der Arbeiterbewegung einzusetzen.

Hinderlich für die Opposition kirchlicher Kreise gegen die reaktionäre Ausländerpolitik der Bundesregierung wirkt sich aus, daß die Stellungnahme dem Staat das unantastbare Recht einräumt, gegenüber ausländischen Lohn-



abhängigen Sondergesetze zu erlassen und damit über diese zu verfügen und zur Steuerung des Bedarfs der Kapitalisten an billigen Arbeitskräften zu nutzen.

### **Katholische Kirche: Von der Barmherzigkeit zur christlich reaktionären Ausländerpolitik**

Die katholische Kirche spricht sich ebenfalls vor allem gegen eine Beschränkung des Familiennachzugs aus. "Ehepartnern, Kindern und in Härtefällen sonstigen Angehörigen muß das Recht auf Zuzug eingeräumt werden". Sie hat auch während der letztjährigen Ausländerwoche von DGB und Kirchen die Forderung unterstützt, daß wegen Bezugs von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe nicht ausgewiesen werden darf. In ihren offiziellen Stellungnahmen durch die Deutsche Bischofskonferenz oder ihren Ausländerreferenten vertritt sie jedoch in der Regel eine reaktionäre Haltung.

Die katholische Kirche begründet ihre Position zu Ausländerpolitik mittels der katholischen Soziallehre. Diese fußt im wesentlichen auf der Feststellung, daß jeder Mensch Ebenbild Gottes sei. Und wenn alle Menschen Ebenbild Gottes sind, dann müssen es auch die Ausländer sein, sagt sie. Wer aber nun annimmt, daß sich hieraus gleiche Rechte für die in der BRD lebenden ausländischen Lohnabhängigen ableiten ließen, hat weit gefehlt, denn, der Mensch ist im wesentlichen Einzelperson, "sein Dasein, seine Zukunft, sein Heil : alles verdankt er der schenkenden Liebe Gottes", hat demnach nichts zu fordern, sondern zu danken. "Forderungskataloge ändern nichts. Ändern wird sich nur etwas durch eine innere Haltung, die dem christlichen Glauben an die Würde jedes einzelnen Menschen entspringt", sagt Bischof Dr. Helmut Herrmann Wittler, der Ausländerreferent der Deutschen Bischofskonferenz.

"Menschen, die diesen oder jenen ausländischen Mitbürger in ihrer Nachbarschaft als ihren Nächsten behandeln, leisten den konkretesten Beitrag zur Lösung des Ausländerproblems. Hinweise auf Benachteiligungen, Ängste und Probleme der Ausländer unter uns und konkrete Initiativen zur Hilfe und Selbsthilfe könnten erreichen, was Theorien, Debatten und auch staatliche Konzepte, Gesetze und Maßnahmen nicht bewirken."

Und wie könnte so eine "konkrete Hilfe und Selbsthilfe" aussehen? Bischof Wittler: "Um ein Beispiel – ich betone ein Beispiel – zu nennen: Wenn jeder Lehrer auf sein Entgelt für eine Unterrichtsstunde pro Woche – das sind etwa vier Prozent seines Monatsgehalts – verzichten würde, könnten in einem Bundesland wie Nordrhein-Westfalen zusätzlich 6000 Lehrer zur Förderung der Ausländerkinder eingestellt werden. Was der Berufsstand der Lehrer auf diese Weise für Ausländer täte, könnten andere Berufe auf ihre Weise für andere Gruppen benachteiligter Mitbürger leisten."

Ungeahnte Möglichkeiten tun sich da auf, wahre Gottesacker der Nächstenliebe ließen sich da bestellen, wenn z.B. der Berufsstand der Arbeiter auf einen Stundenlohn, Angestellte und Beamte auf 4% ihres Gehalts verzichten würden, dann wäre die Finanzierung der Rückkehrförderung für Ausländer geritzt. Wobei anzumerken wäre, daß es sich bei einem Dasein als katholischer Bischof nicht um einen Beruf, sondern um eine Berufung handelt.

"Nicht Programme und Debatten, nicht Theorien und Konzepte werden das 'Ausländerproblem' lösen, sondern nur Menschen, deren Liebe konkret wird, nur Menschen die diesen oder jenen ausländischen Mitbürger, der in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft lebt, der Ihnen der Nächste ist, so behandelt, wie Christus ihn behandelt hätte."

Die Tatsache, daß die Verletzung der Würde des ausländischen Lohnabhängigen in der gesetzlich verordneten



Rechtlosigkeit und den Profitinteressen der Kapitalistenklasse ihre Grundlage hat, sowie die Verständigung über den gemeinsamen Kampf dagegen, wird so erst mal in weite Ferne gerückt. Dafür soll einem eine "innere Haltung" näher gebracht werden, die von individueller Opferbereitschaft und dem Verzicht auf Rechtspositionen geprägt ist, die keine Ansprüche stellt, sondern eigene Ansprüche zurückschraubt und die damit allem "würdig" ist, nur nicht den gemeinsamen Interessen aller Lohnabhängigen in der BRD und am wenigsten denen der Ausländer.

Mit diesem ideologischen Grundmuster mobilisiert die katholische Kirche im Grunde gegen jede Opposition, die die Ausländerpolitik der Bundesregierung angreift. Dabei ist sie sich durchaus der Tatsache bewußt, daß viele ihrer Mitglieder, die die Situation der ausländischen Lohnabhängigen aus ihrer Mitarbeit in verschiedenen Initiativen und Verbänden oder aus der Asylantenbetreuung kennen, etwas ändern wollen. Gerade daran aber versucht sie anzuknüpfen, wenn gesagt wird, daß "Debatten", "Konzepte", "Theorien", "Forderungskataloge", etc. nichts ändern, sondern es auf das konkrete Tun ankomme. Ganz offensichtlich soll die kollektive Verständigung in einem Wust von letztendlich fruchtloser und individueller Nächstenliebe erstickt werden.

Die Grundlage für eine nationalistische scheinbare Anti-Ausländerfeindlichkeit ohne konkrete Forderungen wäre gelegt: In einer "Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner" vom 23.6.82 zu "Kirche und Fremdenangst" wird die Ablehnung der katholischen Kirche gegen eine allzu offene ausländerfeindliche Politik vor allem damit begründet, daß sie "möglicherweise der BRD außenpolitisch und wirtschaftlich mehr schade als nütze". "Auch dürfte es sich ungünstig auf den deutschen Export auswirken..." Höffner ist offensichtlich um den Profit westdeutscher Kapitalisten mehr besorgt als um die Interessen ausländischer Arbeiter, weshalb in der Erklärung auch das "Recht und die Pflicht" des Staates bekräftigt wird, "den Zuzug von Ausländern sozial verantwortlich zu steuern". Diese Position wird in der neuesten und vorliegenden "Stellungnahme der Deutschen Bischofskonferenz zur Ausländerfrage" vom 22.11.84 nochmal erhärtet und selbst die Einschränkung des Familiennachzugs wird darin nicht prinzipiell abgelehnt, sondern nur, weil man "bei den gegenwärtigen Verhältnissen keinen zwingenden Grund sieht".

Quellenhinweis: EKD, EKD-Texte Nr. 10, Gesichtspunkte zur Neufassung des Ausländerrechts; Deutsche Bischofskonferenz, Heftreihe Synodenbeschlüsse 3, Die ausländischen Arbeitnehmer – Eine Frage an die Kirche und die Gesellschaft, 1973; Pressedienst der deutschen Bischofskonferenz

## OPEC-Ölpreiskrise

## Wer vom imperialistischen Weltmarkt abhängt, dem diktieren die Imperialisten auch die Preise

Die Ölpreissenkungen, die die Imperialisten in den vergangenen Monaten durchsetzen konnten, sind dramatisch. Am Rotterdamer Spot-Markt liegt der Preis für Öl inzwischen bei 14 US-Dollar je Barrel (1 Barrel = 159 Liter). Noch vor wenigen Monaten lag der Ölpreis bei 28 Dollar. Die Einnahmen der OPEC-Staaten, die im vergangenen Jahr über 750 Millionen Tonnen Öl exportierten, werden in diesem Jahr erstmals seit langer Zeit unter 100 Mrd. Dollar sinken. Noch 1983 hatten die OPEC-Staaten 163 Mrd. Dollar für ihre Ölexporte erzielt, 1980, nach dem Sturz des Schah im Iran, sogar 281 Mrd. Dollar.

Der BDI schätzt, daß die BRD 1986 für die Einfuhr von Öl und Ölprodukten 45 Mrd. DM bezahlen muß, 25 Mrd. DM weniger als im Jahr davor. Von diesen 25 Mrd. DM würden 7 Mrd. DM direkt den Kapitalisten als sinkende Kosten für Roh- und Hilfsstoffe zugute kommen. Weitere 16 bis 18 Mrd. DM würden die "privaten Haushalte" weniger ausgeben – für Benzin, Heizöl usw. Das wiederum werde anderen Kapitalisten in "konsumnahen" Branchen Absatzsteigerungen ermöglichen – kurz: der Aufschwung werde noch prächtiger.

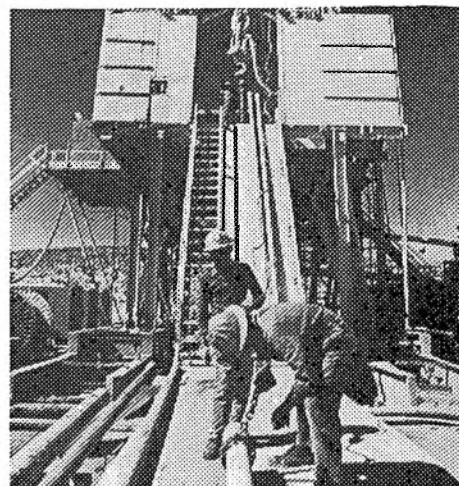
Was sind die Gründe für diesen Erfolg der Imperialisten gegenüber den OPEC-Staaten? Wie war es möglich, daß die Imperialisten diesen größten Zusammenschluß rohstoffproduzierender Länder, einst ein Symbol für das Streben dieser Länder nach einer "neuen Weltwirtschaftsordnung" und für deren Kampf gegen imperialistische Ausplünderung und Bedrückung, in eine Lage bringen konnten, daß sie nun diesen Staaten so schwere Verluste beibringen können?

### Ölpreis, Ausfuhrzoll und Grundrente

Produktionskosten und Transportkosten für Öl machen – in den letzten Jahren – nur einen geringen Teil des Ölpreises aus. Bestimmend für die Höhe des Ölpreises war die Grundrente, die die Staaten der OPEC, aber auch andere Staaten der Dritten Welt den imperialistischen Ölkonzernen bzw.

listen die Ausplünderung aller Reichtümer ihrer Länder zu erlauben. Gegenüber der gebieterischen Forderung der Imperialisten, dem "Weltmarkt", also ihnen, Öl zu jedem vom "Markt" gewünschten Preis und in jeder beliebigen Menge zu liefern, machten die Ölförderstaaten auf diese Weise ihre Unabhängigkeit praktisch geltend.

Damit überhaupt eine solche Zahlung von den Imperialisten gefordert



"OPEC-Scheichs beim Palavern" – so lautete 1981 die Bildunterschrift des "Spiegel" zum Bild links. Tatsächlich haben die antiimperialistischen Kämpfe der werktätigen Klassen in den OPEC-Ländern den wichtigsten Anteil zum Erfolg der OPEC beigetragen. Rechts: Iranische Ölarbeiter. 1953 bei den ersten Versuchen zur Nationalisierung der Ölfelder und dann beim Sturz des Schah 1979 waren sie eine entscheidende Kraft.

Ölkäufern quasi als Ausfuhrzoll auf alle Ölausfuhren abverlangen konnten. Die Imperialisten mußten diesen Zoll in Form höherer "Royalties", höherer Steuern auf die Ölförderung in den Förderländern und in Form höherer Ölpreise zahlen, weil sowohl die besitzenden als auch die werktätigen Klassen in den "Ölförderstaaten" nicht mehr bereit waren, den Imperia-

werden konnte, waren heftige Kämpfe in den Ölförderländern gegen die imperialistischen Ausplünderer erforderlich gewesen. Noch in den fünfziger und frühen sechziger Jahren war Öl der mit Abstand billigste Energierohstoff gewesen, den die Imperialisten weltweit fördern ließen und verbrauchten. Erst als die arabischen Ölförderländer Anfang der 70er Jahre

### Energieverbrauch der Imperialisten 1973, 1983, 1990 (geschätzt) sowie die imperialistischen Importe von Energierohstoffen

– Angaben in Mio. Tonnen Öleinheiten –

|                | Gesamtverbrauch an Energie |        |        | Energieimport |       |        | Import v. Öl und Ölprodukten |       |       |
|----------------|----------------------------|--------|--------|---------------|-------|--------|------------------------------|-------|-------|
|                | 1973                       | 1983   | 1990   | 1973          | 1983  | 1990   | 1973                         | 1983  | 1990  |
| BRD            | 268,4                      | 253,4  | 262,6  | 150,1         | 142,2 | 132,3  | 147,7                        | 104,2 | 106,4 |
| Frankreich     | 181,1                      | 186,9  | 195,3  | 147,3         | 115,3 | 104,6  | 129,7                        | 83,7  | 68,9  |
| Italien        | 132,2                      | 131,7  | 157,3  | 114,1         | 104,0 | 126,8  | 104,4                        | 79,6  | 83,2  |
| Großbritannien | 221,2                      | 192,6  | 211,0  | 115,5         | -35,4 | -10,0  | 115,7                        | -44,3 | 19,0  |
| EG insgesamt   | 955,9                      | 906,3  | 991,1  | 629,9         | 391,6 | 445,6  | 607,0                        | 293,6 | 315,2 |
| Japan          | 343,3                      | 349,7  | 399,5  | 321,5         | 290,9 | 319,3  | 277,7                        | 217,2 | 214,1 |
| USA            | 1771,7                     | 1727,5 | 2048,0 | 290,3         | 201,5 | 280,0  | 299,4                        | 228,0 | 311,3 |
| IEA u. F.      | 3519,2                     | 3526,7 | 4106,4 | 1328,8        | 911,7 | 1076,2 | 1298,6                       | 821,7 | 923,9 |

IEA u. F.: Länder, die der Internationalen Energieagentur angehören, sowie Frankreich; alle Angaben sind netto, d.h. Exporte minus Importe, negative Angaben: Exportüberschüsse. Quelle: Bundeswirtschaftsministerium, Die Entwicklung des Energieverbrauchs der Industrieländer von 1973 bis 1983 und die Perspektiven bis 1990, Bonn, 17.7.1985

## Chronologie der OPEC: Zusammenschluß gegen den Imperialismus

**1960** Bagdad-Konferenz: Irak, Venezuela, Iran, Kuwait und Saudi-Arabien gründen die OPEC; weitere Mitglieder: 1961 Katar, 1962 Indonesien und Libyen, 1967 Abu Dhabi, 1969 Algerien, 1971 Nigeria, bis 1974 Ecuador, Gabun und die Vereinigten Arabischen Emirate. Grundlage der OPEC ist: gegen Steigerung der Konkurrenz unter den Erdölproduzenten durch die Ölfirmen; Erhöhung des Ölpreises; Entwicklung eines Systems zur Preissteigerung und Produktionsregulierung; stetige Einkommenssteigerungen zum Aufbau nationaler Ölindustrien.

**1962-68** Libyen und Saudi-Arabien erhöhen die Abgaben der Ölkonglomerate. Die anderen OPEC-Staaten passen ihre an. Zum ersten Mal droht die OPEC, den Ölkonglomeraten keine Ölrechte mehr einzuräumen. Noch ist die OPEC als Verhandlungspartner nicht anerkannt.

**1967** Ölembargo der arabischen Erdölländer gegen die USA, Großbritannien und die BRD während der Aggression Israels gegen arabische Staaten

**1968** Gründung der OAPEC durch Saudi-Arabien, Kuwait, Libyen; bis 1972 treten noch Algerien, Bahrain, Katar und Dubai (später VAE) sowie Irak, Ägypten und Syrien bei.

**1971** Abkommen von Tripolis zwischen Libyen, Algerien, Saudi-Arabien und Irak und den 25 größten Erdölkonglomeraten: Die Laufzeit dieses Abkommen beträgt fünf Jahre. Der Ölpreis wird um 30 % erhöht und danach jährlich um 2,5 % an die Inflation angepaßt. Gleichzeitig müssen die Konzerne der Erhöhung der Gewinnabgaben von 50 % auf 55 % und zwar rückwirkend für die Zeit von 1965 bis 1970 zustimmen.

**1971** OPEC-Konferenz in Wien fordert weitere Aktionen, um ihre Stellung gegenüber den internationalen Mineralölkonglomeraten zu verbessern. Sie wollen mehr Einfluß an den Betriebsgesellschaften, um von der Bohrung bis zur Verarbeitung mehr Mitspracherecht zu haben. Die OPEC strebt an, einen Anteil von mindestens 20 % an allen Aktivitäten der Konzerne in den Mitgliedsländern zu erlangen. Sie beschließt ein "gemeinsames Produktionsprogramm", das eine Abstimmung und allenfalls eine Begrenzung der Produktion vorsieht, um die Rohölpreise stabil zu halten. Damit wollen die OPEC-Staaten den Ölkonglomeraten die Möglichkeit nehmen, die Produzentenstaaten gegeneinander auszuspielen.

**1972** Die OPEC fordert von den

Erdölgesellschaften 400 Mio. US-\$ und weitere monatliche Zahlungen von 75 Mio. \$ für die Deckung der Verluste durch die Abwertung des Dollar. Es ist die erste Forderung der OPEC zur Erhaltung der Kaufkraft. Die Ölkonglomerate müssen schließlich einer Ölpreiserhöhung um 8,49 % zustimmen. Bei künftigen Paritätsänderungen erfolgen vierteljährliche Anpassungen. Bereits im Oktober 1970 wertet Libyen das libysche Pfund auf und verlangt von den Ölkonglomeraten die Steuer auf der alten Basis zu berechnen, aber auf neuer Basis in Landeswährung zu bezahlen. Dadurch erzielt Libyen um 7 % höhere Steuereinnahmen. Einer Ölgesellschaft, die sich weigert, sperrt die libysche Regierung die Inlandskonten und bedient sich selbst.

**1972** Monatliche Anpassung des Ölpreises an die Entwicklung der Inflationsrate in den imperialistischen Ländern

**1972/1973** Beteiligungsabkommen von Abu Dhabi, Katar, Kuwait und Saudi-Arabien über eine 25 %ige Beteiligung an den Konzerneinrichtungen auf ihrem Gebiet mit Ausnahme der Transport- und Verarbeitungsanlagen. Bis 1982 soll die Beteiligung dieser Länder bei 51 % liegen. Die Entschädigung der Ölgesellschaften soll auf der Basis der Buchwerte erfolgen.

**1973** Nach Beschluß der OAPEC werden die Preise künftig nicht mehr von den Ölkonglomeraten festgelegt, sondern von den nationalen Ölgesellschaften. Preiserhöhungen auf 3,65 US-\$; Neuverhandlung der Listenpreise während des Oktober-Krieges im Nahen Osten: Die OPEC-Staaten erhöhen einseitig die Listenpreise um 70 %. Die Konferenz der arabischen Ölminister beschließt monatliche Produktionskürzungen von 5 %, bis die "israelischen Truppen von allen im Juni-Krieg besetzten arabischen Gebieten abgezogen und die legitimen Interessen des palästinensischen Volkes wiederhergestellt wurden", und ein Ölembargo gegen die USA und die Niederlande, die Israel unterstützen. Anhebung der Steuern auf 88 % der Listenpreise und Beschleunigung der Verstaatlichung, die bis 1976 in den meisten OPEC-Staaten vollzogen wird. 1973 exportierten die OPEC-Staaten nur 5 % ihres Öls selbst, 1974 10 % und 1979/1980 bereits 50 %.

**1974** OPEC-Konferenz in Genf: Die OPEC-Staaten fordern die Anbindung des Rohölpreises an die Entwicklung der Industriepreise. Gegenüber den OECD-Staaten tritt die OPEC für Direktverträge mit den Verbraucherländern ein, die auch eine industrielle

Zusammenarbeit umfassen soll. Der Listenpreis beträgt 11,65 US-\$, die Ölkonglomerate müssen im Durchschnitt 60 % davon an Abgaben an die Förderländer zahlen.

**1974-1978** Der OPEC-Ministerrat setzt mit Ausnahme 1976 - 1977 und seit 1979 einen gemeinsamen Richtpreis fest. Einigung kann nicht erzielt werden in den Fragen Bewertung der Qualitäts- und Transportkostenunterschiede sowie einer Produktionseinschränkungsplanung. 1975 verständigt sich die OPEC, die Preise zu halten und aber möglichst an die anderer Energieträger heranzuführen. Tatsächlich fallen in den vier Jahren bis 1978 die Erdölpreise wieder.

**1974/1975** Nach einem Vorbereitungstreffen in Washington verabschieden Vertreter von 16 westeuropäischen Staaten sowie von Neuseeland, Australien, Japan, Kanada und den USA ein Internationales Energieprogramm. Die Internationale Energieagentur (IEA) wird als autonomes Organ im Rahmen der OECD gegründet. Ihre Hauptziele sind: Selbstversorgung, Nachfragedrosselung und Verteilung von Erdöl in Notständen; Schaffung eines Informationssystems für den internationalen Erdölmarkt; Verringerung der Abhängigkeit von Erdölimporten durch Förderung alternativer Energie, durch die Versorgung mit Uran und die Senkung des Energieverbrauchs.

**1979** Zusammenbruch des Schah-Regimes im Iran; Südafrika und Israel, die bislang vom Schah mit Öl versorgt werden, sind nun auf andere Lieferquellen angewiesen; totaler Ölexportstopp im Iran für drei Monate; der Ölpreis steigt bis 1980 um insgesamt 160 %.

**1980/81** Streit innerhalb der OPEC über Preis- und Fördermengenpolitik; kein einheitlicher Erdölpreis. Die OPEC-Staaten können sich zwei Jahre lang nicht auf einen neuen Generalsekretär einigen. Nigeria nimmt an den Konferenzen nicht teil. Saudi-Arabien steigert seinen Anteil auf 40 % der OPEC-Ölförderung. Die OPEC-Staaten engen die bisherige Preisspanne von 32 bis 41 US-\$ auf 34 bis 38 US-\$ ein.

**1982** Der Anteil der OPEC-Staaten sinkt auf 30 % der Welterdölförderung. Die OPEC nimmt die erste Preissenkung ihrer Geschichte vor und einigt sich über die Reduzierung der Fördermengen. Französische Ölkonglomerate boykottieren Nigeria, das seine Produktion daraufhin um die Hälfte senken muß. Die OPEC reagiert mit Boykottandrohungen.

**1985/86** Die Verschuldung aller OPEC-Staaten steigt auf über 150 Mrd. US-\$.



Der Sturz des Schah-Regimes 1979 leitete den "zweiten Ölpreisschock" für die Imperialisten ein. Links: Besetzung der US-Botschaft in Teheran. Rechts: Die von US-Präsident Carter angeordnete militärische Intervention, offiziell zwecks "Befreiung der Geiseln", scheitert kläglich.

mit ihrem erfolgreichen Lieferboykott gegen die imperialistischen Staaten erstmals bewiesen, daß sie zu weitgehenden Einschränkungen ihrer Lieferungen in der Lage sind, änderte sich dies. "Das bloße juristische Eigentum am Boden schafft dem Eigentümer keine Grundrente. Wohl aber gibt es ihm die Macht, seinen Boden solange der Exploitation zu entziehen, bis die ökonomischen Verhältnisse eine Verwertung desselben erlauben, die ihm einen Überschuß abwirft ... Er kann die absolute Quantität dieses Beschäftigungsfeldes nicht vermehren oder vermindern, wohl aber seine auf dem Markt befindliche Quantität." (MEW Bd. 25, S. 765) Die Bereitschaft, diese Quantität des dem imperialistischen Weltmarkt zur Verfügung gestellten Öls zu vermindern, war der entscheidende Schritt, mit dem die Ölförderländer erstmals ihre Souveränität über ihre Bodenschätze geltend machten und ihrer Ausplünderung durch die Imperialisten entgegentraten.

### **Das imperialistische "Roll back" gegen die OPEC**

Die imperialistische Gegenwehr gegen diese Einschränkung ihrer Plünderungsmöglichkeiten war vielfältig und begann sofort. Alle Register imperialistischer Demagogie wurden gezogen, um gegen "die Scheichs, die uns alle plündern", herzuziehen und so Bedingungen auch für militärische Interventionen gegen die OPEC-Staaten zu schaffen. Die Forderung der OPEC nach Schonung ihrer Ölreserven und nach Zahlung von quasi Ausfuhrzöllen in Form höherer Ölpreise wurde als parasitäres Monopol und als Geißel gegen den industriellen Fortschritt der Menschheit gebrandmarkt. Daß die imperialistischen Staaten selbst beträchtliche Steuern auf Öl und alle

Ölprodukte erhoben, damit faktisch eine Art "konkurrierende Grundrente" auf Öl einstrichen, wurde sorgsam verschwiegen.

Gleichzeitig beschlossen alle imperialistischen Regierungen "Energiesparprogramme", hauptsächlich durch Preiserhöhungen für Ölprodukte, die in den Konsum der Lohnabhängigen eingingen, aber auch durch technologische Änderungen, die den Einsatz von Öl in der industriellen Produktion und bei der Elektrizitätsgewinnung verringerten. Umfangreiche Programme zum Ausbau der Kernenergie begannen. Die Ölkonzerne erschlossen die Ölvorkommen in der Nordsee und in Alaska und legten Reservelager gegen einen neuerlichen Lieferstopp der OPEC-Staaten an. Inzwischen umfassen diese Lager 420 Mio. Tonnen. Das entspricht dem Einfuhrbedarf aller Imperialisten für ein halbes Jahr.

Zur Koordinierung dieser "Energiesparprogramme" gründeten die Imperialisten 1974 die "Internationale Energieagentur" (IEA) mit Sitz in Paris. Jedes Jahr treten seitdem die Energieminister aller imperialistischen Staaten zusammen – ein ständiger Kriegsrat gegen die OPEC und andere Ölförderstaaten der dritten Welt.

So wichtig diese Programme und die dabei verfolgte Zusammenfassung aller Kräfte der Weltreaktion gegen die OPEC auch gewesen sein mögen: entscheidend für den jetzt erreichten Erfolg der Imperialisten dürfte gewesen sein, daß es ihnen gelang, in den OPEC-Staaten selbst und in zahlreichen anderen Staaten der Dritten Welt die Kräfte zu schlagen und zurückzudrängen, die für einen Rückzug vom imperialistischen Weltmarkt eintraten und einen "Wirtschaftsaufbau aus eigener Kraft" propagierten.

Dabei kam ihnen zustatten, daß in den OPEC-Staaten selbst starke Kräf-

te eine wirtschaftliche Entwicklung durch Einführen vom und durch Absatz auf dem imperialistischen Weltmarkt wünschten, sei es, weil die herrschenden Klassen auf diese Weise ihre Herrschaft gegen die werktätigen Klassen sichern und sich der Unterstützung der Imperialisten versichern wollten, sei es, weil auch besser verdienende Kreise aus den Mittelklassen dieser Länder ihre Lebensführung an die in den imperialistischen Ländern annähern wollten und nach entsprechender Einfuhr von Konsumtionsmitteln verlangten, und schließlich, weil sowohl die Regierungen wie auch Teile der werktätigen Klassen hofften, durch den Kauf von Fabriken, Maschinerie usw. von den Imperialisten die Industrialisierung des Landes vorantreiben zu können. Wo immer sich so eine "Nachfrage" auftat, lieferten die Imperialisten bereitwillig – gegen Kredit oder teure Barzahlung –, schickten sie ihre "Experten" usw., vermehrten sie ihren Einfluß und steigerten die Abhängigkeit dieser Länder vom Weltmarkt.

Heute sind fast alle OPEC-Staaten abhängiger von einem Verkauf ihrer Ölförderung als 1973. Mit dieser Abhängigkeit einher geht eine wachsende Verschuldung bei imperialistischen Banken und Regierungen. 1984 waren Nigeria, Venezuela und Indonesien mit zusammen 85 Mrd. Dollar verschuldet. Venezuela mußte 22,6% seiner Ausfuhrerlöse für Zins- und Tilgungszahlungen verwenden, Nigeria 15,8%, Indonesien 10,1%.

Hinzukommt: Viele Staaten der Dritten Welt, die noch vor zehn Jahren kaum Öl förderten, sind inzwischen gezwungen, zur Bestreitung ihrer Zins- und Tilgungspflichten an imperialistische Banken als Öllieferanten auf den Weltmarkt zu treten.

Der von den Imperialisten in ihren

Ländern erreichte Rückgang der Ölnachfrage trifft so mit einem wachsenden Ölangebot von nicht der OPEC angehörenden Staaten der Dritten Welt zusammen. Jahrelang hat die OPEC diesem Druck standgehalten – und ihre Ölförderung von über 30 Mio. Barrel am Tag im Jahr 1980 auf 14 Mio. Barrel im Sommer letzten Jahres gesenkt, um den Ölpreis zu verteidigen. Jetzt ist dieser Widerstand zusammengebrochen. Zu groß waren die Einnahmeverluste für einzelne Länder, zu gering auch die Bereitschaft bei den herrschenden Klassen dieser Länder, ja selbst ihre Möglichkeit, ohne Gefahr schwerster Unruhen im Innern die Importe vom und die Lieferungen an den imperialistischen Weltmarkt zu verringern.

Verschiedentlich wird jetzt von imperialistischen "Experten" verbreitet, der Rückgang der Ölpreise sei nur vorübergehend, bald werde die OPEC wieder wichtigster Lieferant auf dem Weltölmarkt sein und die Preise erneut diktieren. Das ist nur Zweckpropaganda, um den ungestörten Fortgang der "Energiesparprogramme" im Innern der imperialistischen Länder zu sichern. Die OPEC-Staaten liefern auch gegenwärtig mehr als die Hälfte des auf dem Weltmarkt gehandelten Öls, die Imperialisten müssen mehr als die Hälfte ihres Ölbedarfs importieren. Das hat die Imperialisten in keiner Weise von ihrem jetzigen Angriff auf die Ölpreise abgehalten, sondern im Gegenteil erst recht angestachelt. Umgekehrt hat die OPEC zu keinem Zeitpunkt Ölpreiserhöhungen einfach deshalb durchsetzen können, weil sie einen zahlenmäßig hohen Lieferanteil auf dem Weltmarkt auf sich vereinte. Mächtig gegenüber den Imperialisten war sie immer nur dann und nur insoweit, wie die werktätigen Klassen in den OPEC-Staaten einen – vorübergehenden, teilweisen, befristeten und immer umkämpften – Rückzug vom imperialistischen Weltmarkt erzwingen konnten. Das war so beim ersten "Ölschock" 1973, und das war noch mehr so beim zweiten "Ölschock" nach dem Sturz des Schah-Regimes. Erst ein spürbarer Aufschwung und Erfolg der Kämpfe der werktätigen Klassen in den Ländern der OPEC und soweit die Vertreter eines Konzepts des "Wirtschaftsaufbaus gestützt auf die eigene Kraft" wieder stärkeren Einfluß gewinnen, werden auch der imperialistischen Plünderung dieser Länder wieder wirksame Schranken gezogen werden können.

Quellenhinweis: OPEC-Bulletin, Ausgaben seit 1985; P. McDonald, Ungeheure Zukunft der OPEC, in: Europa-Archiv 22/1985; iwd-Berichte 11/1986; Bundeswirtschaftsministerium, Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, 17.7.1985; Ölpreis und Ölsteuer, in: Kommunismus und Klassenkampf 2/1976 – (rül, uld, sie)

### Nigeria: Erdöl verstärkte die Abhängigkeit

Obgleich Nigeria der größte ölfördernde Staat Schwarzafrikas ist und zu den fünf größten Ölproduzenten der OPEC-Mitgliedstaaten gehört, ist das Land mit ca. 21 Mrd. US-Dollar bei imperialistischen Banken und mit etwa 7 Mrd. Dollar bei ausländischen Lieferanten verschuldet. Die nigerianische Bourgeoisie hatte nach der Unabhängigkeit 1960 mit weitgehender Verstaatlichung der Ölvorräte und Beteiligungen an den Fördergesellschaften wie auch der Beteiligung an den vorhandenen Plantagen und Industriebetrieben versucht, ihre Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten zu mildern, die Profite aus der Rohölproduktion in die eigenen Taschen zu lenken und eine eigene verarbeitende Industrie aufzubauen. Mit diesem Vorhaben steht sie heute vor großen Schwierigkeiten. Nigeria muß heute nicht nur Maschinen und andere Produktionsmittel sowie Ölprodukte wie Benzin oder Dieselöl importieren, sondern auch Nahrungsmittel, obgleich es noch vor zwanzig Jahren Nahrungsmittel exportierte. Das nahezu einzige Exportprodukt ist Erdöl.

Ohne Nahrungsmittelimporte kann die Ernährung der Erdölzentren an der Südküste nicht gewährleistet werden. In den Städten und Slums dieser Städte leben knapp 23% der nigerianischen Bevölkerung. Mit dem Erdölboom hatte die nigerianische Regierung Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre nahezu jede Unterstützung der Landwirtschaft eingestellt, die staatlichen Aufkaufgesellschaften zahlten Niedrigstpreise für Lebensmittel und landwirtschaftliche Exportprodukte, die oft nicht einmal die Neuanschaffung von Saatgut ermöglichen. Die Entwicklung der ländlichen Gebiete blieb stehen, Straßen, Schulen, Gesundheitswesen waren bis Anfang der achtziger Jahre kaum vorhanden. Zahlreiche Bauernkinder wurden in die Städte gezwungen, nach Schätzungen der Weltbank ist etwa 87 Prozent der Landbevölkerung älter als 40 Jahre. Die Bauern-

familien brauchten Bargeld, denn sie mußten Steuern und Pachtgelder an den Staat zahlen, die koloniale Wirtschaft der Briten hatte bereits die Produktionsstrukturen in weiten Teilen des Landes zerstört, so daß die Bauern auch einen Teil ihrer Produktionsmittel mit Geld kaufen mußten. Große Teile der Bauern kehrten zur Subsistenzwirtschaft zurück, mit der sie ihre Ernährung sichern, Geldeinnahmen stammen



Slumsiedlung in Lagos

weitgehend von Familienmitgliedern, die in der Stadt arbeiten.

Nur rd. 15000 von ca. vier Millionen städtischen Arbeiter sind in der Ölindustrie beschäftigt. Die meisten müssen sich mit Gelegenheitsarbeiten, kurzfristigen Jobs in Kleinunternehmen, als Dienstboten von mittleren und höheren Staats- und Verwaltungsangestellten und der Militärs durch Leben schlagen. Bei längerer Arbeitslosigkeit oder wenn sie zu alt sind für die Arbeit in der Stadt, kehren sie zu ihren Familien aufs Land zurück, um auf einem Acker die nötigsten Lebensmittel anzubauen, denn Anrechte auf Auszahlungen der Sozialversicherungen haben die wenigsten.

Quellenhinweis: The Petroleum Economist, Oktober 1985; The Guardian, 20.9.85; Nigeria-Beilagen der Financial Times von 1980 bis 1986; Kommunismus und Klassenkampf Nr. 7/79

### Außenhandel Nigerias 1981/1985

| Produkt                       | Export in %  |              | Import in %  |             |
|-------------------------------|--------------|--------------|--------------|-------------|
|                               | 1981         | 1985         | 1981         | 1985        |
| Nahrungsmittel                | 1,9          | 2,7          | 15,8         | 13,7        |
| Textilien                     | —            | —            | 1,6          | 1,0         |
| Pkw                           | —            | —            | 10,4         | 0,9         |
| Maschinen u.ä.                | —            | —            | 35,9         | 54,0        |
| Rohstoffe                     | 1,0          | —            | 23,5         | 19,3        |
| Erdöl und Ölerzeugnisse       | 97,0         | 97,2         | 1,2          | 0,9         |
| Anderes                       | 0,1          | 0,1          | 11,6         | 10,2        |
| <b>Gesamt in Mio. Naira*)</b> | <b>11,01</b> | <b>10,75</b> | <b>12,60</b> | <b>7,85</b> |

\*) 1 Naira = 2,52 DM

Quelle: Financial Times, 3. 3. 1986

## Dokumentiert: IG Metall-Bezirke begründen Lohnforderungen

### Baden-Württemberg

(METALL-Nachrichten Baden-Württemberg Nr. 5, 24.1.1986)

Forderung ist notwendig und völlig richtig (Ernst Eisenmann, IGM-Bezirksleiter)

"... In den letzten Jahren hat eine gewaltige Umverteilung zugunsten der Unternehmer stattgefunden, und die Arbeitnehmer mußten empfindliche Reallohnverluste hinnehmen.

Denn die Arbeitnehmerinkommen sind von 1983 bis 1985 brutto nur um 9,9 Prozent gestiegen, die Bruttoeinkommen der Unternehmer aber um 30,4 Prozent. Wir waren also 'kostenstabil', während Sie und die übrigen Unternehmer lustig zulangten.

Es ist an der Zeit, daß wir einen gerechteren Anteil am gemeinsam Erarbeiteten erhalten...

Angeichts der gestiegenen Sozialversicherungsbeiträge, der sinkenden Sozialleistungen und von betrieblichen Abbaumaßnahmen brauchen wir für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen dringend eine stärkere Anhebung.

Das ist gut für uns und unsere Familien, für die Massenkaukraft, für die Nachfrage und damit auch für die Arbeitsplätze.

Unsere Forderung ist deshalb konjunktur- und sozialpolitisch völlig richtig."

"Riesige Gewinne, steigende Produktivität. Den Kuchen gerechter verteilen!

Seit Jahren arbeiten Angestellte und Arbeiter immer mehr pro Arbeitsstunde, erhalten aber nur Brosamen von dem Kuchen, den die Unternehmer einschieben.

Die Gewinne steigen, die Reallöhne sinken. Nicht zuletzt dadurch, weil die staatliche Steuer- und Sparpolitik die Arbeitnehmer einseitig benachteiligt und Unternehmer begünstigt. Diese Umverteilung von unten nach oben hat maßgeblich zur Verschärfung auf dem Arbeitsmarkt beigetragen. Wer Reallohnverluste hinnehmen mußte, kauft weniger ein. Wird weniger gekauft, werden Arbeitsplätze vernichtet, die Arbeitslosigkeit steigt. Deshalb muß eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung her.

Zahlen, die man sich merken sollte:

\* Von 1982 bis 1984 stieg das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer um nur 2,5 Prozent.

\* Im gleichen Zeitraum rasten die Nettogewinneinkommen der Unternehmer auf mehr als 30 Prozent.

\* Im metallverarbeitenden Gewer-

be wurde vom 3. Vierteljahr 84 bis zum 3. Vierteljahr 85 pro Arbeitsstunde 5,4 Prozent mehr produziert, die Erzeugerpreise stiegen um 2,6 Prozent.

\* Im selben Zeitabschnitt mußten die Haushalte 2,2 Prozent mehr für ihren Lebensunterhalt aufbringen.

Dies sind gute Gründe, die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen kräftig anzuheben."

### Bayern

(IGM-metall-Tarifnachrichten für die bayerische Metallindustrie, Nr. 2, 27.1.1986)

"... Bezirksleiter Eduard Schleinkofer stellte in einem umfassenden Bericht die wirtschaftliche und tarifpolitische Situation dar: Schwerpunkt für 1986 ist die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen. Dabei soll nicht nur die zu erwartende Preissteigerung von zwei Prozent ausgeglichen werden. Auch die erwartete Produktivitätssteigerung von drei Prozent sowie die Reallohnverluste der letzten Jahre sind tarifpolitischer Maßstab. Denn Tatsache ist, daß die Nettorealverdienste der Arbeitnehmer in den letzten Jahren auf den Stand von 1977 gesunken sind..."

### Westberlin

(metall Nr. 3 vom 7.2.1986, Lokalseite Westberlin)

"... Der Erste Bevollmächtigte der Berliner IG Metall, Horst Wagner, begründete diesen Vorschlag (6% und eine einmalige Zahlung von 500 DM, Red.) mit der zu erwartenden Preissteigerungsrate und der Produktivitätssteigerung, die etwa in gleicher Höhe erwartet wird. Die 500 DM für alle Arbeitnehmer begründete er mit der Berliner Teuerungsrate, die im letzten Jahr fast 1,5 Prozent über der Teuerungsrate des Bundesgebietes lag. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß seit 1980 die Preise in Berlin um 4,3 Prozent über dem Preisanstieg im Bundesgebiet lagen, was bei gleichen Lohn- und Gehaltssteigerungen zu erheblichen Realeinkommensverlusten der Berliner Arbeitnehmer geführt hat".

### H. Janßen, Hauptvorstand

(Gegen die "Lohnvernunft des Kapitals", Der Gewerkschafter 3/86)

"... Mit ihren Forderungen hat die IG Metall ihren Willen bekräftigt, eine aktive Lohnpolitik fortzusetzen. Durch Steigerung der Massenkaukraft über eine kräftige Erhöhung der Realeinkommen sollen die soziale Lage der Arbeitnehmer verbessert und Arbeitsplätze gesichert und geschaf-

fen werden...

Alle Tarifkommissionen fordern zudem, daß die Tarifeinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen besonders steigen. Sie reagieren damit auf die Reallohnverluste der vergangenen Jahre, die ja diese Gruppen ganz besonders hart getroffen haben. Schließlich sind die Lebenshaltungskosten für alle Menschen in der Bundesrepublik gleichermaßen angestiegen. Die abhängig Beschäftigten in den unteren Einkommensgruppen haben jedoch bei einem Rückgang der Realeinkommen die allergeringsten Spielräume, dies durch Sparen aufzufangen.

Allen Vorschlägen der Arbeitgeber, gerade bei den am schlechtesten Verdienenden Lohn- und Gehaltsabschläge zu vereinbaren, ist damit von vornherein ein deutliches 'Mit uns nicht' entgegnet worden. Die Tarifkommissionen haben damit, wie es der Gewerkschaftstag wollte, ihre Bereitschaft zu einer solidarischen Tarifpolitik verdeutlicht..."

### W. Schmidt, "Alles spricht für die IG Metall"

(Der Gewerkschafter 3/86)

"... Genauso faul sind die Argumente, mit denen Gesamtmetall jetzt in die kommende Tarifrunde zieht. Es sind die alten Bekannten: Höhere Lohnkosten treiben die Preise und verschlechterten die Beschäftigungslage; nur in (noch) höheren Gewinnen liegt der Segen für die Arbeitnehmer.

Längst hat sich die Preisentwicklung von den Lohnkosten gelöst. Seit Beginn der 80er Jahre klappte die Preis-Kosten-Schere immer weiter auf, in der Metallverarbeitung noch viel weiter als in der übrigen Wirtschaft. In 1986 winken überdies Sonderprofite aus sinkenden Importpreisen (Öl und Rohstoffe) von insgesamt mindestens 20 Milliarden DM. Einiges davon dürfte auch in der Metallverarbeitung hängenbleiben.

Die anlaufende Tarifbewegung bietet der Metallverarbeitung noch nicht einmal einen Vorwand für allgemeine Preiserhöhungen. Einerseits ist hier abermals mit weit überdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen zu rechnen (voraussichtlich um fünf bis sechs Prozent); und der überschüssende Teil der Lohnbewegung läßt sich mit Leichtigkeit durch eine geringfügige Selbstbescheidung bei den Gewinnen finanzieren...

... Tatsächlich läuft der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung nicht über die Kosten-, sondern über die Kaufkraftseite des Lohnes. Die Entwicklung der letzten Jahre hat das gewerkschaftliche Kaufkraftargument untermauert...

Neuerdings verschließen sich auch die Arbeitgeber nicht mehr völlig der

Nachfrageseite des Lohnes. Gesamtmetall-Präsident Stumpfe: "Ich bin auch der Meinung, wir sollten die Nachfrage stärken" (Die Zeit v. 24.1.86).

Gesamtmetall kommt schon deshalb nicht mehr daran vorbei, weil die konservative Wirtschaftspolitik 1986 auf den Konsumenten als Wachstumsträger setzt: Und eine Steuersenkung alleine, ohne ausreichende Lohn- und Gehaltserhöhung, schafft nicht die nötige Mehrnachfrage...

Der Bruttogewinn der Metallverarbeitung ist in jedem Vergleich weit überdurchschnittlich gewachsen. Das bestätigt sogar die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände... Voriges Jahr erreichte ihre (der Metallverarbeitung, Red.) Gewinnspanne mit rund sieben Prozent vom Umsatz wieder das Niveau der Vorkrisenzeit Anfang der 70er Jahre. Im Verhältnis zu den Personalkosten übertrafen die Gewinne alles seit dieser Zeit:

\* In den Phasen guter Geschäftslage wie 1972/73 oder 1976/79 machte der Gewinn 20 Prozent der Personalkosten aus.

\* In den Krisenjahren 1974 und 1980/82 fiel er auf 13 Prozent.

\* Im Jahr des Arbeitskampfes 1984 stieg er auf 18 Prozent, im Aufschwungjahr 1985 auf wahrscheinlich 24 Prozent der Personalkosten.

Eine Verteilungskomponente in unseren Forderungen von bis zu 2,5 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme stellt an die Ertragslage offenkundig keine überzogenen Ansprüche...

Gegenwärtig wächst die Beschäftigung in der Bundesrepublik nur durch Exporterfolge, durch den bescheidenen Zuwachs der Reallöhne im letzten Jahr, den Durchbruch zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit – und weil die Bundesregierung im Vorwahljahr mit einem ganzen Bündel von nachfrage- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen den Mißerfolg ihrer kapitalorientierten Politik zu kaschieren sucht.

Unter solchen Bedingungen bleibt die Arbeitslosigkeit auch 1986 nahezu unverändert hoch.

Die Ertragslage der Unternehmen macht es möglich, die Beschäftigungslage macht es nötig, das Wachstum durch kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen zu stärken.

Dringlich ist dabei eine stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen: Sie wurden vom Kaufkraftrückgang und Sozialabbau der letzten Jahre stärker benachteiligt, sie werden von der Steuersenkung 1986 weniger begünstigt als die oberen Gruppen; und die Kaufkraftwirkung von Lohn-erhöhungen ist im unteren Einkommensbereich am größten."

## Lohnforderungen der IG Metall

### "Wirtschaft beleben" durch Binnennachfrage als Argument für Lohnforderungen ungeeignet

Der IGM-Vorstand begründet die Lohnbewegung 1986 vor allem mit der "wirtschaftlich notwendigen Steigerung der Binnennachfrage"; die "sozialen Bedürfnisse der Metallarbeiter" treten in den Hintergrund.

Die Argumentation geht dabei etwa so: Der Export werde 1986 nicht mehr die große Triebfeder der Konjunktur sein können. Mehr Kaufkraft müsse binnenwirtschaftlich die von stagnierendem Export fehlenden Impulse liefern, das Wirtschaftswachstum stützen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Hier bestehe sogar eine gewisse Gemeinsamkeit mit dem Präsidenten von Gesamtmetall und der konservativen Wirtschaftspolitik.

Der Lohnbewegung ist diese Argumentation abträglich. Die Behauptung, die Besserung der Lage der Lohnabhängigen sei durch erfolgreiche Wirtschaftsexpansion zu suchen, ist eine sozialimperialistische Vorstellung, die weltweite Expansion der BRD ist als gemeinsames Interesse schon zugestanden. Die Kapitalisten haben Spielraum für chauvinistische – und damit auch gegen Lohnerhöhungen gerichtete – Propaganda.

Auch der positive Bezug auf den Präsidenten von Gesamtmetall und die konservativ-liberale Bundesregierung ist fehl am Platz. Oft genug haben die Kapitalistenverbände verlangt, daß sich die nächsten Lohnerhöhungen im Rahmen des Produktivitätswachstums halten müßten und die Arbeitskräfte in den unteren Lohngruppen billiger statt teurer zu werden hätten. Ebenso verlangt die Bundesregierung ganz "angebotsorientiert" Anpassung an die Nachfragebedingungen durch stärkere Differenzierung der Löhne nach Regionen, Branchen und Qualifikationen. Ihre Politik ist nicht auf allgemeine Kaufkraftsteigerung gerichtet. Die Steuerreform soll Vermögen bei bessergestellten Kreisen fördern, ausländischen Arbeitern mit Kindern im Ausland wurde dagegen Kaufkraft gekürzt. Die nötigen Lohnforderungen können nicht in Anlehnung an die konservativ-liberale Politik, sondern nur in Kritik an ihr begründet werden.

Das Volumen der Lohnforderungen (Vorstandsempfehlung: 6 bis 7,5%, Beschlüsse der Tarifkommissionen nach deren Berechnungen: 7 bis 7,5%) begründet der IGM-Vorstand etwa so: 2% für Teuerungsausgleich, 3% für Beteiligung am Produktivitätswachstum, der Rest für "Umverteilung".

Bei der Teuerung argumentiert die IGM gegen die "Lohn-Preis-Spirale". Sie weist nach, daß die Kapitalisten in den letzten Jahren bei stagnierenden

oder sogar sinkenden Lohnstückkosten dennoch die Preise erhöht haben. Kritiklos akzeptiert die IGM aber die offizielle Preissteigerungsrate bzw. ihre Schätzung für 1986. Damit bleibt die Propaganda von Gesamtmetall und Bundesregierung unbeantwortet, daß die niedrige Inflationsrate gut für die Arbeiter sei und nicht durch unverünftige Lohnforderungen gefährdet werden dürfe. Was ist mit den Reallohnsenkungen der letzten Jahre? Und ist es nicht erfahrungsgemäß so, daß die Teuerung für die Haushalte der Lohnabhängigen höher liegt als offiziell angegeben?

Einigermaßen unklar ist, was die IGM unter dem Titel Umverteilung anstrebt. Die Kapitalisten hätten seit zwei Jahren so traumhafte Gewinne erzielt, daß dadurch Bedarf und Spielraum für Lohnerhöhungen entstehe. Andere Stellungnahmen (z.B. diejenige aus Bayern) legen das Schergewicht darauf, daß ein erheblicher Nachholbedarf bei den Reallöhnen entstanden ist. Tatsächlich wäre es nicht richtig, die Reallohnsenkungen der letzten Jahre als Schnee von gestern zu behandeln. Sie gehören in den Tarifverhandlungen aufgerechnet, die Kapitalisten sollen dafür in der heutigen Konjunktur einen Ausgleich zahlen. Alles andere liefe darauf hinaus, daß die Kapitalisten im Zug einer neuen Krise neuerliche Reallohnsenkungen von einem erheblich niedrigeren Lohnniveau starten würden.

Argumente der IGM für eine stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen, die in unterschiedlicher Form und unterschiedlichem Umfang mit Ausnahme von Niedersachsen in allen Tarifgebieten gefordert wird: In den unteren Lohngruppen seien die Kaufkraftverluste am stärksten, dort wirke der Sozialabbau am heftigsten und entlaste die Steuerreform am wenigsten. Außerdem wird – in einem krampfhaft anmutenden Versuch, diese Forderungen in die Kaufkrafttheorie einzupassen – argumentiert, die Kaufkraftwirkung sei in den unteren Lohngruppen am stärksten, weil dort die Sparquote am niedrigsten ist. Was fehlt, sind Begründungen aus den Arbeitsverhältnissen der Lohnabhängigen in den unteren Lohngruppen selbst, aus der Schwere der Arbeit und den häufig überlangen Arbeitszeiten. Das ist eine schlechte Vorbereitung auf die bekannte Absicht der Kapitalisten, die Anhebung der unteren Lohngruppen als ein Leistungsgesichtspunkten widersprechendes Almosen abzuschmettern. – (alk, rok)



### Lebenslang für Hungerstreik!

Politische Gefangene sind kriminell und gehören lebenslänglich in Isolationshaft. Diesen Staatsschutzgrundsatz hat die westdeutsche Justiz schon bisher gegen politische Gefangene angewandt. Das Stammheimer Gericht wird in dieser Woche aller Voraussicht nach diesen Grundsatz um einen weiteren bereichern: Auch Wi-

derstand gegen Isolationshaft, z.B. durch Hungerstreik, ist ein untrügliches Zeichen für Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung und gehört mit lebenslanger Haft bestraft. Die rasche physische und psychische Vernichtung der politischen Gefangenen, schon bisher Grundsatz der Isolationshaft, soll so weiter perfektioniert werden, indem bei Widerstand noch höhere Strafen drohen.

### Philippinen: Katholische Kirche und Aquino-Regierung

In Hirtenbriefen hatten die philippinischen Bischöfe die Exzesse der Marcos-Diktatur verurteilt. Vor den Wahlen ermahnte Kardinal Sin die Gläubigen, trotz des Stimmenkaufs durch Marcos nach ihrem Gewissen zu entscheiden. Welche Rolle spielte die Kirche bei dem Sturz der Marcos-Diktatur? Die neue Präsidentin Aquino hat Jesuiten und Opus Dei-Mitglieder als Berater, und ihre sozialpolitischen Vorstellungen sind geprägt von der katholischen Soziallehre. Kann es den USA und der philippinischen Reaktion mittels der Kirche gelingen, den Kampf des philippinischen Volkes für nationale Befreiung und soziale Revolution zu zerschlagen?



### Sinti und Roma in Hamburg

Ein Großteil der in Hamburg lebenden Sinti und Roma ist arbeitslos. Neben dem Wegfall der traditionellen Berufe zwingt sie die mangelhafte Schul- und Berufsschulbildung zu Hilfsarbeitertätigkeiten. Als Folge der Nazi-Verfolgung sind viele krank, haben aber keine Rentenansprüche und sind oft genug um Wiedergutmachung betro-

gen worden. Ihre Familienstrukturen werden nicht respektiert, die Großfamilien meist zerrissen oder in unwürdige Wohnverhältnisse gepreßt.

In Hamburg führt die Rom und Cinti Union (RCU) seit einigen Jahren die Auseinandersetzungen mit dem Senat und den zuständigen Behörden. Die GAL legte einen über vierzig Punkte umfassenden Forderungskatalog der Bürgerschaft zur Abstimmung vor.

### Asylrecht-Anhörung im Bundestag – Unterstützung für Lummer?

Anfang dieser Woche führte der Innenausschuß des Bundestags eine Anhörung zum Asylrecht durch. Während Vertreter von Städten und Gemeinden die kürzlich vom Westberliner Innensenator Lummer vorgetragenen Überlegungen zur Verwandlung des Asylrechts in einen ausländerpolitischen Gnadenakt, der vollständig ins Belieben der Staatsorgane gestellt ist, ausdrücklich unterstützten, warnten Sprecher der Kirchen vor solchen Plänen. Welche nächsten Pläne der Reaktion sind nach der Anhörung im Innenausschuß zu erwarten und wie können die antifaschistischen Kräfte diesen Plänen entgegenzutreten?



#### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

#### Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

#### Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7  
Tel.: 02 21/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7  
Tel.: 02 21/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

**Bezugsbedingungen:** Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen. Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen  
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Politische Berichte und Lokalberichte bitte im jeweiligen Bundesland bestellen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21/21 64 42  
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.